

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 1.50 M. monatlich, 1.10 M. vierteljährlich, 3.50 M. halbjährlich, 6.50 M. jährlich. Einmalige Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 M. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungsverzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 M. pro Monat, für das übrige Ausland 4 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst 1896.

Die Interflons-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummern oder deren Raum 60 Pf., für fünfstelligen und gemischtschriftlichen Bereich und Verkleinerungs-Raumigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte Wort 20 Pf. (zweifache Zeilenlänge), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 12. Juni 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Wieder erneute Schmach!

Heute tritt dieser Landtag zusammen, dessen bloße Existenz eine Provokation des preussischen Volkes ist. Entsprungen aus dem Sieg der Gegenrevolution über das Volk, aus dem Bruch der Verfassung, die mit dem Blute der Kämpfer von 1848 erkauft war, ist seine Rechtsgrundlage eine fortwährende Vergewaltigung des Rechts, ein Triumph der Junkermacht und das Werkzeug ihrer Herrschaft.

Der Wahlkampf, den wir hinter uns haben, hat die Erbitterung und den Zorn nur noch vermehrt, zugleich aber auch die Einsicht gefestigt, daß hier das bloße Wählen allein nicht genügt. Unter dem Dreiklassenwahlrecht kommen wir nicht vorwärts, können wir nicht vorwärtskommen, und wendeten wir noch so schlaue taktische Manöver an. Doch vorwärts müssen wir und unsere Entschlossenheit ist gerade durch die Seringfügigkeit des Wahlergebnisses noch gestärkt worden.

Sang- und klanglos wird dieser Landtag eröffnet werden. Es heißt, Wilhelm II. sei durch die Vorbereitungen für die Jubiläumsgedächtnisse so in Anspruch genommen, daß er für die Eröffnung nicht die nötige Zeit finde. Uns dünkt aber, daß der Verzicht auf eine Thronrede den Herren oben auch aus anderen Gründen recht gelegen kommt. Denn was sollen sie sagen? Sollen sie von der Wahlreform schweigen, dann müssen sie fürchten, daß der Schrei der Empörung ihr Jubiläumsgedächtnis schrill überdönt, daß vor dem Ruf der Entrechteten ihr Hoch und Heil verklänge. Sollen sie aber wiederum von der dringenden Aufgabe der Gegenwart sprechen, dann würden ja die Herren des Landtages verstümmelt, dann würde den Junkern wenig festlich zu Mute, dann käme ein Mähton, ein leichter zwar, aber ein den höchsten Herrschaften umso unangenehmerer, in die Jubiläumstrenne. So schweigen sie und nur das Unrecht schreit.

Doch wenn im Landtag von dem Einzigen, wonach das preussische Volk leidenschaftlich verlangt, geschwiegen wird, im Reichstag ist vom preussischen Wahlrecht gesprochen worden. Der Abg. Noske hat an ein verpfändetes Königswort, das nicht eingelöst ist, erinnert. Er hat die unerhörte Lausache angeführt, daß man die Rechtslosigkeit in dem gleichen Momente aufrecht erhält, in dem man dem Volke die schwersten Opfer durch die neue Heeresvorlage auferlegt. Er hat im Namen der deutschen Sozialdemokratie erklärt, daß, wenn die Wahlrechtsvorlage nicht mit der Einlösung des Königswortes, dann gegen den König gelöst werden wird.

Was hat die Regierung darauf geantwortet? Der Staatssekretär Delbrück hat sich die konservative Argumentation zu eigen gemacht, daß mit der Vorlage jener elenden Spottgeburt aus Dreck und ohne Feuer, die dem früheren Landtage als Wahlreform zugegangen war, das Königsversprechen bereits eingelöst, die „dringendste Aufgabe der Gegenwart“ also erledigt sei. Die Regierung und den König treffe keine Schuld, verantwortlich sei der Landtag. Man sieht, das starke preussische Königtum, dessen Kraft und Macht uns unaussprechlich gepriesen wird, das ein so stolzes Bestium des preussischen Volkes sein soll, dieses Königtum ist mitan seiner Regierung nach der Auffassung des Staatssekretärs plötzlich zur völligen Ohnmacht verurteilt, es trägt für die Lösung der dringendsten Aufgabe der Gegenwart keine Verantwortung, es kann nichts ausrichten, wenn es gegen den Willen der Junker und für das Recht des Volkes wirken soll. Diese Ohnmacht einem Landtage gegenüber, der im preussischen Volke nicht den geringsten Rückhalt hat, dessen Grundlage ungescheit ist, dessen Zusammenfassung nicht zum geringsten Teil durch den Terror bedingt ist, den bei den öffentlichen Wahlen behördliche Organe zugunsten der Wahlrechtsfeinde ausübten, diese Ohnmacht des Königtums von so treuen Monarchisten zugestanden zu bekommen, ist ja ein recht merkwürdiges Zugeständnis. Wozu das Königtum, wenn es so ohnmächtig ist?

Es ist nicht unsere Sache, gegen diese Auffassung des Staatssekretärs von der Macht und der Stellung der preussischen Monarchie zu polemisieren. Nur konstatieren wollen wir, daß außer den Wahlrechtsfeinden und den Regierungseleuten niemand in Preußen glauben wird, daß mit der Ablehnung der Wahlreform das felerliche Versprechen der Thronrede eingelöst ist. Und bestätigen wollen wir dem Herrn Staatssekretär, daß auch wir den politischen Wert des königlichen Versprechens, wenn auch vielleicht nicht ganz so gering wie er, so jedenfalls nicht viel höher eingeschätzt haben. Und danken wollen wir ihm schließlich für die Aufklärungsarbeit, die er geleistet hat. Ruft er doch auf neue den Rechtslosen in Preußen zu, daß sie sich nur auf ihre eigene Kraft verlassen können, daß sie von nirgends anders her Unterstützung zu erwarten haben. Leichten Herzens gibt die Regierung die

politische Ueberzeugung preis, die in jener Thronrede zum feierlichen Ausdruck kam. Sie kapituliert vor der Macht der Junker und prägt damit aufs neue den Volksmassen ein, daß es sich bei der Wahlrechtsfrage um eine Machtfrage handelt.

Und davon hängt schließlich alles ab: die Massen selbst müssen erkennen, daß es sich bei der preussischen Wahlrechtsfrage um die Entscheidung über die ganze politische Gestaltung der deutschen Politik handelt. Das preussische Unrecht ist heute die Grundlage der politischen und sozialen Verhältnisse im Deutschen Reich. Nur wenn es beseitigt wird, wird die Bahn frei für allen weiteren Fortschritt. Dies muß jedem Einzelnen der Entrechteten klar werden und aus dieser Erkenntnis der Entschluß reifen, die Wurzel aller politischen Knechtschaft auszureißen trotz aller Widerstände. Dieser Entschluß muß kommen. Denn immer wieder stoßen die Volksmassen bei jedem Schritt, den sie vorwärts tun wollen, auf die Schranke, die die preussischen Junker errichtet haben. Wenn die Wahlrechtsfeinde hoffen, daß sie den Wahlrechtskampf losgeworden sind, weil die Bewegung eine zeitlang weniger stürmisch war, so irren sie. Ihre eigene Tätigkeit zwingt ja zu immer erneuertem Ansturm und die Größe ihres Widerstandes zwingt nur zur immer neuen Verschärfung unseres Kampfes.

Der neugewählte Landtag wird nur ein paar Tage bestanden sein, er wird sich konstituieren, Wilhelm II. gratulieren und dann verschwinden. Erst im Spätherbst will er seine Tätigkeit beginnen. Dann wird auch die Regierung sich erklären müssen, was sie über die dringendste Aufgabe der Gegenwart eigentlich denkt, wann und ob sie eine Wahlreform in Angriff nehmen will. Und dann wird auch unsere Tätigkeit beginnen und die Wahlrechtsfrage wieder auf die politische Tagesordnung Deutschlands gestellt sein. Wahlrechtskämpfe dauern lange und erfordern große Kraftanstrengungen und große Opfer. Aber schließlich zeigt die Geschichte, daß all diese Kämpfe unter größeren oder geringeren Erschütterungen, je nach der Vernunft der Herrschenden, doch stets mit der Erweiterung des Wahlrechts enden haben. Auch dem Dreiklassenwahlrecht schlägt bald die Stunde. Denn: wir müssen vorwärts!

Der Großwesir erschossen!

Konstantinopel, 11. Juni. Der Großwesir Mahmud Schewket Pascha begab sich in Begleitung seiner beiden Adjutanten Schroff Bei und Ibrahim Bei nach der Hohen Pforte, als vor dem Brunnen des Sultans Kavazid zwei Personen, die sich in einem Automobil verborgen hatten, mehrere Revolverkugeln auf den Großwesir abfeuerten. Schewket Pascha wurde sofort tödlich getroffen und verstarb in einigen Augenblicken. Auch sein Flügeladjutant Ibrahim Bei wurde bei dem Attentat verwundet, und desgleichen auch ein Diener des Großwesirs.

Nach einer der Berliner türkischen Botschaft von dem ottomanischen Auswärtigen Amt zurückgegangenen Depesche verschied der Großwesir eine Stunde nach dem Attentat. Der Name des mutmaßlichen Täters ist Topyan Kadri. Die Motive sind bisher ganz unbekannt.

Motive unbekannt! Aber die Tat selbst verkündet deutlich die Unsicherheit der inneren Verhältnisse der Türkei, die auch jetzt nach dem Frieden keinen Moment zur Ruhe und Stabilität kommen kann. Mahmud Schewket Pascha war der angesehenste und energischste Mann der Jungtürken. Aber weder war es ihm gelungen, dem Kriege eine andere Wendung zu geben, noch die Sicherheit im Innern aufrechtzuerhalten, trotz Ausnahmezustand und militärischer Diktatur. Man darf annehmen, daß das Attentat die Rache für den gewaltsamen Sturz des früheren Ministeriums, für die Ermordung des Kriegsministers Nazim Pascha ist.

Am 23. Januar hatte Enver Bei durch seine bewaffnete Demonstration das Ministerium zum Rücktritt gezwungen und Mahmud wieder in die Macht zurückgeführt. Von dem Befieger Abdul Hamids erwarteten die Jungtürken die Rettung. Die Friedensverhandlungen wurden abgebrochen, der Kampf begann aufs neue, bis schließlich nach dem Fall von Adrianopel, nach vielen unnützen Opfern Mahmud Schewket dort stand, wo seine Vorgänger gestanden hatten. Jetzt ist er selbst, der einst der gefeierte Held der revolutionären Armee war, der Kugel des Mörders zum Opfer gefallen. Hart rächt das Geschick an den Jungtürken eigene und fremde Schuld.

Die amtliche Verlautbarung.

Konstantinopel, 11. Juni. Das Pressebureau hat ein amtliches Kommuniqué veröffentlicht, demzufolge der Großwesir und Kriegsminister Mahmud Schewket Pascha, als er sich heute morgen in seinem Automobil zur Pforte geben wollte, auf dem Bajazetplatz, an einer Straßenecke wegen Erdarbeiten halten lassen mußte. In diesem Augenblick gaben aus dem Publikum heraus einige unbekannte

Personen mehrere Revolverkugeln gegen das Automobil ab, durch die der Großwesir schwer verwundet wurde. Er wurde ins Kriegsministerium zurückgebracht, wo er eine halbe Stunde später seinen Geist aufgab. Auch sein Adjutant, der Schiffsfähnrich Ibrahim, ist von einer Kugel getroffen und getötet worden. Der Minister ist im Kriegsministerium zusammengetreten, die Militärbehörden haben die erforderlichen Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung ergriffen.

Unter dem Verdacht einer der Mörder des Großwesirs zu sein, ist ein Mann namens Topal Lewfil in einer Bedürfnisanstalt des Stadtviertels Nedirpasha verhaftet worden. Er trug zwei Revolver und mehrere Patronen bei sich. Die Polizei setzt die Untersuchung fort.

Mahmuds Nachfolger.

Konstantinopel, 11. Juni. Durch ein Erbe des Sultans ist der Minister des Äußeren Prinz Said Halim Pascha zum interimistischen Großwesir ernannt worden. Der Hattihumajun (Bestellungsdekret) ist heute nachmittags auf der Pforte verlesen worden. Die übrigen Minister bleiben im Amt. Der Minister ist auf der Pforte zu einer Sitzung zusammengetreten.

Viel Geichrei und wenig Wolle.

Mit dem Zeitelassen des Zentrums, Herrn Erzberger, begann der zweite Tag der zweiten Lesung des Wehrgesetzes. Wer an sprudelnder Jungensfertigkeit Gefallen findet, konnte auf seine Kosten kommen, sonst niemand. Im übrigen war Herr Erzbergers Rede die alte patriotische Weise, in der die vielen falschen Töne und chauvinistischen Uebertreibungen unangenehm aufstießen. Daß er an Noskes gestriger Rede gar mancherlei zu tadeln hatte, konnte diesen nur mit Benützung erfüllen; daß Herr Erzberger indes die abgebrauchte Schablone anwandte, Argumente totzuschlagen, die unser Redner gar nicht gebraucht hatte, stellt der Geschichtlichkeit des Zentrumsredners nicht das beste Zeugnis aus. Er mußte sich denn auch von Noske in einer persönlichen Bemerkung eine derbe Abfuhr gefallen lassen. Der eisernen Stirn des Herrn Erzberger wollen wir im übrigen alle Anerkennung zollen; denn es ist wohl selten, daß ein Abgeordneter bei seinen falschen, auf Notizen und Zeitungsberichten beruhenden Behauptungen bleibt, wenn ihm ihre Unrichtigkeit auf Grund des Stenogramms nachgewiesen wird. Daß des Zentrums patriotischer Bewilligungseifer dort aufhört, wo eine ihm nicht genehme Steuer beginnt, fand auch in dieser Rede dankenswerte Bestätigung. Ohne ein paar platte Bemerkungen über die Sozialdemokratie geht es bei Herrn Erzberger nie; daß er aber die Kasernenunruhen in Frankreich mit der dort vollzogenen Trennung von Staat und Kirche in Zusammenhang brachte, zeigte nur, aus welchen Blüten ein Weigelwandler Honig zu saugen vermag, wenn er sich seine herrliche Oberflächlichkeit zu bewahren versteht.

Die folgenden Redner: der nationalliberale Herr Semler und der konservative Herr von Büllig polemisierten vergeblich gegen die guten Gründe des sozialdemokratischen Redners. Dann kam Herr Müller-Weinigen. Das merkt man sofort, auch wenn man nicht im Saale ist; denn Herr Müller hat immer große Heiterkeit, genau wie Herr Dertel, die sich ja beide gerne gegenseitig anulken. Auch diesmal war das Herrn Müllers Anfang, was von Herrn Dertel, unter großem Vergnügen des Hauses damit quittiert wurde, daß er, unter ostentativer Hervorhebung seiner breiten Rückenfront gegen den freisinnigen Redner den Saal berließ. Gegen unseren Sprecher erlaubte sich Herr Müller die geschmackvolle Bemerkung, er habe eine Rede mit viel Theaterdonner gehalten. Gemach, Herr Müller, und Vorsicht mit solchen Vergleichen, denn dann war Ihre Rede — Varietè. Wenn der fortschrittliche Redner es als Ehrensache der Parteien bezeichnete, verschiedene mit großer Mehrheit angenommene Resolutionen in die Praxis umzusetzen, oder wenn er von der Möglichkeit kommender Konflikte zwischen Parlament und der Heeresverwaltung sprach, so mußte er durch die vernünftige Heiterkeit der Sozialdemokratie belohnt werden. Das war gar nicht anders möglich. Du lieber Gott: Die bürgerlichen Parteien (oder auch nur die liberalen allein) und Durchführung von Forderungen gegen die Militärverwaltung oder gar ernste Konflikte! Ein ärgerer Widerspruch in sich selbst ist kaum denkbar. Die Herrschaften, (sogar die Liberalen allein) hatten in der Vergangenheit mehr als einmal Gelegenheit, wichtigen liberalen Bestrebungen zur Verwirklichung zu verhelfen. Die ihnen dazu gebotenen parlamentarischen Möglichkeiten haben sie niemals ernsthaft angewandt und werden sie auch fernerhin (trotz sozialdemokratischer Hilfe) nie anwenden, sie werden reden, reden, reden.

Dann stand der Reichskanzler auf. Alle Welt glaubte, daß er etwas zu sagen hätte, und das mußte auch eigentlich so sein, wenn ein Reichskanzler das Wort ergreift. Aber er hatte nichts zu sagen. Rein gar nichts, was nicht ein beliebiger Scheintraut im Auftrage der Verblindeten Regierungen nicht ebenso gut hätte aussprechen können. Doch wir wollen dem Kanzler nicht unrecht tun; etwas sagte er dennoch. Er mahnte die bürgerlichen Parteien zur Einigung, er lud zum Kompromiß ein. Jeder andere Satz seiner Rede

war belanglos. Und der erwähnte verdient um deswillen besonders hervorgehoben zu werden, weil er mit den von verständnisvoller Heiterkeit begleiteten Worten schloß: „Lassen Sie uns „handeln“, meine Herren.“ Das gewiß nicht vom Reichsfanzler so, wie es vom Hause aufgefaßt wurde, gemeinte Wort „handeln“ wird das Zeichen der nächsten Lage sein. Und daß dieses Wort, ganz ipsona, die umgekehrte Deutung erfährt, die der Redner erstrebte, das ist nicht allein der Humor der Sache, sondern das einzige erkennbare Wahrzeichen Bethmännischer Regierungsweisheit: Lassen Sie uns „handeln“. Dieser unfreiwillig komische, aber für die Situation einig bezeichnende Schluß der kurzen Kanzlerrede stand in auffallendem Gegensatz zu der nervös-pathetischen Drohung, daß alle Konsequenzen einer etwa ablehnenden Haltung der Parteien gezogen werden würden. Herr von Bethmann braucht kaum zu fürchten, beim Wort genommen zu werden.

Nach der Rede des Kanzlers gingen die Ausführungen des Reichsverbandsgenerals Liebert im Wirrwarr der Unterhaltung des Hauses unter. Er sprach von der Zusammengehörigkeit von Fürst und Staat, die in Preußen auch in den schwersten Zeiten zusammengehalten hätten (offenbar dachte der gloriose Historiker an den dritten und vierten Friedrich Wilhelm). Hieraus sprach kurz der Welfe Colshorn, und den Schluß machte Herr Wasseremann, der (sachkundiger als in anderen Dingen, er ist Rittermeister d. R.) über technische Zusammenhänge der Kavallerieformationen mit dem übrigen Heere redete. Dann aber forderte er mit aller Schärfe, in bekannter Ueberbewilligungsmethode, die Wiederherstellung der von der Budgetkommission gestrichenen drei Kavallerieregimenter. Herr Wasseremann vertieg sich in seiner Beweisführung für ihre Notwendigkeit zu der kaum glaublichen Auffassung, daß Kavallerieattachen à la Bionville auch in zukünftigen Kriegen zu erwarten seien. Was er über den Wert der Reiterei als Aufklärungstruppe sagte, war zu einem kleinen Teil richtig, aber für diesen Zweck haben wir Kavallerie genügend. Im übrigen empfehlen wir Herrn Wasseremann das Buch des Reitergenerals von Bernhardt über den nächsten Krieg zum eifrigsten Studium; vielleicht begreift er dann den von allen ernsten Sachverständigen gerügten Unfug von geschlossenen Kavallerieattachen. Aber wer weiß, vielleicht auch nicht, und das wäre gar nicht so merkwürdig.

Morgen kommt als unser Redner Genosse Ledebour zu Wort.

Die Leiden der Mobilisierten.

Die glorreiche Politik der schwarz-gelben Imperialisten mit ihrer konfuse Unbeständigkeit weist nur einen einzigen ruhenden Pol in der Schwankung flucht auf: die monatelangen Leiden der vielen unglücklichen Reservisten und Landwehrleute, die bei Beginn des Balkankrieges mobilisiert und an die Süd- und Ostgrenze der Monarchie transportiert wurden. Die bitteren Klagen dieser armen Opfer einer unfähigen Politik sind als Gegenstück zum Fall Redl charakteristisch für die Zustände im Heerwesen unseres „brillanten Seelandes“, sie sind aber auch eine schwere Anklage gegen den Militarismus und die Kriegshetze überhaupt.

Unsere österreichischen Genossen haben im Abgeordnetenhaus an den Landesverteidigungsminister eine Interpellation gerichtet, in der folgende Tatsachen angeführt werden: Mangel an Verkleidung und Schutzwerk, ungenügender Kälteschutz; — ungenügende Quartierung; Ueberfüllung, höchst gesundheitsgefährliche Kotbaracken; — schlechte Menage; hungernde Mannschaften, wucherische Zwischenhändler, keine erhöhte Löhnung; — Mißbrauch der Leute zu Parade-, Salutier- und ähnlichem Drill statt zum Felddienst; — harte Strafen aus geringen Anlässen, unrechtmäßige Behandlung der Familienmitglieder; — zahlreiche Erkrankungen, Simulationsriecherei, selbst Todesfälle.

Zum Beweis berufen sich die Interpellanten auf Briefe von der Grenze, die ihnen täglich zu Dugenden zugehen. Eine Auswahl fügen sie, natürlich ohne Namen oder sonst nähere Angaben, aber nach sorgfältiger Prüfung der Zuverlässigkeit der Absender, als Material bei. Hören wir einiges daraus: Aus Dalmatien schreibt einer: Ueberfülltes Quartier im Magazinraum, notdürftiges Strohlager am Boden und leichte Sommerdecken. Erst nach 14 Tagen, vor einer Inspektion, gab es Strohsäcke. Kein Waschwasser. Kein Abort. Man wusch sich in Regenpfützen. Folge: Krankheiten. Der Arzt schrieb die Leute komprimiert an und kennzeichnete sie als Simulanten. — Ein anderer: Transportverpflegung (48 Stunden) auf eigene Rechnung zu Bucherpreisen. 300 Mann in einer Baracke, wie die Heringe. Dienst wie in der Kaserne, obwohl 80 Prozent Verheiratete sind, die nach Hause denken. Einer ist irrsinnig geworden. Dazu Strafen auf Strafen. Verwendung zu Straßenarbeiten. Lager zuerst in Zelten, auf nassem Boden, in den eigenen Kleidern (die überhaupt mangels ausreichender Monturen eine große Rolle spielen). Von den Weihnachtsgeldern aus dem Reiche kamen auf den Mann 50 Heller. „Holt uns, sonst sind wir zur Selbstwehr gezwungen, was bald geschehen kann! Bei einigen Kompagnien wurden bereits die scharfen Patronen abberlangt.“

Ein Dritter: Vier Wochen auf Stroh in Zelt oder Baracke. Erst nach sechs Wochen Hemd und Unterhose erhalten. Trinkwasser aus einer Regenwasserzisterne, neben der die Latrine gab es erst, als Leute krank geworden waren. Auch hier Artilleristen als Straßenarbeiter, wozu sie drei Kasernenjahre und drei Waffenübungen zur Ausbildung bedurften. „Strammes Salutieren, Paradebegriffe, Knöpfe- und Schuhputzen. Täglich wird eine Stunde zu Salutierübungen verwendet.“ Schlechte Verpflegung im Marodenzimmer, die den Kompagnien überlassen ist; infolgedessen häufig gar keine (in einem Falle zwei Tage lang) oder kalte Verpflegung. Niederlich gebaute Krankenbaracken, in die der Wind pfeift. Kommt ein starker Sturm, dort nicht selten, so müssen die Kranken, selbst mitten in der Nacht, fliehen, um nicht von den Brettern erschlagen zu werden. „In... mußten vorige Woche die Kranken Reservisten um 11 Uhr nachts aus ihren Baracken fliehen. Bei Tage konnten sie ihre Wunden im Meere schwimmen sehen.“ — Gesuche um Urlaub wegen Sterbefalls in der Familie, Wochenbets usw. werden, wie ein Viertel erzählt, „prinzipiell“ abgelehnt. Dagegen kam die vor kurzem zugelassene Beurteilung von 5 Proz. sehr v. e. m. d. e. n. Leuten (Protektionskindern) zugute, während Familienverfolger zurückgehalten und zu überflüssigen Diensten verwandt werden. Einen Monat hatten hier die Leute Quartier in zwei Ziegellöfen. In einem ein offener Kochherd. Lager: 2 Strohsäcke für 8, auch 1 für 2 Mann. Nachher Unterbringung in einer Klosterschule: 80 in einem mittelgroßen Zimmer. Staub, Ungeziefer wie zuvor. 18 ernste Krankheitsfälle, darunter Selenkreuzmiasmus und Lungentzündung, Scharlach, Diphtherie. Ein Todesfall: der Mann war zweimal vom Arzt als Schwindler bezeichnet worden und kam ins Spital, als er nicht mehr gehen konnte. Mit leichteren Krankheiten darf man sich gar nicht melden. Trotz staubiger, schweißtreibender Arbeit (Wätere) keine Abdelegenheit.

„Solche Briefe gibt es Tausende“, sagt die Wiener „Arbeiter-Zig.“, und aus allen vernimmt man die Klagen über das gleiche Leid. Die Öffentlichkeit weiß noch gar nicht, wie viele Tausende Menschen es sind, die so behandelt werden. Doch des Jammers Ende ist noch gar nicht abzusehen. Das alles aber ist nur Grenzdienst im Frieden. Nun male man sich erst den Krieg selbst aus mit seiner vielsachen Zahl von Menschen und der grenzenlos gesteigerten Verwirrung. Und mit dieser Gefahr haben die maßgebenden Kreise monatelang freventlich gespielt.

Politische Uebersicht.

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Im Seniorenkongress des Reichstages wurden am Mittwoch Dispositionen über die durch das Regierungsjubiläum beeinflussten Geschäfte in den nächsten Tagen getroffen. Es wird gewünscht, daß die Debatten über die Wehrvorlage bis Sonnabend zu Ende gehen. Darauf sollen Montag und Dienstag sittingsfrei bleiben. Wird die Debatte über die Wehrvorlage Sonnabend jedoch nicht zu Ende geführt, dann wird nur der Montag freigegeben und am Dienstag die Debatte fortgesetzt werden. Am Sonnabend will der Präsident aus Anlaß des Jubiläums eine Ansprache halten, eine besondere Festigung soll jedoch nicht stattfinden. Im Laufe der nächsten Woche soll sodann das Staatsangehörigkeitsgesetz, das Gesetz über den Unterhaltungswohnort, Wahlprüfungen und Petitionen auf die Tagesordnung gestellt werden.

Graf Posadowsky und sein Doppelgänger.

Genosse Roske ist das Opfer eines nur zu leicht begreiflichen Irrtums geworden, als er am Dienstag in seiner Rede unter den Gründern der auf den Luftmilitarismus spekulierenden Atlaswerke auch den derzeitigen Reichstagsabgeordneten Grafen Posadowsky aufzählte. Graf Posadowsky entrüstete sich höchst komödiantenhaft darüber, daß ihm Roske leichtfertigerweise eine solche Schmach angetan habe.

Das „Berliner Tageblatt“ erklärt nun, daß Genosse Roske sich zur Rechtfertigung seiner Behauptung keineswegs auf eine Presse-nachricht, sondern auf die von den Atlaswerken selbst an die Presse versendeten Prospekte hätte berufen können, die neben dem Abgeordneten von Böhlendorff-Kölpin und dem unvermeidlichen Octavio von Jedlich auch den Namen des Grafen Posadowsky ausdrücklich aufgewiesen hätten. Wenn es dem ehemaligen Staatssekretär des Innern also daran gelegen hätte, seinen Namen in entsprechende Entfernung von der luftmilitaristischen Gründung zu bringen, so sei es doch besser gewesen, schon damals wegen Mißbrauch seines Namens Protest zu erheben.

Graf Posadowsky wird sich nun darauf berufen, daß er ja mit dem Atlasgründer gleichen oder doch ähnlichen Namens nicht identisch sei. Denn in der Tat war der Graf Posadowsky-Wehner, der in Gemeinschaft mit den Böhlendorff-Kölpin, Octavio von Jedlich, Major a. D. Parsival usw. auf dem Gründerprospekt figurierte, nicht identisch mit dem Reichstagsabgeordneten und ehemaligen Staatssekretär Grafen Posadowsky-Wehner. Wenn selbst das „Berliner Tageblatt“ das heute noch nicht gemerkt hat, um wie viel weniger vermochte das die politisch viel weniger orientierte Geschäfts-welt zu bemerken, die natürlich in dem Grafen Posadowsky-Wehner, der da neben dem Major a. D. Parsival genannt wurde, nicht einen total Unbekannten vermutete, sondern natürlich den ehemaligen Staatssekretär, derzeitigen Reichstagsabgeordneten und Ehrenvorsitzenden der Nationalflugspende Arthur Adolf Grafen von Posadowsky-Wehner.

Arthwendige Gemüter könnten zu der leicht begreiflichen Vermutung gelangen, daß bei der luftmilitaristischen Gründung der Atlaswerke der Name des Grafen Posadowsky-Wehner nur deshalb benutzt worden sei, um geflissentlich den Anschein zu erwecken, daß der Reichstagsabgeordnete Graf Posadowsky-Wehner, einer der einflußreichsten Männer des luftmilitaristischen prozentpatriotischen Unternehmens sei. Und wenn der Reichstagsabgeordnete Graf Posadowsky diesen Trick damals ohne Protest passieren ließ, so verrät es in der Tat ein geradezu bemerkenswertes Komödiantentum, wenn er sich am Dienstag gegen den Irrtum des Abgeordneten Roske in so outrierter Weise zu verhalten suchte!

Die luftmilitaristische Gründung der Atlaswerke scheint oberflächlich zu sein; aber auch die Haltung des Staatssekretärs a. D. und Reichstagsabgeordneten Graf Posadowsky ist mehr als seltsam!

Kompromißverhandlungen.

Wie das offiziöse Telegraphenbureau mitteilt, finden zurzeit unverbundene Besprechungen zwischen leitenden Persönlichkeiten verschiedener Fraktionen statt, die den Zweck verfolgen, eine Verständigung anzubahnen.

Ueber die Richtung, in der sich diese Kompromißverhandlungen zwischen dem Zentrum und den Nationalliberalen bewegen, schreibt die „Köln. Volksztg.“:

„Um den nationalliberalen Wünschen entgegenzukommen und auf dem Boden der Forderungen der Nationalliberalen eine Einigung zu erzielen, hat man im Zentrum vorläufig die grundsätzlichen Bedenken gegen eine Reichsvermögenssteuer zurückgestellt und die Bereitwilligkeit bekundet, einer Reichsvermögenssteuer zur Deckung der Wehrvorlagen eventuell zuzustimmen. Angesichts der Stellungnahme des Reichskanzlers gegen eine Reichsvermögenssteuer mehrten sich aber die Stimmen, welche wieder auf die ursprüngliche Regierungsvorlage zurückgreifen und die als Sicherungsgesetz von der Regierung vorgeschlagene Vermögenszuwachssteuer als direkte Reichssteuer zu einer Reichsvermögenszuwachssteuer ausarbeiten wollen. Sollte auch dagegen der Reichskanzler wieder ein Unannehmbar aussprechen, dann wäre man so ziemlich am Ende des Lateins angelangt, um so mehr, als in einer Reichsvermögenszuwachssteuer auch der Gedanke der Erb-anfallsteuer in gewissem Maße berücksichtigt ist.“

Von der Regierung ist dieses Unannehmbar wohl nicht zu erwarten und das der „Deutschen Tageszeitung“, die auch die mildeste Form der Erbssteuer verhorrestiert, wäre kein Hindernis. Aber daß die Nationalliberalen sich auf einen so kläglichen Rückzug begeben wollen, obwohl sie die patriotische Heuchelei des Zentrums entlarven und eine gründliche Besteuerung durchsetzen könnten, wäre allerdings recht bezeichnend.

Ernüchterung.

Die anfängliche Opferwilligkeit der bestehenden Klassen ist in dem gleichen Maße abgeflaut, in dem die Verhandlungen in der Budgetkommission dem Wehrbeitrag feste Gestalt verliehen. Die ganze kapitalistische Presse jammert heute bereits darüber, daß der Wehrbeitrag für die höheren Vermögen auf eine direkte Konfiskation hinauslaufe. Am besten sagt die Stimmung, die in kapitalistischen Kreisen herrscht, der halb-offizielle „Berliner Lokal-Anzeiger“ zusammen in die Sätze:

„Die freudige Stimmung, mit der die große Öffentlichkeit das notwendige Vermögensopfer dem Vaterlande darbringen wollte, hat mehr und mehr einer Ernüchterung Platz gemacht, und nun, da die Beschlüsse der Reichstagskommission sich vollständig übersehen lassen, muß man wirklich daran zweifeln, ob ihre Annahme dem Plenum des hohen Hauses und, falls dieses keinen Grund zu Bedenken finden sollte, den Verbündeten Regierungen noch mit gutem Gewissen empfohlen werden kann.“

Der Artikel weist dann darauf hin, wie erfreulich gegenüber den Kommissionsbeschlüssen die Regierungsvorlage war und bringt dann in folgenden Ratsschlag aus:

„Der Reichstag hat schon des öfteren Regierungsvorschläge, die an sich einfach und leicht durchführbar waren, von unterst zu oberst geklärt und nachher mit seiner Weisheit eienbüchlich Schiffbruch erlitten. Wir erinnern nur an die Fahrkartensteuer, die er hinterdrein gern wieder losgeworden wäre. Er sollte sich diese Erfahrungen zur Warnung dienen lassen und auch bei dem Wehrbeitrag lieber zu den Grundlagen der Regierungsvorschläge zurückkehren. Das Volk ist in Steuerlasten in den letzten Jahren wirklich nicht verdoht worden. Um so mehr muß dafür Sorge getragen werden, daß bei der Verteilung neuer Lasten nicht nach Billigkeit oder unbilligen Parteirücksichten, sondern nach Recht und Gerechtigkeit verfahren wird.“

Wenn indirekte Steuern vorgeschlagen worden sind, dann ist es dieser Presse niemals eingefallen, Recht und Gerechtigkeit in den Vordergrund zu stellen. Jetzt, wo zum ersten Male die bestehenden Klassen etwas schärfer zu den Lasten des Reiches herangezogen werden sollen, schreit man von Konfiskation des Privateigentums. So sieht der Patriotismus und die Opferwilligkeit der herrschenden Klassen aus. Treffen der konnte das nicht mehr gezeichnet werden, als der der Regierung so überaus nahestehende „Berliner Lokal-Anzeiger“ es getan hat.

Reichstagsersatzwahl in Waldeck-Pyrmont.

Gestern fand für den Reichstagswahlkreis Waldeck-Pyrmont eine Ersatzwahl statt, die notwendig geworden war, weil der Reichstagsabgeordnete als gewählt erklärter Abgeordneter Vietmeyer (Wirtsch. Vgg.) für ungültig erklärt hatte. Bei der gestrigen Wahl wurden abgegeben für Vietmeyer (Wirtsch. Vgg.) 5648, für Kaumann (Sp.) 4037 und für Weddig (Soz.) 1017 Stimmen, zerplittert waren 10 Stimmen. Es ist also Stichwahl zwischen Vietmeyer und Kaumann erforderlich.

Bei der Wahl im Jahre 1912 wurde der Antisemit Vietmeyer in der Stichwahl mit 6192 gegen 6099 freisinnige Stimmen gewählt. In der Hauptwahl hatte der Freisinn 3887, der Nationalliberale 2037, der Sozialdemokrat 1600 und der Antisemit 4403 Stimmen erhalten. Ein erheblicher Teil der Nationalliberalen hatte also damals für den Antisemiten gestimmt. Auch diesmal hatten die Nationalliberalen nicht etwa die Parole für den freisinnigen Abgeordneten Kaumann ausgegeben, sondern nur ihren Wählern die Abstimmung freigestellt mit dem Resultat, daß auch bei dieser Wahl ein großer Teil der Nationalliberalen wieder für den reaktionären Vietmeyer eingetreten ist. Es ist aber gute Aussicht vorhanden, daß in der Stichwahl Friedrich Kaumann mit sozialdemokratischer Hilfe gewählt wird.

Auch ein Jubiläumsgeschenk.

Der Jubiläumsummel wird, je näher der Tag kommt, an dem Wilhelm II. die Regierung übernahm, immer toller. Den Vogel damit haben zweifellos schon jetzt die Bunzlauer Patrioten abgeschossen. Nach der Landtagswahl in Bunzlau-Löwenberg, in der die beiden konservativen Kandidaten „einstimmig“ gewählt wurden, denn die Freisinnigen und Sozialdemokraten beteiligten sich nicht an der Wahl, weil der Sieg der Reaktionen absolut sicher war, versammelten sich die konservativen Wahlmänner von Rang und Würde zu einem gemeinsamen „Liebesmahl“. Dabei hielt der Herr Landrat vom Bunzlauer Kreise folgende Rede:

„Wiederum ist es den vereinigten Kreisen Bunzlau und Löwenberg gelungen, zwei treue Diener unseres Königs, Männer von echt preussischem Geist, in die Zweite Kammer zu entsenden. Wir glauben, hiermit unserm Allergnädigsten Herrn das beste Jubiläumsgeschenk dargebracht zu haben.“

Mit Hilfe des elenden Dreiklassenwahlrechts hat Wilhelm II. schon vom Beginn seiner Regierungszeit an solche „Männer von echt preussischem Geist“ als Geschenke erhalten, ohne daß er ein Jubiläum feierte. Wenn es nichts kostet, dann sind unsere Konservativen mit den Geschenken nicht sparsam.

Der gesträubte Professor.

Wir haben am Sonntag in kurzer Darstellung auf die Stümpfung des Herrn Professor Bernhard durch unseren Genossen Kampffmeyer verwiesen. Damit sollte aber nicht gesagt sein, daß der betriebsame Herr in anderen Kreisen etwa die Anerkennung fände, nach der er strebt. Nur die Scharfmacher jubeln seiner Tendenzschriftstellerei zu, und im preussischen Kultusministerium mag die „wissenschaftliche Methode“ des Herrn Professors auf das ersuchte Verständnis zu rechnen haben.

Wie wir der „Sozialen Praxis“ entnehmen, nahm in der letzten Sitzung des deutschen Komitees für Internationale Sozialversicherung Herr Dr. Richard Freund, Vorsitzender der Landesversicherungsanstalt Berlin Veranlassung, zu betonen, daß die Schrift Bernhards „Anspruch auf eine objektive wissenschaftliche Arbeit nicht erheben“ könne. Einem wirklichen Kenner der deutschen Sozialversicherung werde es nicht zweifelhaft sein, daß die „unerwünschten Folgen“ gegenüber den gewaltigen Vorteilen, welche die deutsche Sozialversicherung dem deutschen Volke gebracht habe, gar nicht in Betracht kommen könnten.

„Von einer objektiven wissenschaftlichen Arbeit“, so sagte Dr. Freund wörtlich weiter, „muß man verlangen, daß sie das gesamte vorhandene Material berücksichtigt, daß sie auch die gegenteiligen Meinungen zum Worte kommen läßt, daß sie insbesondere an Darstellungen von hervorragenden Fachmännern, wie solche von dem Präsidenten des Reichsversicherungsamtes Dr. Kaufmann und von Dr. Zahn gegeben worden sind, nicht achtlos vorbeigeht; andernfalls kann eine solche Arbeit nur als einseitige Tendenzschrift betrachtet werden, welche keinen Anspruch auf objektiven wissenschaftlichen Wert erheben kann.“ Das Deutsche Komitee für Internationale Sozialversicherung — so berichtet Herr Dr. Freund selbst weiter — hat einstimmig ausgesprochen, daß es diesen Ausführungen in allen Punkten zustimmt.

Eine bittere Lektion, Herr Professor, aber wohlverdient.

Fürs Vaterland gefallen.

Das Amrumer Lokalblatt wundert sich, daß die Leiche des bei Hönnum ertrunkenen und in Amrum geborenen Kriegsobermatrosen Gerhard ohne Sang und Klang durch die Insel zum Dampfschiff nach Wittbän gebracht worden ist:

Trotzdem ganz in der Nähe Amrums von der Marine Gefechtsübungen abgehalten wurden, kümmerten sich die Marinebehörden absolut nicht weiter um den Toten, der im Dienst auch für das Vaterland gestorben ist. Hier wäre doch gewiß durch Kommandierung einer Eskorte von Kameraden Gelegenheit gewesen, der Bevölkerung zu zeigen,

wie die Militärbehörde auch den einfachen Mann, der in seinem gefährlichen Beruf sein Leben lassen mußte, ehrt; es hätte dies nur das Ansehen des Reiches gefördert und die Behauptung widerlegt, daß für Empfänger großer Herren mehr getan wird, wie für die Söhne des Volkes, die ihr Leben doch mit dem gleichen Wute für Kaiser und Reich einlegen."

Sie begreifen die Bitterkeit des Armeren Blattes aus seiner friesischen Abgeschlossenheit heraus, vermögen sie aber von unserem Standpunkt aus in keiner Weise zu billigen. Die Redaktion hätte freundlichst bedenken müssen, daß augenblicklich für das Jubiläum des Kaisers sehr viel Patriotismus verbraucht wird und daß mithin für einen im Dienst des Vaterlandes ertrunkenen Torpedomattrosen unmöglich etwas übrig bleiben konnte.

Im übrigen befremdet es uns, daß im Schlußsatz der Mut der Söhne des Volkes, die ihr Leben für das Vaterland wagen, mit dem Mut der „großen Herren“ gleichgesetzt wird, denen man glänzende Empfänge bereitet.

Uns ist in Friedenszeiten kein Fall bekannt gewesen, in dem besagte große Herren so leichtsinnig gewesen, ihr wertvolles Leben zu exponieren.

Aufmunterungen mit Degen und Messer.

Eine unangenehme Wendung für den Angeklagten sollte ein Rißhandlungsprozeß nehmen, der am Mittwoch vor dem Kriegsgericht der Königl. Kommandantur stattfand. Angeklagt wegen Rißhandlung eines Untergebenen war der Vizefeldwebel Schütz von der Versuchsbatterie der Artillerie-Prüfungskommission. Am 15. Mai befand sich der Angeklagte mit den Mannschaften auf dem Beobachtungsstand des Kammersdorfer Schießplatzes, um die Wirkung der Sprengkraft der abgefeuerten Geschosse zu kontrollieren. In der Kammer, die am Beobachtungsposten angebracht ist, waren von Kanonieren unvorsichtigerweise wiederholt Verschiebungen vorgenommen worden. Als dann der Kanonier S., der vor der Kamera auf einem Tisch saß, nach hinten überkippte und die Kamera berührte, befürchtete der Kanonier Kurz, es könne wieder eine Verschiebung vorkommen und sprang schnell hinzu, um dies zu verhindern. Der Vizefeldwebel, der den Dienst zu beaufsichtigen hatte, trat in diesem Augenblick hinzu und glaubte, Kurz habe wieder ungebührlich an der Kamera herumhantiert. Er wurde sehr ärgerlich und verließ dem Untergebenen einen heftigen Fußtritt ins Gesicht, zwischen die Beine. Einige Zeit hindurch hatte K. Schmerzen an einer empfindlichen Stelle. Am zweiten Tage darauf wurde er wegen einer Entzündung ins Lazarett gebracht. Der Stabsarzt war aber nicht der Ansicht, daß die Krankheit von dem Fußtritt herrühren konnte. Kurz befandte als Zeuge, daß der Angeklagte bei den Übungen meist mit dem Messer in der Hand herumgegangen sei und andere Kanoniere damit geschlagen habe. Auch den Säbel habe er bei den Aufmunterungen benutzt und damit Kameraden geschlagen. Zwei andere Kanoniere, die ebenfalls als Zeugen vernommen wurden, unterstützten die Angaben des K. Zu den Geschlagenen gehörte auch der Kanonier Kourab, der bei dem letzten Explosionsunfall auf dem Kammersdorfer Schießplatz den Tod fand. Das Kriegsgericht konnte jedoch nur den zur Anklage stehenden Fall zur Aburteilung bringen. Es nahm nicht Rißhandlung, sondern nur vorschriftswidrige Behandlung eines Untergebenen an und verurteilte Schütz zu fünf Tagen gelinden Arrest (!!).

Kriegervereins-Terror.

Nirgends schießt der Terror gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung üppiger in die Höhe, als in den Gegenden, wo unsere Bewegung noch schwach ist und die Gegner noch die unbestrittene Macht in Händen haben. Behörden, Pfaffen und als dritte im Bunde die Kriegervereiner setzen alles daran, um die Arbeiterbewegung nicht aufkommen zu lassen. Behördliche Schikanen, Kanzelreden usw. haben sich als untaugliche Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie erwiesen. Am meisten Erfolg versprechen sich unsere Gegner von der Lokalabtreiberi, die in der Regel der „unpolitische“ Kriegerverein in die Hand nimmt. Mit welchen Mitteln die letzteren dabei zu Werke gehen, dafür ein Beispiel aus Patschkau (D.-S.). Dem dortigen Vorsitzenden unseres Wahlvereins ging folgender Brief von dem Gastwirt zu, in dessen Lokal der Wahlverein bisher seine Monatsversammlungen abhielt:

Patschkau, den 21. Mai 1913.
Geehrter Herr Voller!

Durch Nachregelung des hiesigen Kameradenvereins bin ich genötigt, Ihnen mitteilen zu müssen, daß ich Ihnen mein Billardzimmer zu Monatsversammlungen nicht mehr geben kann, wenn ich nicht durch Verfügung des Landkriegerverbandes aus dem Verein ausgeschlossen werden soll, was ich als alter Bachmeister vermeiden muß. Dieserhalb keine Feindschaft; als Gäste sind Sie mir stets willkommen.

Mit bestem Gruß
Kühnungsbohl!
Emil Nagler.

Mit dem Ausschluß aus dem Kameradenverein ist die Angelegenheit, wenn ein solcher Gastwirt standhaft bleibt mit Rücksicht auf sein Geschäft, natürlich nicht abgetan. Es wird ihm dann auch noch der Vorkorb höher gehängt, indem sein Lokal von den Vaterpatrioten wie die Pest gemieden wird. Das Anhängern versehen unsere Patrioten bekanntlich aus dem ff. Und doch sollen die Kriegervereiner „unpolitisch“ sein.

Die neue Balkankrise.

Eine Vermittlungsaktion der Mächte.

Wien, 10. Juni. Von besonderer Seite erfährt die „Neue Freie Presse“, daß in aller kürzester Zeit ein Kollektivschritt der Mächte bei den Balkanstaaten erfolgen wird. Zurzeit finden zwischen den Großmächten Verhandlungen über die Modalitäten des Schrittes statt. Man nimmt an, daß die Mächte vielleicht schon morgen, jedenfalls aber in den nächsten Tagen in Sofia, Belgrad und Athen durch ihre Vertreter eine ernste Mahnung zum Frieden erteilen und konkrete Vorschläge zur Schlichtung des Streites geben werden.

Abreise der türkischen Delegierten.

London, 11. Juni. Wie das Reutersche Bureau erfährt, haben die türkischen Delegierten heute London verlassen, ohne den Wünschen der griechischen Delegierten Folge zu geben hinsichtlich der Abfassung eines türkisch-griechischen Protokolls über die im Friedensvertrag nicht berücksichtigten Punkte.

Frankreich.

Die Raube der Militäristen.

Paris, 11. Juni. Wie aus Nancy gemeldet wird, ist die gegen 15 Soldaten der Garnison von Loul wegen der Rißhandlungsbefehle vom 18. Mai eingeleitete Untersuchung nunmehr abgeschlossen. Fünf Soldaten werden vor das Kriegsgericht gestellt werden. Gegen die übrigen werden lediglich Disziplinarmaßnahmen getroffen werden.

In Bourges werden acht Soldaten, die sich an der Rißhandlung des 18. Infanterieregiments beteiligt hatten, vor dem Kriegsgericht erscheinen.

Spanien.

Ministerkrise.

Madrid, 11. Juni. Ministerpräsident Graf Romanones ist zurückgetreten.

Portugal.

Das Bombenattentat.

Lissabon, 11. Juni. Der Elektriker Valerio Serrurier vom Arsenal ist verhaftet worden, da er verdächtig ist, auf dem Dom-Pedro-Play die Bombe geworfen zu haben. Er leugnet zwar, jedoch hat er sich in der Gruppe revolutionärer Sozialisten befunden und ist an den Weinen und am Sauche verurteilt. In der Nacht haben verschiedene Verhaftungen stattgefunden; es sind Vorsichtsmaßnahmen getroffen, doch herrscht volle Ruhe, auch die sozialistischen Zeitungen tabeln das Attentat. Der Kioel, der unter dem Namen Anarchistenhöhle bekannt war, wurde von Ziblisten in Brand gesteckt.

England.

Eine Blumenpönde.

London, 11. Juni. Während Premierminister Asquith heute im Unterhause über das Finanzgesetz sprach, sprang auf der Zuhörertribüne plötzlich ein Mann auf und schleuderte ein Wurfgeschoss, welches sich darauf als Blumenkorb herausstellte, gegen die Ministerbank. Der Korb verfehlte jedoch Asquith und die übrigen Minister und fiel ohne Schaden anzurichten, neben den Stuhl des Sprechers nieder. Der Mann, der sodann eine Menge von Schmähschriften auf den Boden des Hauses warf, wurde von den Dienern hinausgeworfen. Man vermutet, daß es sich um einen Anhänger des Frauenstimmrechts handelt. Premierminister Asquith setzte unter allgemeinem Beifall seine Rede fort.

Dänemark.

Die Ministerkrise.

Kopenhagen, 10. Juni. (Sig. Ver.) Am 12. Juni tritt die neugewählte Kammer zusammen, um eine Klärung der politischen Lage vorzunehmen. Das erscheint auch recht notwendig, denn es ist dem rechtsliberalen Flügel unter dem früheren Staatsminister Christensen gelungen, die ganze Lage derart zu verwickeln, daß jegliche Prophezeiungen über den Ausgang der Krise zweifellos sind. Christensen arbeitet mit Hochdruck auf die Befestigung der Verfassungsreformvorlage seines Parteifreundes Bernsen. Die Rechtsliberalen unter Christensen wollen nur eine Wahlreform mit den Konservativen machen, und zwar eine, die den reaktionären Tendenzen im Bauerntum Rechnung trägt. Die Vorlage Bernsens aber, die Männern und Frauen vom 25. Lebensjahre ab das Wahlrecht unter den gleichen Bedingungen gewährt, die vor allem die Erste Kammer durch die Gemeindevertretungen wählen lassen, die Rechte dieser Kammer in Finanzfragen einschränken will, geht diesen liberalen Erzhöhen zu weit. Christensen selbst fordert nun den Rücktritt des Ministeriums Bernsen und hat in der Sitzung der liberalen Parteileitung auch seinen Willen durchgedrückt, daß Bernsen zunächst demissionieren wird. Christensen will dann weiter ein Ministerium (Zahle (radikal), und er hofft, daß die Sozialdemokratie es ablehnen wird, in dieses Ministerium einzutreten. Die Christensenpresse hat diese Hoffnung mit dem Hinweis auf angebliche Beschlüsse der internationalen Sozialistenpresse vertreten. Nach dieser Auffassung soll es den dänischen Sozialdemokraten verboten sein, an der Regierung teilzunehmen. Das Ministerium Zahle aber glaubt man sehr schnell bei der Durchführung der Wahlreform zum Scheitern zu bringen und dann ist die Zeit für Herrn Christensen gekommen, das Kapitel zu retten.

Es wirkte wie Peitschenhiebe auf Rechtsliberale und Konservative, als unsere Parteipresse einmütig die Illusionen hinsichtlich der internationalen Sozialistenkongressbeschlüsse zerstörte. Unsere Parteiorgane wiesen darauf hin, daß diese Beschlüsse der Partei die Möglichkeit offen lassen, zur Lösung einer bestimmten Frage in einer dringenden Situation an der Regierungsbildung teilzunehmen. Die dänische Sozialdemokratie wünscht zwar, daß Bernsen keine Verfassungsreform geführt auf die Rechte liberaler Radikale-Sozialdemokraten durchzuführen soll. Zwingen die Liberalen ihren Vertrauensmann Bernsen aber zum Rücktritt, dann wird unsere Partei ihren eigenen früheren Beschlüssen entsprechend zusammenzutreten, um über ihre Teilnahme an einem Ministerium zur Lösung der Verfassungsreform zu entscheiden.

Als diese Stellungnahme der sozialdemokratischen Presse einmütig erfolgte, wurden die offenen und versteckten Reaktionen ziemlich verflücht. Eine Teilnahme von Sozialdemokraten an der Regierung wünschen sie nicht, weil sie befürchten, daß dadurch unserer Partei draußen im Lande mit dem Sozialistenscheiß nicht mehr beizukommen wäre. Und nun befinden sich die Herrschaften in einer schweren Klemme. Weiße Kreise der liberalen Anhänger fordern das Verbleiben Bernsens, genau so wie es unsere Partei und die Radikale fordern. Bernsen selbst wäre sicher nicht abgeneigt, seine Wahlreform selbst durchzuführen, für die er eine so ernste Arbeit eingesetzt hat. Der 12. Juni wird nun die Entscheidung fallen.

Aus der Partei.

Der diesjährige Parteitag.

Der Parteiausflug hat in Uebereinstimmung mit dem Parteivorstand beschloffen, den Parteitag in Jena abzuhalten und zwar vom Sonntag, den 14. September, ab. Die Tagesordnung wurde wie folgt festgesetzt:

1. Geschäftsbericht des Parteivorstandes.
a) Allgemeiner Bericht. Referent: Genosse Scheidemann.
b) Kasienbericht. Referent: Genosse Braun.
2. Bericht der Kontrollkommission.
Referent: Genosse Raden.
3. Bericht der Reichstagsfraktion.
Referent: Genosse H. Schulz.
4. Kaiserer. Referent: Genosse Ebert.
5. Steuerfrage. Referenten: Genossen Wurm und Dr. Südekum.
6. Sonstige Anträge.
7. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission usw.

Sozialdemokratischer Gemeindevorstand.

Unsere Genossen in Fried bei Friedrichsort an der Rieker Höhe errangen bei der Gemeindevorstandswahl, die sich durch die Erhöhung der Gemeindevorstandszahl von 9 auf 12 nötig machte, zwei neue Mandate. Die Zahl der sozialdemokratischen Vertreter beträgt somit sechs. Das Resultat ist besonders bemerkenswert, da die übergroße Mehrheit der Arbeiter in Fried in der marinesozialistischen

Torpedowerkstatt in Friedrichsort beschäftigt und außerdem die Wahl öffentlich ist.

Aus den Organisationen.

Der Mansfelder Sozialdemokratische Verein hielt seinen Kreisstag in Altleben ab. Die Zahl der Parteimitglieder beträgt 1200, die der Volksblatt-Abonnenten 2400. Das sind angesichts der über 18000 sozialdemokratischen Reichstagswähler sehr ungünstige Zahlen, die sich jedoch daraus erklären lassen, daß die im Kreise alles beherrschende Mansfelder Kupferindustrie wachsende Gewerkschaft durch ihre Schreckensherrschaft jede Bewegung politischer Art unterdrückt. Im abgelaufenen Jahre gelang es ihren Beamten wieder, uns in den Städtischen Getriebel und Gerbsteden die zur Verfügung stehenden Lokale abzutreiben. Der Kreisstag beriet eingehend über die unbedingt in verstärkter Weise nötige Meinagitation. — Außerdem wurde ein neues Kreisstatut durchberaten. Ein Antrag auf Einrichtung einer Sterbeunterstützungskasse, die die Mitgliedererwerbungen erleichtern sollte, wurde nach langer Debatte mit dem Hinweis auf die Volksfürsorge abgelehnt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der strafbare Gesang.

In Halle a. S. hat man einen Jungen, der vor Beginn einer öffentlichen Versammlung, die auf seines Vaters Grabfeld stattfand, im Gesangsverein ein Lied mitsang, wegen Uebertretung des Reichsvereinsgesetzes verurteilt, obwohl der Junge sofort nach dem Verlingen des Liedes, bevor der Redner begann, den Versammlungsort verlassen hatte. Der Verurteilte, der fünfzehnjährige Sohn des Genossen Lorenz in Bruckdorf bei Halle, hatte bald nach der Versammlung einen Strafbefehl über 3 M. erhalten, gegen den er beim Schöffengericht Halle Einspruch erhob, indem er betonte, daß er vor Beginn der politischen Versammlung sich doch noch rechtzeitig entfernt habe. Sein Vater wies in der Verhandlung nach, daß die Versammlung erst nach dem Gesang von dem Referenten, Reichstagsabgeordneten Kunert, eröffnet worden sei, als sein Junge sich schon entfernte, der damit alles getan habe, um sich nur ja nicht strafbar zu machen. Der überwachende Beamte behauptete jedoch, daß die Versammlung offiziell weder vor noch nach dem einleitenden Gesang eröffnet worden sei und daß er deshalb die ganze Veranstaltung, den Gesang einbegriffen, als politische Versammlung angesehen habe. Und da der Junge Lorenz mitsungen habe, hätte er sich an der politischen Versammlung beteiligt.

Das Halle'sche Schöffengericht schloß sich dieser Gen darmenweiseit an und bestätigte den Strafbefehl, nachdem es noch ausdrücklich betont hatte, daß der junge Mensch die zur Erkenntnis der Strafbarkeit seiner Handlungen erforderliche Einsicht ohne Zweifel besessen habe. Demgegenüber ist aber doch festzustellen, daß der Junge die Absicht, sich nicht strafällig machen zu wollen, durch das schleimige Verhalten des Kammes nach dem Gesang so deutlich wie möglich dargetan hat. Da Verurteilung eingelegt ist, werden höhere Gerichte sich zu dieser neuesten Halle'schen Auslegungskunst äußern müssen.

Die Reaktion in Schlesien.

Der gegen drei Genossen aus der Parteileitung in Waldenburg i. Schl. anhängig gemachte politische Weineidprozeß kommt Anfang Juli zur Verhandlung. Die drei angeklagten Genossen befinden sich seit März in Untersuchungshaft.

Nach dreimonatiger Haft wurde Genosse Lutzer von der „Schlesischen Vergewalt“ aus dem Gefängnis entlassen. Die Strafe erhielt L. wegen eines Zeitungsartikels, in dem Aufreizung zum Klassenhaß erblickt wurde.

Letzte Nachrichten.

Das Attentat auf Schewket Pascha.

Konstantinopel, 11. Juni. (B. L. B.) Die Ermordung Schewket Paschas hat in der Stadt Bestürzung hervorgerufen. Es herrscht jetzt vollkommene Ruhe. Patrouillen durchziehen die Straßen; der Eintritt in die Bureaus der Porte und der anderen Departements ist nur unter Vorsichtsmaßnahmen gestattet. Der Eintritt ins Kriegsministerium ist untersagt. Talat wohnte dem Ministerrat bei.

Wien, 11. Juni. (B. L. B.) Wie die „Neue Freie Presse“ aus Konstantinopel erfährt, waren bei dem Anschlag auf den Großwesir vier Personen beteiligt.

Die serbisch-bulgarische Streitfrage.

Belgrad, 11. Juni. (B. L. B.) Den Blättern zufolge hat der König gestern den russischen Gesandten Partwig in Audienz empfangen. Der Gesandte habe dem Wunsch Russlands nach einer friedlichen Lösung des serbisch-bulgarischen Konflikts Ausdruck gegeben. In dem hierauf abgehaltenen Ministerrat sei der Gesandtenkurs über die Annetion der von der serbischen Armee eroberten Gebiete durchberaten worden. Das Regierungsorgan „Samouprava“ erklärt, daß die serbische Regierung zunächst alle friedlichen Mittel versuchen werde, um durch gütliche Ausstreuung des Konflikts mit Bulgarien dem Friedensbedürfnisse der zivilisierten Welt, deren Sympathien dem serbischen Volke teuer seien, Rechnung zu tragen. Serbien habe sein Recht nicht durch einen Gewaltakt kompromittieren wollen, als welchen die Annetion vor der Erschöpfung aller friedlichen Mittel erscheinen müßte. Das jugradilale Parteiorgan „Objel“ gibt der Beforgnis Ausdruck, daß das Kabinett Politisch gewillt sein könnte, Konzessionen zu machen, welche mit den vom serbischen Volke aufgestellten Forderungen in Widerspruch stehen würden. Der Ministerpräsident bezwecke offenbar durch ein Hinausschieben der Entscheidung, den Großmächten Gelegenheit zu bieten, sich in die serbisch-bulgarische Streitfrage einzumischen.

Japan beschlagnahmt eine amerikanische Yacht.

Tokio, 11. Juni. (B. L. B.) Die amerikanische Yacht „Columbia“, die zur Vornahme von Ausbesserungen den japanischen Hafen Wakayama angelassen hatte, ist dort unter der Begründung beschlagnahmt worden, daß Wakayama kein offener Hafen sei.

Der Schroeder-Stranz-Standal.

Christiania, 11. Juni. (B. L. B.) „Morgenbladet“ meldet aus Tromsøe, daß der Grund für den Untergang der Schroeder-Stranz-Expedition Uneinigkeit gewesen sei. Die Expedition war von vornherein zum Scheitern verurteilt, da sie in der leichtfertigen Weise unternommen wurde. „Morgenbladet“ verlangt eine gerichtliche Untersuchung der Vorfälle, die sich in Spitzbergen abgespielt haben, da die schmerzlichen Anklagen, die Kapitän Stranz und die getriebenen deutschen Teilnehmer gegen die norwegische Mannschaft des „Herzog Ernst“ erhoben, dem norwegischen Namen nur zur Unehre gereichen könnten.

Ein ungetreuer Notar.

Köln, 11. Juni. (B. L. B.) In dem aufsehen erregenden Prozeß gegen den Justizrat und Notar Lehendeker, der wegen Unterschlagung von mehreren hunderttausend Mark Münzelgeldern unter Anklage stand, wurde heute das Urteil gesprochen. Lehendeker wurde zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte drei Jahre beantragt. Da der Angeklagte in allen Punkten geständig war, brauchten die Zeugen nicht vernommen zu werden, und dem Angeklagten wurden mildernde Umstände zugesprochen.

Todes-Anzeigen

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriger Kollege, der Droßkoffenführer
Otto Jeetze
 am 8. Juni im Alter von 75 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gnaden-Friedhofes, Barfußstraße, aus statt.
 65/15 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser
Reinhold Kain
 (Eradmstr. 4) am 10. d. M. an Lungenleiden gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. Juni, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gnaden-Friedhofes, Barfußstraße, aus statt.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 13. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gnaden-Friedhofes in Neudönn, Hermannstraße, aus statt.
 Ehre ihrem Andenken!
 Rege Beteiligung erwartet
 119/13 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Zahlstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinenarbeiter
Georg Krahnert
 Steglitz, Sachsenwaldstr. 29, im Alter von 29 Jahren gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 12. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Steglitzer Gemeinde-Friedhofes in der Bergstraße aus statt.
 Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Hermann Sommer
 Wilmersdorf, Lauenburger Str. 8, im Alter von 71 Jahren gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 12. Juni, nachmittags 6 Uhr, von der Halle des Wilmersdorfer Gemeinde-Friedhofes in der Berliner Straße aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 64/10 Die Ortsverwaltung.

Verein der Metallschleifer
 Berlin und Umgegend.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schleifer
Paul Pertack
 verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 12. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Gnaden-Friedhofes in Neudönn, Hermannstraße, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 117/15 Der Vorstand.

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12.

Danksagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Schwiegervaters, Bruders und Onkels, des Korrektors
Hermann Sonnenburg
 sagen wir allen Mitarbeitern, Freunden und Bekannten, untern herzlichsten Dank.
 Frau Luise Sonnenburg und Kinder.
 117/25

Danksagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters, des Hilfschloßers
Ludwig Konietzko
 sagen wir hiermit allen Beteiligten den besten Dank.
 Die Hinterbliebenen.
 77/1

Freie Volksbühne
Donnerstag, den 19. Juni, 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause:
Generalversammlung.
 Tagesordnung:
 Geschäfts- und Kassenbericht vom 4. Quartal und vom Geschäftsjahr 1912/13. Bericht des Vorstandes, des Ausschusses und der Revisoren. Anträge, Diskussion.
Neuwahlen des Vorstandes, Ausschusses, der Revisoren und der Obleute der Ordner.
 Der gedruckte Jahresbericht liegt in der Generalversammlung aus.
 Der Zutritt ist nur Mitgliedern gegen Vorweisung der Mitgliedskarte gestattet.
 Die Mitgliedskarten müssen vom 20. Juni ab in einer Zahlstelle zum Umtausch gegen eine neue Karte für das Spieljahr 1913-14 abgegeben werden, mit der Angabe, ob die Mitglieder einer Nachmittags-, gemischten oder Abend-Abteilung angehören wollen.
 244/16
 Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Verwaltung Berlin.
Achtung! Die Bibliothek Achtung!
 wird wegen Umzug und Inventur vom 15. Juni bis auf weiteres geschlossen. Vom 15. Juni ab werden keine Bücher mehr abgegeben. Bis zum 30. Juni müssen alle Bücher zurückgeliefert werden und zwar vom 20. Juni ab nach unseren neuen Räumen im Gebäude des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Rungestraße 30, I.

Einsetzer.
 Heute Donnerstag, den 12. Juni cr., abends 8 Uhr:
Bezirks-Versammlungen
 in folgenden Lokalen:
 1. Bezirk: **Merkowski, Andreadstr. 26.**
 2. " **Gliesche, Sprenghagener Str. 74.**
 3. " **Thunack, Charlottenburg, Wielandstr. 4.**
 4. " **Schenk, Neudönn, Rosenstr. 24.**
 5. " **Wiemers, Bülowstr. 58.**
 6. " **Meizer, Wiesenstr. 29.**
 Am 2., 3., 4. und 6. Bezirk sind neue Bezirksleiter zu wählen.
 1. Obmann Kollege **Böhm, Aulinstr. 25**
 2. " **Krößner, Steinmetzstr. 66.**

Tischbranche.
 Heute Donnerstag, 12. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei **Brinkmann** (früher **Merkowski**), Andreadstr. 26:
Vertrauensmänner-Versammlung.
 Jede Werkstätte der Tischbranche in Berlin und den Vororten muß einen Vertrauensmann entsenden.
 Die Jahresberichte der Zahlstelle Berlin werden im Bureau abgegeben. Sie sind durch die Vertrauensmänner für alle im Betriebe beschäftigten Mitglieder abzuholen.
 Vertrauensmännerkarte legitimiert.
 84/7 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85.
 Verwaltung: Kassierer: Arbeitsnachweis:
 Telefon: Amt Norden 1987. Amt Norden 185. Amt Norden 1239, 9714.
Sonabend, den 14. Juni 1913, nachts präzise 12 Uhr:
Allgemeine Versammlung
der Kino-Operatoren Groß-Berlins
 in Witwe Augustins Festhale, Dranienstr. 103.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag über: **Humor und Satire in der deutschen Literatur.**
 Referent: Reichstagsabgeordneter **W. Davidsohn.**
 In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es notwendig, daß jeder Kollege erscheint.
 119/14 Die Ortsverwaltung.

Theater.
Donnerstag, 12. Juni 1913.
 Anfang 7 Uhr.
Rgl. Opernhaus. Bestvorstellung. **Neues Opernhaus (Kroll).** Meisterfänger von Nürnberg. Anfang 7 1/2 Uhr.
Prater. Das Bummelmädchen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Rönlgl. Schauspielhaus. Volksvorstellung. Zwischen Schlächten. Die Neuwermählten. Anfang 8 Uhr.
Krania. Von Max zum Ocker. Berlin. Mi-Bien.
Deutsches. Der blaue Vogel. Kammerstücke. Kaiserliche Hoheit. Berliner Filmzauber.
Königgrätzer Straße. Die fünf Frankfurter.
Schiller O. Freiwild. Schiller-Charlottenb. Geographie und Liebe.
Montis Operetten. Der lachende Gemann.
Deutsches Schauspielhaus. Der Dieb.
Kleines. Professor Bernhardt.
Deutsches Opernhaus. Königin von Saba.
Romdtenhaus. Hofherrschaffliche Wohnungen.
Thalia. Puppchen. Anfang 8 1/2 Uhr.
Friedr. Willh. Schauspielhaus. Das Kammermädchen.
Lustspielhaus. Der lustige Kaladur.
Kösl. Der Traum ein Leben. Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Ernst sein.
Theater am Nollendorfplatz. Der Mann mit der grünen Maske.
Admiralpalast. Eisballett: Flirt in St. Moritz.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Sargmagazin u. Beerdigungskontor.
 Verlegung nach sämtlichen Krankenhäusern von **E. Schumacher.**
 Spinnmünder Straße 118.

Schiller-Theater O. Balmers-Theater.
 Donnerstag, abends 8 Uhr: **Freiwild.**
 Freitag, abends 8 Uhr: **Moral.**
 Sonnabend, abends 8 Uhr: **Moral.**
 Sonntag, abends 8 Uhr: **Prinz Friedrich von Homburg.**
 Ein Verkauf von Karten zu dieser Vorstellung findet nicht statt.
Schiller-Theater Charlottenburg.
 Donnerstag, abends 8 Uhr: **Geographie und Liebe.**
 Freitag, abends 8 Uhr: **Zwei Wappen.**
 Sonnabend, abends 8 Uhr: **Freiwild.**
 Sonntag, abends 8 Uhr: **Zopf und Schwert.**
 Ein Verkauf von Karten zu dieser Vorstellung findet nicht statt.
Berliner Theater.
 8 Uhr: **Filmzauber.**
Theater in der Königgrätzer Straße
 8 Uhr:
Die fünf Frankfurter.
Kroll-Oper.
 7 Uhr:
Die Meistersinger von Nürnberg.
 Gastspiel: Kammerfängerin **Anne Gura-Pummel.**
 Freit.: **Tannhäuser.** Sonnab. **Tristan und Isolde.** Sonntag: **Der Tromp. v. Sickingen.** Montag: **Tannhäuser.**

Reichshallen-Theater
 Stettiner Sänger.
 „Stucke's Pfingstfahrt“
 Berliner Barlesko von **Meysel.**
 Anfang 8 Uhr.

Brauerei Friedrichshain
 Am Königstor. Dir.: **Ernst Liebing.**
 Jeden Dienstag- und Donnerstagnachmittag:
Kaffee-Frei-Vorstellung
 der Norddeutschen und Apollo-Sänger
 bei freiem Entree. Freitags: **Frei-Konzert.**

Reederei Kahnt & Hertzner
 Am Sonntag, den 15. Juni.
 nach **Teupitz (Idyll)** Abfahrt 7 1/2 Uhr.
 Rückfahrt 11 Uhr.
 Rückkehr 12 Uhr.
 Rückkehr 2 Uhr.

Montis Operetten-Theater
 (fr. Neues Theater). Amt Norden 1141.
 Sommerprek. Gastsp. **Jul. Spielmann.**
 8 Uhr: **Der lachende Gemann.**
Theater am Nollendorfplatz
 Abends 8 1/2 Uhr:
Der Mann mit der grünen Maske.
ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Der Traum ein Leben.
 Auf der Gartenbühne:
Achtung! Es geht los!
 Große Post. Anfang 4 1/2 Uhr.
Passage-Panoptikum
Die 3 Schwestern Liliput
 die kleinste Schwest. der Welt.
 Der weltberühmte amerikanische **Negerboxer**
Andrea Johnson
 bei seinem Training.
Aga, Jungfrau!
Alles ohne Extra-Entree!
Stadt-Theater
 Mi-Moritz 47/48.
Theater und Spezialitäten.
 Größter Schläger des Thalia-Theaters
Bis früh um fünf.
 Musik von **Paul Linde.**
 Anfang Sonntag 5, der Postst. 6 Uhr.
 Kleine Preise.
Admiralpalast - Eis-Arena
 Angenehm kühler Aufenthalt.
 Allabendlich das gr. erfolgreiche Eisballett **Flirt in St. Moritz.**
 Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassonpreise.
Restaurant I. Rang.
 Wein- und Bier-Abteilung.

Deutsches Schauspielhaus. Der Dieb.
Kleines. Professor Bernhardt.
Deutsches Opernhaus. Königin von Saba.
Romdtenhaus. Hofherrschaffliche Wohnungen.
Thalia. Puppchen. Anfang 8 1/2 Uhr.
Friedr. Willh. Schauspielhaus. Das Kammermädchen.
Lustspielhaus. Der lustige Kaladur.
Kösl. Der Traum ein Leben. Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Ernst sein.
Theater am Nollendorfplatz. Der Mann mit der grünen Maske.
Admiralpalast. Eisballett: Flirt in St. Moritz.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Neue Welt.
Arnold Scholz. Hasenheide 108/114.
 Heute Donnerstag, den 12. Juni 1913:
Elite-Tag
 verbunden mit
Großem Brillant-Feuerwerk
 Anfang 5 Uhr. Entree 50 Pl.

Wir schwören
 auf
Selowsky's Caruso-Cigaretten
Stuckgeschäft.
 In aufblühender Stadt in Norddeutschland Bildhauer- und Stuckgeschäft umhändehalter sehr billig zu verkaufen. Bauten können übernommen werden. Angehörung circa 1000 R. Offerten unter A. 2 an die Hauptred. des „Vorwärts“.

Reiseführer, Wanderkarten und Bücher, Kursbücher
 hält stets am Lager
Buchhandlung Vorwärts
 Lindenstr. 60.

Deutsches Schauspielhaus
 8 Uhr: **Der Dieb.**
ZOOLOGISCHER GARTEN
 Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
 Eintritt 1 Mark, von 6 Uhr ab 50 Pl.
 Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Metropol-Theater.
 abends 8 Uhr:
Die Kino-Königin.
 Operette in 3 Akten von **Jul. Freund** und **G. Monnowski.**
 Musik von **Jean Gilbert.**
 In Szene gesetzt v. Dir. **Rich. Schulz.**
Volksgarten-Theater.
 Badstr. 3. Bollermannstr. 20/25.
 Täglich: **Konzert, Theater** und **Vorstellung.**
In lauschiger Nacht.
 Originalbühne in 2 Akt v. **B. Wehrle.**
 Dazu das neue Spezialitäten-Programm u. a. **The 4 Darnetts.**
 Genre: **Dr. Brillant-Feuerwerk.**
Voigt-Theater
 Badstraße 58.
 Donnerstag, den 12. Juni 1913:
 Nur noch wenige Male:
Auf nach Amerika!
 Auftritte von Spezialitäten allerersten Ranges.
 Kassenöffnung 2 Uhr. Anfang 4 1/2 Uhr.

Admiralpalast - Eis-Arena
 Angenehm kühler Aufenthalt.
 Allabendlich das gr. erfolgreiche Eisballett **Flirt in St. Moritz.**
 Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassonpreise.
Restaurant I. Rang.
 Wein- und Bier-Abteilung.

Reederei Kahnt & Hertzner
 Am Sonntag, den 15. Juni.
 nach **Teupitz (Idyll)** Abfahrt 7 1/2 Uhr.
 Rückfahrt 11 Uhr.
 Rückkehr 12 Uhr.

Wir schwören
 auf
Selowsky's Caruso-Cigaretten

Der gutsitzende Anzug
 macht den Gentleman. Heute und folgende Tage: Verkauf von großen Posten neuer oder gebrauchter **Montagsgarderobe, Anzüge, Ulster, Paletots, Dreieckler, getragen, teils von ersten Schneidern aus besten Materialien angefertigt (auch an Seide) für jede Figur (auch den stärksten Herrn) passend am Lager. Anschaffungs-wert bis M. 130 - zu folgenden billigen Preisen:**
 Jacken-Anzüge M. 9.- 12.- 15.- 20.- etc. bis zu 2. reuesten:
 Rock-Anzüge 12.- 16.- 20.- 24.-
 Gehrock-Anzüge 18.- 22.- 27.- 32.-
 Herren-Visier 10.- 15.- 20.-
 Sommer-Paletots 6.- 8.- 12.- 14.-
 Hosen 2.- 3.- 4.- 6.-
 Junglings-Anzüge 7.- 10.- 14.- 18.-
Frack- u. Gesellschaftsanzüge werden verlihen.
Garderobenhaus
Gr. Frankfurter Straße 116
 an der Andreastrasse
 H. Geschäft: Chausseestr. 89.

Phänomen
Qualitäts Cigarette

 KONIG LINDEN

Reichstag.

159. Sitzung. Mittwoch, den 11. Juni 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Bethmann-Hollweg, Dellbrück, v. Seeringen.

Die zweite Beratung der Wehrvorlage wird beim Art. I fortgesetzt.

Abg. Erzberger (Z.): Die erste Frucht der Berner Konferenz haben wir gestern im Reichstag erlebt. Herr Roske hat 4 1/2 Stunden gesprochen, sein Parteifreund Jaurès in Frankreich hat angekündigt, drei Tage lang zur Wehrvorlage zu sprechen (Heiterkeit). Liebertrauend war ja die Opposition der Sozialdemokraten nicht. Die radikalsten Gemüter, selbst Rosa Luxemburg, werden jetzt mit Herrn Roske zufrieden sein (Heiterkeit). Dann sang Herr Roske ein Loblied auf die Sozialdemokratie, die immer weiter ins Volk dringe. Nun, es ist dafür gefordert, daß die sozialdemokratischen Kräfte nicht in den Himmel wachsen. Es gibt ja keine Partei, die innerlich so zerfallen ist, wie die Sozialdemokratie (Widerpruch bei den Sozialdemokraten), kein einziger Satz ihres Programms ist unangefochten in ihren eigenen Reihen. Die Wehrvorlage stellt der Abg. Roske als etwas ganz Ungeheuerliches hin. Nun, die französischen Sozialisten sagen, die deutsche Wehrvorlage ist so unbedeutend, daß sie der Einführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich wegen dieser Vorlage nicht zustimmen können. Den Völkern des Abg. Roske muß man sehr skeptisch gegenüberstehen; er sagte, der Allgemeine Pensionsfonds enthalte 100 Millionen für Militärs und nur 4,6 Millionen für Zivilbeamte. Er hat wohl übersehen, daß die Pensionen der Post- und Eisenbahnbeamten mit 44,5 Millionen im Postetat enthalten sind. (Hört! hört! im Zentrum.) Der Abg. Roske bewegte sich vielfach in Widersprüchen, das ist bei einer Rede von 4 1/2 Stunden ja auch ganz selbstverständlich. (Heiterkeit.) Zum Beispiel sprach er von den großen persönlichen Opfern der Dienstzeit, verlangt aber das Militärische, bei welchem jeder Mann in den Waffen ausgebildet werden soll. Er klagte über die mindere körperliche Tüchtigkeit unserer Jugend, zufolge zu geringen Arbeitsschubes, mußte aber anerkennen, daß unser Heer das gesundeste der Welt ist. Aber was der Abg. Roske über die Abnahme der Lieferungen bei Krupp gesagt hat, wird wohl auf allen Seiten dieses Hauses gebilligt. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) General Wandel hat die Angaben Roskes nicht widerlegt, sondern zugegeben. Den Reichskanzler besahe ich bei dieser Gelegenheit, wann die einstimmig beschlossene Untersuchungskommission für die Waffenlieferungen zusammentreten wird. — Die Wehrvorlage will Roske ablehnen, weil weder eine momentane Kriegsgefahr noch eine in absehbarer Zeit vorliege. Nun, bei einer momentanen Kriegsgefahr wäre es zu spät, eine Wehrvorlage einzubringen. Daß aber in absehbarer Zeit ein Krieg ausbrechen kann, das geben Parteigenossen des Abg. Roske zu. A. Hermann Wendel in der „Neuen Zeit“ vom 9. Mai 1913 und Albert Thomas in der „Neuen Zeit“ vom 8. Juni 1913. Wir brauchen ja auch nur an die Vorgänge in Rancy zu denken. Daher wäre es unterantwortlich, wenn wir nicht, um ein Wort des Reichskanzlers zu gebrauchen, so stark sein wollen, wie wir sein können. (Sehr richtig! im Zentrum.) Herr Roske sprach von einem uneingelösten Königswort; deshalb will ich an das Wort des Kaisers vom 25. Juni 1888 erinnern, daß unser Heer den Frieden sichern soll; wenn er aber gebrochen wird, soll es in Ehren bestehen. Dieses Wort hat er gehalten, und das deutsche Volk ist ihm dankbar für dieses Programm. (Bravo! im Zentrum.) Von diesem Gesichtspunkte sind wir bereit, die Wehrvorlage zu bewilligen, freilich mit der Voraussetzung, daß keine Ausgabebewilligung ohne gleichzeitige Beschaffung der erforderlichen Deckung stattfinden darf. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Verabschiedung der Wehrvorlage ohne Deckung wäre halbes Werk, wäre Stillschwenk, Stämperei! Wir erwarten, daß der Bundesrat auf denselben Standpunkt steht und zum Ausdruck bringt, daß die Deckungsvorlage ebenso notwendig ist wie die Wehrvorlage. Soll die Stärkung unserer Wehrkraft erlaßt werden durch den Ruin unserer Finanzen, so ist doch sehr die Frage, ob nicht am Ende des Ganzen ein Minus steht. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Ich erwarte, daß alle Parteien, die für die Wehrvorlage sind, mit der gleichen Energie auch für eine gründliche Deckung eintreten werden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Nur nicht für die Erbschaftsteuer! Heiterkeit.) Ich spreche jetzt nicht über die Art der Kostenaufbringung, sonst müßte ich auch vier Stunden reden. — Angesichts der Maßnahmen, die in den letzten Monaten in Frankreich erfolgt sind, sind wir einfach zur Annahme der Wehrvorlage gezwungen. Herr Roske sagt: herabhängen wir uns! Aber dazu gehören zwei. Eine Verständigung wäre nur möglich, wenn Frankreich den durch den Frankfurter Frieden geschaffenen Zustand anerkennen würde. Aber davon ist keine Rede. An der Friedensliebe des Deutschen Kaisers kann kein Zweifel sein. Die Franzosen erkennen das an, warum ziehen sie nicht die Konsequenzen daraus. Von Deutschland aus ist wiederholt die Hand zur Verständigung Frankreichs gereicht worden. Daß zwei Zentrumsabgeordnete verboten sein soll, an der Berner Konferenz teilzunehmen, ist nicht richtig; wir haben in der Fraktion über die Berner Konferenz kein Wort gesprochen. — Die konsequente Durchführung der Ritz in Frankreich und Deutschland würde dazu führen, daß Frankreich mit seiner geringeren Einwohnerzahl entsprechend viel weniger Soldaten hätte als Deutschland. Das ist ja gerade das Verhängnis, daß Frankreich trotz seiner viel geringeren Kopfzahl die größten Anstrengungen macht, militärisch ebenso gerüstet zu sein wie das größere Deutschland. Das beweist seine besondere Friedensliebe. Es ist nicht richtig, daß die Maßnahmen Frankreichs die Antwort auf die deutschen Rüstungen bilden. Sie stammen zum Teil schon aus dem Februar 1912, wo von der deutschen Wehrvorlage noch keine Rede sei. Millerand war schon 1912 im Dezember entschlossen, 500 Millionen für Wehrerhöhungen zu fordern. (Hört! hört!) Auch der Entwurf auf Einführung der dreijährigen Dienstzeit ist völlig ausgearbeitet schon 5 Tage nach dem Austausch der ersten Rindricht über die in Deutschland beabsichtigte Vorlage in Frankreich vorgelegt worden. Unsere Wehrvorlage benutzt die französische Regierung jetzt allerdings als billiges Agitationsmittel für ihre Forderung, die sie bereits vorher aufgestellt hatte. Zu glauben, daß Frankreich seine Wehrvorlage zurückziehen wird, wenn wir die unsere zurückziehen, dazu gehört ein Glaube, der Berge versetzt und dem Huldige ich in der Politik nicht. — Wir stimmen der Wehrordnung als beste Garantie für die Aufrechterhaltung des Friedens zu. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.)

Abg. Dr. Semler (natl.): 1897 hat der Abg. Windthorst das Wort geprägt: wir bewilligen der Regierung jeden Mann und jeden Groschen. Ein paar Tage darauf war der Reichstag aufgelöst. Der Vorgang von damals ist lehrreich. Auch heute sind die bürgerlichen Parteien alle bereit, die Wehrvorlage zu bewilligen. Es wird sich fragen, ob über eine andere Bedingung das Gesetz nicht doch noch scheitert. Leider ist es auch, daß von dem neuen Reichstag damals dann die Wehrvorlage in 5 Tagen bewilligt wurde. Wir bewilligen nicht nur jeden Mann, sondern auch jedes Pferd. (Heiterkeit.)

Bedingungslos bewilligen wir die Wehrvorlage und auch die erforderliche Deckung, freilich mit gerechter sozialer Verteilung der Lasten. Aber wichtiger wie jede Deckung ist für uns, daß die Wehrvorlage bis zum 1. Juli bewilligt sein muß, damit sie bis zum 1. Oktober durchgeführt sein kann. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) — Herr Roske erklärte gestern, die Sozialdemokratie sehe keine Gefahr bei dem

Frieden. Nun für eine augenblickliche Kriegsgefahr wäre die Antwort nicht eine Wehrvorlage, sondern die Mobilmachung. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Das Bismarck vor 25 Jahren zur damaligen Wehrvorlage gesagt hat, ist heute noch genau ebenso richtig und aktuell. Wir haben keine kriegerischen Gelüste; wir haben die Aufgabe, zwischen Rußland und Oesterreich den Frieden zu erhalten. Weiter führte Bismarck aus, wenn wir es bloß mit dem östlichen Nachbar zu tun hätten, bräuchten wir keine Wehrvorlage; anders aber liegt es in bezug auf Frankreich, sobald die Franzosen glauben, sie siegen, beginnen sie den Krieg. Gewiß gibt es auch in Frankreich vernünftige Leute, die die Gegenseite zu überbrücken suchen; aber niemals hat ein Minister, der solches erstrebte, sich gegen die Kammer und die Presse dauernd behaupten können. Die Zustände Elsch-Lothringens haben sich sicher nicht ohne Zutun Frankreichs entwickelt; ist nicht das Anwerben für die französische Fremdenlegion tagtäglich eine Heranzuführung Frankreichs gegenüber Deutschland? Wir ertragen die französische Agitation mit Langmut, weil wir die Stärkeren sind. Aber je stärker wir sind, desto unwahrscheinlicher ist nach einem Worte Bismarcks der Krieg, und das ist die beste Begründung auch dieser Wehrvorlage. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Die Leutnantsstellen haben wir gestrichen, weil sie doch nicht zu besetzen gewesen wären. Später werden wir bereit sein, sie zu bewilligen. Wir erwarten aber auch, daß die Armeeverwaltung sich der Kritik und den Anregungen aus diesem Hause in Zukunft nicht verschließt. Es handelt sich dabei um die Fragen der körperlichen Jugendzuehrung, der Aushebung, der Militärjustiz, der Militärärzter, der freiwilligen Krankenpflege usw. Was den Militärkonkott anlangt, so sind gewisse Verbote auf diesem Gebiete im Interesse der Fürsorge für die jungen Soldaten wohl nötig, aber das was geschieht, geht weit über das Notwendige hinaus; wenn man zum Beispiel in Königsberg den Soldaten eine Liste von 150 Lokalen überreicht, die sie nicht aufsuchen dürfen. Der Einjährig-Freiwilligen-Dienst muß auch intelligenten Handwerkern usw. zugänglich gemacht werden. Es muß der Zustand aufhören, daß einzelne Regimenter lediglich adlige Offiziere haben. In der Militärjustiz liegen in der Tat barbarische Härten vor. 15, 18 Jahre Zuchthaus für eine kleine Kauerei, das sind schwere Notstände. Hier sollten wir noch durch ein Rotgesetz die notwendige Reform schaffen. In der Presse hat man vorturfsvoll von einem „Revolutionsgewäch“ gesprochen. Das ist sehr ungerecht. Wir hätten die Möglichkeit gehabt, viele der Forderungen in das Gesetz hineinzuarbeiten, und man sollte uns dankbar sein, daß wir des schnellen Zustandekommens der Wehrvorlage willen darauf verzichtet haben.

Dann noch ein Wort zu den Ereignissen des gestrigen Tages. Mit der Auffassung des Staatssekretärs Delbrück über die preussische Wehrvorlage sind wir nicht einverstanden, verzichten aber bei dieser Gelegenheit auf jede Erörterung dieser Frage. — Herr Roske sprach die Drohung aus: Der Tag wird kommen, da der Kriegsminister die Armee nicht mehr für sich wird in Anspruch nehmen können, und aus den Reihen der Sozialdemokraten erdote der Ruf: „Seine“ Armee — unsere Soldaten! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Für absehbare Zeit war diese Drohung nur eine gewaltige Ueberhebung. Noch ist die Armee das gewaltige Bollwerk für den monarchischen Gedanken. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Koch!) Sie wird es auch bleiben, es sei denn, daß Ungerechtigkeit den monarchischen Gedanken zerstört. Diese Drohung der Sozialdemokratie sollte für uns und die Regierung eine Mahnung sein, daß wir uns bei einer solchen Vorlage, wenn es irgend geht, betrogen. (Ironisches Sehr wahr! rechts und im Zentrum, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Es wäre sehr bedauerlich, wenn es in der Deckungsfrage unter den bürgerlichen Parteien eine Partei der Beflegten und der Sieger gäbe. (Erneutes Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Die Sozialdemokratie hat gestern unseren und hoffentlich auch den Blick des Reichskanzlers über diese Vorlage hinaus auf die weitere Zukunft gelenkt. Es kommt nicht nur darauf an, daß diese Vorlage irgend wie zustande kommt, sondern daß sie auch populär bleibt wie der alte Wehrbeitrag, bevor er von der Kommission verdrängt worden ist. Es kommt nicht nur darauf an, das Geld nur zu schaffen, sondern den guten Gedanken zu erhalten, daß die Wehrkraft immer Vermögen hat nach Maßgabe seiner Kraft. Wenn die Wagnisse des Herrn Roske — jetzt sind es noch Wagnisse — dazu beigetragen haben, uns und den Reichskanzler darauf hinzuweisen, daß es wünschenswert ist, daß die Partei der Milderer nicht weiter wächst im Lande, dann haben sie ihre Schuldigkeit getan und wir können ihm dankbar sein. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Hans Eder zu Putz (L.): Für die Vorlage kommen die Rüstungen der Gegner in Betracht sowie die Umänderungen in der Waffentechnik. Wir konnten unmöglich an den Rüstungen anderer Länder vorbeigehen und ebenso wenig konnten wir die Neuerungen der Kriegsmittel, besonders auf dem Gebiete der Luftschiffahrt außer acht lassen. Eine Verstärkung unserer Wehrkraft ist angesichts dieser Umstände ein dringendes Erfordernis. Das Leitmotiv der Vorlage ist die Ermöglichung einer schnelleren Mobilmachung und eine Verstärkung der kriegsmächtigen Kavallerie. Die Verringerung der Kavallerie gegenüber der Forderung der Regierungsvorlage können wir nicht billigen; die Kavallerie hat auch in modernen Kriegen noch große Aufgaben zu leisten. Kamentlich im Hinblick auf unsere Nachbarländer können wir die Verantwortung für diese Streichung nicht auf uns nehmen. — Die Wapadung der Wehrvorlage, die doch schnell erledigt werden muß, mit so zahlreichen Resolutionen kann ich nicht für erprießlich halten. (Sehr richtig! bei den Konservativen.) Eine Reihe von Resolutionen lehnen wir ab, weil ihre Annahme einen Eingriff in die Kommandogewalt darstellen würde; jeden Eingriff in die Kommandogewalt oder weisen wir zurück. (Zustimmung bei den Konservativen.) — Die Sozialdemokratie lehnt die Vorlage ab; sie bekennt sich zwar zur Vaterlandsliebe, aber gleichzeitig erklärt sie sich als international. Das Vaterland der Sozialdemokratie ist nicht jenes, das wir schützen wollen. Sie wollen ja auch die Jugend mit einem Geißel erfüllen, der sie nicht zu tüchtigen Soldaten machen kann, die für das Vaterland eintreten. Abg. Roske hat auch von Jena gesprochen. Gerade die Erfahrungen von Jena müßten Sie zur Annahme der Vorlage bringen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Roske hat Jena gar nicht erwähnt.) Darum kann ich meine Ausführungen doch machen. (Heiterkeit.) Denn die Niederlage von Jena ist verschuldet durch die übergroße Sparsamkeit Friedrich Wilhelms III. In diesen Fehler wollen wir nicht fallen. — Der Abg. Roske hat auch versucht, Mitglieder des Reichstages in unklarer Weise an den Pranger zu stellen; er hat sich gegen den Kapitalismus und gegen ein kapitalistisches Schmiergeldsystem gewandt. Aber gerade ein hartes monarchisches System setzt den kapitalistischen Strömungen einen starken Damm entgegen (Zustimmung rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten), in parlamentarisch regierten Ländern herrscht eine viel stärkere kapitalistische Korruption. Aber gerade wir können stolz auf unser Parlament sein. — Wir werden den Kriegsminister bei seinem Bestehen, das Heer vor sozialdemokratischem Einfluß zu bewahren, unterstützen. Denn die sozialdemokratische Weltanschauung ist von einer Dürftigkeit und Einseitigkeit ohnegleichen. — Die Wehrvorlage verlangt Opfer; aber wir glauben, mit ihr eine Verstärkung der Friedensgewehr zu erhalten. Schon im Norddeutschen Reichstag sagte Bebel, Deutschland werde bald nur einer Kaserne gleichen. Statt dessen haben wir einen wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung von gewaltiger Großartigkeit, und zwar nicht trotz des Militarismus, sondern zum Teil wegen des Militarismus. Dazu wird auch diese Vorlage beitragen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Sp.): Ich bin einverstanden mit dem Vorredner, daß das deutsche Volk stolz sein kann auf sein Parla-

ment. (Sehr gut! bei der Volkspartei.) Ich wundere mich aber über seine Klagen, daß die Wehrvorlage nicht schneller erledigt wird. In einer „heimtöndlichen“ Rede außerhalb dieses Hauses hat auch Dr. Hertel gesagt — der Reichskanzler möge auf den ihm da erteilten guten Rat achten —: „Wenn ich Reichskanzler wäre, und es wäre das Schlimmste, was mir passieren könnte (Heiterkeit) und ich würde es auch nur wenige Tage sein, und wenn Ende Juni die Bewilligung der Wehrvorlage noch nicht als sicher anzusehen wäre, würde ich Seine Majestät dem Kaiser sagen, dieser Reichstag muß nach Hause geschickt werden, oder hier ist mein Amt, ich kann nicht länger regieren.“ Sie finden in dieser Rede noch mehr „heimtöndliche“ Stellen, lesen Sie sie nur nach. Aber gerade diese Herren sind es, die die Erledigung der Vorlage verschleppen (Widerpruch rechts). Gewiß, Sie haben sich ja darauf lapaziert, die Vorlage in suspensio zu lassen, bis die Deckungsfrage in ihrem Sinne gelöst ist. Also gerade die Herren rechts sind an der Verschleppung schuld (der Abg. Dr. Hertel tritt zum Rednerpult und verbeugt sich. (Große Heiterkeit.) Ich kann dem Kollegen Hertel im gegenwärtigen Augenblick keine Verantwortung schenken. (Große Heiterkeit.) Wir haben in der ersten Sitzung eine gewissenhafte Prüfung der Vorlage zugelassen. Diese eingehende Prüfung ist in der Budgetkommission erfolgt. Freilich war sie schwierig wegen der staatlichen Unübersichtlichkeit der ganzen Vorlage. Probst einlegen müssen wir gegen die unanständige Art, in der man gegen die Militärs vorgegangen ist, die anderer Meinung waren als die Militärverwaltung. (Sehr richtig! links.) Die Frage der Kavallerie ist in der Kommission mit größter Gewissenhaftigkeit geprüft worden. Leider ist der größte Teil dieser Verhandlungen geheim geführt worden. Man hat Dinge für vertraulich erklärt, die in jedem militärischen Handbuch stehen. (Hört! hört! links.) An den Kriegsminister richte ich die Frage, ob der größte Verbrecher aller Zeiten, Oberst Redl, wirklich seine deutschen Militärsgeheimnisse verraten hat. — Wenn wir dem Artikel 1 der Vorlage zustimmen, so aus rein militärtechnischen Gründen. Wir sind nicht in der Lage, zu beweisen, daß kein Bedürfnis für eine erhöhte Rüstung, das die Regierung behauptet, vorliegt. Die Berner Konferenz haben wir freudig begrüßt. Sie ist die erste schärfere Staffel auf dem Wege der Annäherung Frankreichs und Deutschlands zu einer vorläufigen gemeinschaftlichen Disziplinierungsarbeit. Dieser Notwendigkeit wird sich auf die Dauer keine ernst zu nehmende Partei verschließen können. Ob freilich die Art, wie Herr Roske die Frage behandelt hat, sehr geeignet war, bürgerliche Parteien heranzuziehen, ist eine andere Frage. Er hat ja überhaupt alle bürgerlichen Parteien sehr stark angegriffen. Sie war ein hübscher stark Theaterdonner. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ihre (zu den Sozialdemokraten) Haltung in der Budgetkommission war eine ganz andere als hier im Plenum. Sie waren dort so milde, so bürgerlich gemüht. (Heiterkeit.) Sie haben teilweise ganz verständliche Reden gehalten. (Heiterkeit.) Sogar die Angriffs-möglichkeit von Osten haben Sie einmal ganz offen zugegeben. Herr Erzberger hat schon Frau Rosa Luxemburg austauschen lassen. Ich weiß nicht, ob sie nun befriedigt ist, nachdem Herr Roske 4 1/2 Stunden gesprochen hat, oder ob sie auch keine Rede für „abgeschmackte revolutionäre Phrasologie“ hält. Seien Sie doch ehrlich (Lachen bei den Sozialdemokraten) — ich meine die Presse außerhalb des Hauses, um nicht mit dem Präsidenten handgemein zu werden (Heiterkeit) — wollen Sie leugnen, daß die Vorlegungen in der Kommission über die Schwierigkeit der Mobilisierung der deutschen Armee nach zwei Fronten auch auf Sie einen gewissen Eindruck gemacht haben. Ich bedaure, daß diese Sitzungen unter dem Anschein der Offenheit stattgefunden haben. Wenn die Herren beabsichtigt hätten, die dort gehalten worden sind von Herabtragenden Ihrer Führer, so wäre die Rede des Herrn Roske unmöglich gewesen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Also seien Sie milde und bauen Sie jetzt nicht in dieser Weise drauf, nachdem Sie sich in der Budgetkommission ganz anders, viel verständlicher, benommen haben. Die Kommission mußte bei dieser Vorlage eine Gegenrechnung aufstellen; das ist in 24 Resolutionen geschehen, die ein vollständiges Reformprogramm darstellen, das wir noch durch zwei Entwürfe vermehrt haben. Ledebour sprach mit Beziehung darauf von warmer Limonade. Dabei hat er doch selbst gesehen, wie schwer es ist, die Wünsche in gefügiger Form zu fassen. Resolutionen können wertvoll sein, wenn die Mehrheit den festen Willen hat, sie durchzuführen. Wir haben diesen Willen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Beseitigung aller Privilegien, und die Kommission zeigte seltene Einstimmigkeit, gütlich ausgenommen die Herren rechts. Aber die Militärverwaltung produzierte an Verständnislosigkeit gegenüber modernen Reformen das denkbar höchste Maß. Wenn wir von Zurücksetzung des bürgerlichen Elements sprachen, von Standesvorurteilen, vom Luxus, stets erdönte ganz automatisch das Wort: „Die Kommandogewalt.“ Die Kommandogewalt hat ihre Grenzen in den Weihen und im Budgetrecht des Reichstages. Es war ein Fehler, daß ohne Mitwirkung des Reichstages die Wehrordnungen erlassen worden sind, die den deutschen Offizier rechtlos machen als er vor 100 Jahren war. Ein Protest gegen diese Rechtlosigkeit wäre angebracht gewesen als der blamable Protest gegen das Jubiläumswort des größten lebenden deutschen Dichters. (Bravo links. — Lachen rechts.) Die Einlösung des Reformprogramms der Budgetkommission halten wir für außerordentlich wichtig. An die Regierung und die oberste Kommandogewalt tritt die Aufgabe heran, zu zeigen, ob das Vertrauen zum Volke trotz dieser enormen Opfer dauernd ausgeschaltet bleiben soll. Sache eines Staatsmanns würde es sein, die Krone zu überzeugen, daß das Volk sich nach Erfüllung dieser seiner Wünsche sehnt. Ich hoffe und wünsche, daß der Reichskanzler, der ja nach großen Aufgaben sucht, sich diese glänzende Gelegenheit nicht entgehen läßt. Wenn nicht zum Feste, so nach dem Feste. Weicht man allen Warnungen gegenüber taub, so lehnen wir alle Verantwortung für den Schaden ab, der dadurch der Armee geschehen muß. Vor einer solchen Kurzsichtigkeit behüte ein günstiges Schicksal unser ganzes Volk, das Vaterland, die Monarchie und nicht zuletzt die Armee. (Lebhafte Zustimmung links.)

Reichskanzler Dr. v. Bethmann-Hollweg: Der Herr Vorredner hat soeben mit einem Appell geschlossen, in dem er auseinandergelegt hat, was jetzt meine hohe Verpflichtung wäre. Wir sprechen von der Armee. Keine oberste Pflicht gegenüber der Armee ist, dafür zu sorgen, daß sie in der Treue zum Kaiser, in der festen Disziplin und in einer unbedingten Organisation, die durch nichts Fremdes durchbrochen wird, aufrecht erhalten werde. (Beifall.) Das ist die Pflicht, die ich der Armee und dem Volke gegenüber habe. (Erneuter Beifall.)

In Ihrer Kommission hat sich eine entschiedene Mehrheit für die Wehrvorlage ausgesprochen. In einzelnen Positionen ist Meinungsverschiedenheit geblieben; darüber wird im weiteren Verlauf der Debatte zu sprechen sein, insonderheit über die Anzahl der Kavallerieregimenter, welche aufzustellen sind. Ich überlasse zunächst die weiteren Ausführungen darüber meinem Nachbar, dem Herrn Kriegsminister. Aber ich will für meine Person schon jetzt betonen, daß die Forderung, die wir Jena in der Vorlage unterbreitet haben bezüglich der sechs Kavallerieregimenter, eine Forderung ist, die wir zur Sicherung des gesamten Heeresfestes und zur besonderen Sicherung der Grenzprovinzen, welche im Ernstfall am ersten bedroht sein würden, und zur Sicherung der Bewohner des Landes aufrecht erhalten müssen. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich richte die nachdrückliche Bitte an dieses hohe Haus, daß Sie in dieser Beziehung den Beschluß der Kommission residieren mögen. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich nehme das Wort, nachdem von einigen Herren der Zusammenhang zwischen Wehr- und

Abg. Dr. Semler (natl.): 1897 hat der Abg. Windthorst das Wort geprägt: wir bewilligen der Regierung jeden Mann und jeden Groschen. Ein paar Tage darauf war der Reichstag aufgelöst. Der Vorgang von damals ist lehrreich. Auch heute sind die bürgerlichen Parteien alle bereit, die Wehrvorlage zu bewilligen. Es wird sich fragen, ob über eine andere Bedingung das Gesetz nicht doch noch scheitert. Leider ist es auch, daß von dem neuen Reichstag damals dann die Wehrvorlage in 5 Tagen bewilligt wurde. Wir bewilligen nicht nur jeden Mann, sondern auch jedes Pferd. (Heiterkeit.)

Bedingungslos bewilligen wir die Wehrvorlage und auch die erforderliche Deckung, freilich mit gerechter sozialer Verteilung der Lasten. Aber wichtiger wie jede Deckung ist für uns, daß die Wehrvorlage bis zum 1. Juli bewilligt sein muß, damit sie bis zum 1. Oktober durchgeführt sein kann. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) — Herr Roske erklärte gestern, die Sozialdemokratie sehe keine Gefahr bei dem

Frieden. Nun für eine augenblickliche Kriegsgefahr wäre die Antwort nicht eine Wehrvorlage, sondern die Mobilmachung. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Das Bismarck vor 25 Jahren zur damaligen Wehrvorlage gesagt hat, ist heute noch genau ebenso richtig und aktuell. Wir haben keine kriegerischen Gelüste; wir haben die Aufgabe, zwischen Rußland und Oesterreich den Frieden zu erhalten. Weiter führte Bismarck aus, wenn wir es bloß mit dem östlichen Nachbar zu tun hätten, bräuchten wir keine Wehrvorlage; anders aber liegt es in bezug auf Frankreich, sobald die Franzosen glauben, sie siegen, beginnen sie den Krieg. Gewiß gibt es auch in Frankreich vernünftige Leute, die die Gegenseite zu überbrücken suchen; aber niemals hat ein Minister, der solches erstrebte, sich gegen die Kammer und die Presse dauernd behaupten können. Die Zustände Elsch-Lothringens haben sich sicher nicht ohne Zutun Frankreichs entwickelt; ist nicht das Anwerben für die französische Fremdenlegion tagtäglich eine Heranzuführung Frankreichs gegenüber Deutschland? Wir ertragen die französische Agitation mit Langmut, weil wir die Stärkeren sind. Aber je stärker wir sind, desto unwahrscheinlicher ist nach einem Worte Bismarcks der Krieg, und das ist die beste Begründung auch dieser Wehrvorlage. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Die Leutnantsstellen haben wir gestrichen, weil sie doch nicht zu besetzen gewesen wären. Später werden wir bereit sein, sie zu bewilligen. Wir erwarten aber auch, daß die Armeeverwaltung sich der Kritik und den Anregungen aus diesem Hause in Zukunft nicht verschließt. Es handelt sich dabei um die Fragen der körperlichen Jugendzuehrung, der Aushebung, der Militärjustiz, der Militärärzter, der freiwilligen Krankenpflege usw. Was den Militärkonkott anlangt, so sind gewisse Verbote auf diesem Gebiete im Interesse der Fürsorge für die jungen Soldaten wohl nötig, aber das was geschieht, geht weit über das Notwendige hinaus; wenn man zum Beispiel in Königsberg den Soldaten eine Liste von 150 Lokalen überreicht, die sie nicht aufsuchen dürfen. Der Einjährig-Freiwilligen-Dienst muß auch intelligenten Handwerkern usw. zugänglich gemacht werden. Es muß der Zustand aufhören, daß einzelne Regimenter lediglich adlige Offiziere haben. In der Militärjustiz liegen in der Tat barbarische Härten vor. 15, 18 Jahre Zuchthaus für eine kleine Kauerei, das sind schwere Notstände. Hier sollten wir noch durch ein Rotgesetz die notwendige Reform schaffen. In der Presse hat man vorturfsvoll von einem „Revolutionsgewäch“ gesprochen. Das ist sehr ungerecht. Wir hätten die Möglichkeit gehabt, viele der Forderungen in das Gesetz hineinzuarbeiten, und man sollte uns dankbar sein, daß wir des schnellen Zustandekommens der Wehrvorlage willen darauf verzichtet haben.

Dann noch ein Wort zu den Ereignissen des gestrigen Tages. Mit der Auffassung des Staatssekretärs Delbrück über die preussische Wehrvorlage sind wir nicht einverstanden, verzichten aber bei dieser Gelegenheit auf jede Erörterung dieser Frage. — Herr Roske sprach die Drohung aus: Der Tag wird kommen, da der Kriegsminister die Armee nicht mehr für sich wird in Anspruch nehmen können, und aus den Reihen der Sozialdemokraten erdote der Ruf: „Seine“ Armee — unsere Soldaten! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Für absehbare Zeit war diese Drohung nur eine gewaltige Ueberhebung. Noch ist die Armee das gewaltige Bollwerk für den monarchischen Gedanken. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Koch!) Sie wird es auch bleiben, es sei denn, daß Ungerechtigkeit den monarchischen Gedanken zerstört. Diese Drohung der Sozialdemokratie sollte für uns und die Regierung eine Mahnung sein, daß wir uns bei einer solchen Vorlage, wenn es irgend geht, betrogen. (Ironisches Sehr wahr! rechts und im Zentrum, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Es wäre sehr bedauerlich, wenn es in der Deckungsfrage unter den bürgerlichen Parteien eine Partei der Beflegten und der Sieger gäbe. (Erneutes Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Die Sozialdemokratie hat gestern unseren und hoffentlich auch den Blick des Reichskanzlers über diese Vorlage hinaus auf die weitere Zukunft gelenkt. Es kommt nicht nur darauf an, daß diese Vorlage irgend wie zustande kommt, sondern daß sie auch populär bleibt wie der alte Wehrbeitrag, bevor er von der Kommission verdrängt worden ist. Es kommt nicht nur darauf an, das Geld nur zu schaffen, sondern den guten Gedanken zu erhalten, daß die Wehrkraft immer Vermögen hat nach Maßgabe seiner Kraft. Wenn die Wagnisse des Herrn Roske — jetzt sind es noch Wagnisse — dazu beigetragen haben, uns und den Reichskanzler darauf hinzuweisen, daß es wünschenswert ist, daß die Partei der Milderer nicht weiter wächst im Lande, dann haben sie ihre Schuldigkeit getan und wir können ihm dankbar sein. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Hans Eder zu Putz (L.): Für die Vorlage kommen die Rüstungen der Gegner in Betracht sowie die Umänderungen in der Waffentechnik. Wir konnten unmöglich an den Rüstungen anderer Länder vorbeigehen und ebenso wenig konnten wir die Neuerungen der Kriegsmittel, besonders auf dem Gebiete der Luftschiffahrt außer acht lassen. Eine Verstärkung unserer Wehrkraft ist angesichts dieser Umstände ein dringendes Erfordernis. Das Leitmotiv der Vorlage ist die Ermöglichung einer schnelleren Mobilmachung und eine Verstärkung der kriegsmächtigen Kavallerie. Die Verringerung der Kavallerie gegenüber der Forderung der Regierungsvorlage können wir nicht billigen; die Kavallerie hat auch in modernen Kriegen noch große Aufgaben zu leisten. Kamentlich im Hinblick auf unsere Nachbarländer können wir die Verantwortung für diese Streichung nicht auf uns nehmen. — Die Wapadung der Wehrvorlage, die doch schnell erledigt werden muß, mit so zahlreichen Resolutionen kann ich nicht für erprießlich halten. (Sehr richtig! bei den Konservativen.) Eine Reihe von Resolutionen lehnen wir ab, weil ihre Annahme einen Eingriff in die Kommandogewalt darstellen würde; jeden Eingriff in die Kommandogewalt oder weisen wir zurück. (Zustimmung bei den Konservativen.) — Die Sozialdemokratie lehnt die Vorlage ab; sie bekennt sich zwar zur Vaterlandsliebe, aber gleichzeitig erklärt sie sich als international. Das Vaterland der Sozialdemokratie ist nicht jenes, das wir schützen wollen. Sie wollen ja auch die Jugend mit einem Geißel erfüllen, der sie nicht zu tüchtigen Soldaten machen kann, die für das Vaterland eintreten. Abg. Roske hat auch von Jena gesprochen. Gerade die Erfahrungen von Jena müßten Sie zur Annahme der Vorlage bringen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Roske hat Jena gar nicht erwähnt.) Darum kann ich meine Ausführungen doch machen. (Heiterkeit.) Denn die Niederlage von Jena ist verschuldet durch die übergroße Sparsamkeit Friedrich Wilhelms III. In diesen Fehler wollen wir nicht fallen. — Der Abg. Roske hat auch versucht, Mitglieder des Reichstages in unklarer Weise an den Pranger zu stellen; er hat sich gegen den Kapitalismus und gegen ein kapitalistisches Schmiergeldsystem gewandt. Aber gerade ein hartes monarchisches System setzt den kapitalistischen Strömungen einen starken Damm entgegen (Zustimmung rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten), in parlamentarisch regierten Ländern herrscht eine viel stärkere kapitalistische Korruption. Aber gerade wir können stolz auf unser Parlament sein. — Wir werden den Kriegsminister bei seinem Bestehen, das Heer vor sozialdemokratischem Einfluß zu bewahren, unterstützen. Denn die sozialdemokratische Weltanschauung ist von einer Dürftigkeit und Einseitigkeit ohnegleichen. — Die Wehrvorlage verlangt Opfer; aber wir glauben, mit ihr eine Verstärkung der Friedensgewehr zu erhalten. Schon im Norddeutschen Reichstag sagte Bebel, Deutschland werde bald nur einer Kaserne gleichen. Statt dessen haben wir einen wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung von gewaltiger Großartigkeit, und zwar nicht trotz des Militarismus, sondern zum Teil wegen des Militarismus. Dazu wird auch diese Vorlage beitragen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Sp.): Ich bin einverstanden mit dem Vorredner, daß das deutsche Volk stolz sein kann auf sein Parla-

ment. (Sehr gut! bei der Volkspartei.) Ich wundere mich aber über seine Klagen, daß die Wehrvorlage nicht schneller erledigt wird. In einer „heimtöndlichen“ Rede außerhalb dieses Hauses hat auch Dr. Hertel gesagt — der Reichskanzler möge auf den ihm da erteilten guten Rat achten —: „Wenn ich Reichskanzler wäre, und es wäre das Schlimmste, was mir passieren könnte (Heiterkeit) und ich würde es auch nur wenige Tage sein, und wenn Ende Juni die Bewilligung der Wehrvorlage noch nicht als sicher anzusehen wäre, würde ich Seine Majestät dem Kaiser sagen, dieser Reichstag muß nach Hause geschickt werden, oder hier ist mein Amt, ich kann nicht länger regieren.“ Sie finden in dieser Rede noch mehr „heimtöndliche“ Stellen, lesen Sie sie nur nach. Aber gerade diese Herren sind es, die die Erledigung der Vorlage verschleppen (Widerpruch rechts). Gewiß, Sie haben sich ja darauf lapaziert, die Vorlage in suspensio zu lassen, bis die Deckungsfrage in ihrem Sinne gelöst ist. Also gerade die Herren rechts sind an der Verschleppung schuld (der Abg. Dr. Hertel tritt zum Rednerpult und verbeugt sich. (Große Heiterkeit.) Ich kann dem Kollegen Hertel im gegenwärtigen Augenblick keine Verantwortung schenken. (Große Heiterkeit.) Wir haben in der ersten Sitzung eine gewissenhafte Prüfung der Vorlage zugelassen. Diese eingehende Prüfung ist in der Budgetkommission erfolgt. Freilich war sie schwierig wegen der staatlichen Unübersichtlichkeit der ganzen Vorlage. Probst einlegen müssen wir gegen die unanständige Art, in der man gegen die Militärs vorgegangen ist, die anderer Meinung waren als die Militärverwaltung. (Sehr richtig! links.) Die Frage der Kavallerie ist in der Kommission mit größter Gewissenhaftigkeit geprüft worden. Leider ist der größte Teil dieser Verhandlungen geheim geführt worden. Man hat Dinge für vertraulich erklärt, die in jedem militärischen Handbuch stehen. (Hört! hört! links.) An den Kriegsminister richte ich die Frage, ob der größte Verbrecher aller Zeiten, Oberst Redl, wirklich seine deutschen Militärsgeheimnisse verraten hat. — Wenn wir dem Artikel 1 der Vorlage zustimmen, so aus rein militärtechnischen Gründen. Wir sind nicht in der Lage, zu beweisen, daß kein Bedürfnis für eine erhöhte Rüstung, das die Regierung behauptet, vorliegt. Die Berner Konferenz haben wir freudig begrüßt. Sie ist die erste schärfere Staffel auf dem Wege der Annäherung Frankreichs und Deutschlands zu einer vorläufigen gemeinschaftlichen Disziplinierungsarbeit. Dieser Notwendigkeit wird sich auf die Dauer keine ernst zu nehmende Partei verschließen können. Ob freilich die Art, wie Herr Roske die Frage behandelt hat, sehr geeignet war, bürgerliche Parteien heranzuziehen, ist eine andere Frage. Er hat ja überhaupt alle bürgerlichen Parteien sehr stark angegriffen. Sie war ein hübscher stark Theaterdonner. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ihre (zu den Sozialdemokraten) Haltung in der Budgetkommission war eine ganz andere als hier im Plenum. Sie waren dort so milde, so bürgerlich gemüht. (Heiterkeit.) Sie haben teilweise ganz verständliche Reden gehalten. (Heiterkeit.) Sogar die Angriffs-möglichkeit von Osten haben Sie einmal ganz offen zugegeben. Herr Erzberger hat schon Frau Rosa Luxemburg austauschen lassen. Ich weiß nicht, ob sie nun befriedigt ist, nachdem Herr Roske 4 1/2 Stunden gesprochen hat, oder ob sie auch keine Rede für „abgeschmackte revolutionäre Phrasologie“ hält. Seien Sie doch ehrlich (Lachen bei den Sozialdemokraten) — ich meine die Presse außerhalb des Hauses, um nicht mit dem Präsidenten handgemein zu werden (Heiterkeit) — wollen Sie leugnen, daß die Vorlegungen in der Kommission über die Schwierigkeit der Mobilisierung der deutschen Armee nach zwei Fronten auch auf Sie einen gewissen Eindruck gemacht haben. Ich bedaure, daß diese Sitzungen unter dem Anschein der Offenheit stattgefunden haben. Wenn die Herren beabsichtigt hätten, die dort gehalten worden sind von Herabtragenden Ihrer Führer, so wäre die Rede des Herrn Roske unmöglich gewesen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Also seien Sie milde und bauen Sie jetzt nicht in dieser Weise drauf, nachdem Sie sich in der Budgetkommission ganz anders, viel verständlicher, benommen haben. Die Kommission mußte bei dieser Vorlage eine Gegenrechnung aufstellen; das ist in 24 Resolutionen geschehen, die ein vollständiges Reformprogramm darstellen, das wir noch durch zwei Entwürfe vermehrt haben. Ledebour sprach mit Beziehung darauf von warmer Limonade. Dabei hat er doch selbst gesehen, wie schwer es ist, die Wünsche in gefügiger Form zu fassen. Resolutionen können wertvoll sein, wenn die Mehrheit den festen Willen hat, sie durchzuführen. Wir haben diesen Willen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die Beseitigung aller Privilegien, und die Kommission zeigte seltene Einstimmigkeit, gütlich ausgenommen die Herren rechts. Aber die Militärverwaltung produzierte an Verständnislosigkeit gegenüber modernen Reformen das denkbar höchste Maß. Wenn wir von Zurücksetzung des bürgerlichen Elements sprachen, von Standesvorurteilen, vom Luxus, stets erdönte ganz automatisch das Wort: „Die Kommandogewalt.“ Die Kommandogewalt hat ihre Grenzen in den Weihen und im Budgetrecht des Reichstages. Es war ein Fehler, daß ohne Mitwirkung des Reichstages die Wehrordnungen erlassen worden sind, die den deutschen Offizier rechtlos machen als er vor 100 Jahren war. Ein Protest gegen diese Rechtlosigkeit wäre angebracht gewesen als der blamable Protest gegen das Jubiläumswort des größten lebenden deutschen Dichters. (Bravo links. — Lachen rechts.) Die Einlösung des Reformprogramms der Budgetkommission halten wir für außerordentlich wichtig. An die Regierung und die oberste Kommandogewalt tritt die Aufgabe heran, zu zeigen, ob das Vertrauen zum Volke trotz dieser enormen Opfer dauernd ausgeschaltet bleiben soll. Sache eines Staatsmanns würde es sein, die Krone zu überzeugen, daß das Volk sich nach Erfüllung dieser seiner Wünsche sehnt. Ich hoffe und wünsche, daß der Reichskanzler, der ja nach großen Aufgaben sucht, sich diese glänzende Gelegenheit nicht entgehen läßt. Wenn nicht zum Feste, so nach dem Feste. Weicht man allen Warnungen gegenüber taub, so lehnen wir alle Verantwortung für den Schaden ab, der dadurch der Armee geschehen muß. Vor einer solchen Kurzsichtigkeit behüte ein günstiges Schicksal unser ganzes Volk, das Vaterland, die Monarchie und nicht zuletzt die Armee. (Lebhafte Zustimmung links.)

Reichskanzler Dr. v. Bethmann-Hollweg: Der Herr Vorredner hat soeben mit einem Appell geschlossen, in dem er auseinandergelegt hat, was jetzt meine hohe Verpflichtung wäre. Wir sprechen von der Armee. Keine oberste Pflicht gegenüber der Armee ist, dafür zu sorgen, daß sie in der Treue zum Kaiser, in der festen Disziplin und in einer unbedingten Organisation, die durch nichts Fremdes durchbrochen wird, aufrecht erhalten werde. (Beifall.) Das ist die Pflicht, die ich der Armee und dem Volke gegenüber habe. (Erneuter Beifall.)

In Ihrer Kommission hat sich eine entschiedene Mehrheit für die Wehrvorlage ausgesprochen. In einzelnen Positionen ist Meinungsverschiedenheit geblieben; darüber wird im weiteren Verlauf der Debatte zu sprechen sein, insonderheit über die Anzahl der Kavallerieregimenter, welche aufzustellen sind. Ich überlasse zunächst die weiteren Ausführungen darüber meinem Nachbar, dem Herrn Kriegsminister. Aber ich will für meine Person schon jetzt betonen, daß die Forderung, die wir Jena in der Vorlage unterbreitet haben bezüglich der sechs Kavallerieregimenter, eine Forderung ist, die wir zur Sicherung des gesamten Heeresfestes und zur besonderen Sicherung der Grenzprovinzen, welche im Ernstfall am ersten bedroht sein würden, und zur Sicherung der Bewohner des Landes aufrecht erhalten müssen. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich richte die nachdrückliche Bitte an dieses hohe Haus, daß Sie in dieser Beziehung den Beschluß der Kommission residieren mögen. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich nehme das Wort, nachdem von einigen Herren der Zusammenhang zwischen Wehr- und

Deckungsvorlagen besprochen und eine Auskunft darüber erbeten worden ist, wie sich die Regierung zu dieser Frage stellt. Der Standpunkt der Verbündeten Regierungen ergibt sich klar und deutlich aus der Lage der gesamten Dinge. Wie ist die Situation? Es ist ein unbedingtes Erfordernis, daß die Heeresverpflichtung unverzüglich ins Werk gesetzt wird. Das ist das oberste Gesetz, nach dem ich meine Haltung regeln muß bis in alle Konsequenzen hinein und regeln werde. (Beifall.) Daneben steht die Forderung, daß die Finanzen weder des Reiches noch der Bundesstaaten erschüttert werden. Auch das ist ein zwingender Bestandteil der Bereitschaft der Nation. (Sehr richtig!) Die Verbündeten Regierungen sind dieser Forderung voll und ganz nachgekommen; wir haben Ihnen volle Deckung vorgeschlagen. Das ist ebenso wie in der Kommission auch in diesem hohen Hause eine ausgesprochene Mehrheit für die Wehrvorlage vorhanden ist, daran zweifle ich nicht, und daß sie deshalb angenommen werden wird, darauf vertraue ich zusehends. Das gleiche gilt bezüglich der außerordentlichen Maßregeln, die wir Ihnen zur Deckung der außergewöhnlich hohen einmaligen Kosten vorgeschlagen haben, bezüglich des Wehrbeitrages. Auf die Einzelheiten, wie sich dieser Wehrbeitrag bisher in der Kommission gestaltet hat, gehe ich jetzt nicht ein; wir stehen noch vor der zweiten Kommissionslesung. Einigung ist bisher in allen Punkten noch nicht gefunden über die Deckung der laufenden Kosten. Das folgt aus dieser Situation? Sie, die Sie die Wehrvorlage bewilligen wollen, wollen sie nicht auf dem Papier bewilligen, Sie wollen sie bezahlen. (Sehr richtig!) Und deshalb ist es unsere Pflicht, eine Einigung zu suchen über die Frage der Deckung der laufenden Kosten, soweit diese Einigung noch nicht erzielt worden ist. Den Weg zu dieser Einigung haben wir Ihnen in unseren Vorlagen gewiesen, und ich bin fest überzeugt, daß die Einigung wird gefunden werden, weil sie gefunden werden muß. (Sehr richtig!) Bei den bürgerlichen Parteien.) Meine Herren, ein Volk, das in der Wehrheit seiner parlamentarischen Vertretung zu der Gewißheit gekommen ist, daß seine Wehrmacht gestärkt werden muß, weil es die Sicherheit und der Schutz des Vaterlandes verlangen, hat ein Recht darauf, daß ihm dieser Schutz auch wirklich gewährt wird. (Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Auf dem Wege, den wir eingeschlagen haben, gibt es kein Zurück. Wir können keine von uns, nicht Sie und nicht wir hier im Bundestag, wir können nicht das Volk um den Schutz betrügen, von dem wir überzeugt sind, daß er nottut. Das wäre eine Verfühlung am Vaterland. Deshalb werde ich mich mit allen Mitteln dafür einsetzen, daß die Wehrvorlage zu dem Zeitpunkt ins Werk gesetzt wird, den die Vorlage vorsieht, ich werde mit dem gleichen Nachdruck mit Ihnen arbeiten und wenn es nötig ist, auch kämpfen, daß die Mittel bereitgestellt werden, die dazu gehören. Wenn ich dazu nicht fest entschlossen wäre, hätte ich die Vorlage überhaupt nicht eingebracht. Und ich meine, Sie, die Sie in der Kommission für die Wehrvorlage gestimmt haben, müssen derselben Ansicht sein. Deshalb lassen Sie uns jetzt handeln (Abg. Dr. Weill (Soz.): Auch handeln! — Abg. Baffermann (natl.): Das tun wir seit drei Tagen! — Heiterkeit) und ein Werk zum Abschluß bringen, für dessen Scheitern kein Mensch die Verantwortung tragen könnte. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abg. v. Liebert (Rp. bleibt bei der im ganzen Hause herrschenden Unruhe, die sich nur sehr allmählich legt, zunächst auf der Tribüne völlig verständlich.) Redner bespricht die Vorlage vom rein militärtechnischen Standpunkt und tritt vor allem für die Notwendigkeit der Kavallerie ein, deren Wert sich im türkischen Kriege wieder erwiesen habe.

Abg. Gelschorn (Welfe) spricht sich für die Vorlage in der Fassung der Kommission aus.

Abg. Baffermann (natl.): Der Reichskanzler sagte, die Verabschiedung der Wehrvorlage sei ein Gebot nationaler Notwendigkeit, der sich alle anderen Rücksichten unterordnen müßten. Das ist genau der Standpunkt, den wir in der Kommission vertreten haben. Auch den Standpunkt des Reichskanzlers, daß der Wehrbeitrag zu landeskommen wird, teile ich, möchte aber doch hoffen, daß es gelingen möge, gewisse Härten auszumergen, die er in der ersten Lesung der Kommission erhalten hat. Sind doch in wachsendem Maße bereits recht erhebliche Weichwerden aus erwerbenden Kreisen darüber laut geworden. Ich hoffe, daß die Regierung mit gewohnter Energie (Heiterkeit) sich für die Regierungsvorlage in einzelnen beanstandeten Teilen einsetzen werde. Sodann sprach der Reichskanzler von der fortlaufenden Deckung. Auch meine politischen Freunde halten es für dringend wünschenswert, daß wir in fortgesetzter Tätigkeit in diesem Sommer die Deckungsfrage erledigen und ich hoffe, daß wir zu einer Einigung kommen, die, wie ich hoffe, dem größeren Teil des Hauses genügen wird. Aber ich meine weiter, entgegen den Ausführungen des Reichskanzlers, wir möchten die Deckung für die fortlaufenden Ausgaben doch bitten auf dem Boden einer allgemeinen Reichsbeitragssteuer und nicht in der Form der Abwälzung auf die Matrifularbeiträge, auch wenn sie berechtigt sind, zu suchen, denn da wälgt man doch schließlich die Schwierigkeiten aus dem Reich auf die Einzelstaaten ab. Der Maßstab zu intensiver Tätigkeit, glaube ich, bedarf es nicht. (Sehr richtig! links.) Wir sind doch in allen Parteien seit Wochen bemüht, über diese schwierige, zum Teil sehr spröde Materie Herr zu werden und sind doch selbst nicht willens, bis in den Hochsommer hier zu sitzen.

In den Ausführungen des Reichskanzlers möchte ich noch bemerken, daß ich ihm die zum Teil dort mit großer Mehrheit beschlossenen Resolutionen recht warm aus Herz legen möchte. Bei den großen Opfern, wie sie hier gefordert werden, ist das Verlangen gewiß berechtigt, daß auch Reformen ins Werk gesetzt werden, die zum Teil seit Jahrzehnten jahraus jahrein von den Parteien verlangt werden. Es ist nicht richtig, sie mit einer leisen Handbewegung beiseite zu schieben. Von uns denkt natürlich niemand daran, durch das, was wir vorschlagen, die Truppe zum allerhöchsten Kriegsherrn oder die Disziplin zu erschüttern. — Redner tritt des Weiteren für den nationalliberalen Antrag auf Wiederherstellung der getirrenen Kavallerieregimenter ein. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Das Haus vertagt sich.

Es folgen

persönliche Bemerkungen.

Abg. Köste (Soz.): Gegenüber Herrn Erzberger sage ich, daß ich nicht von einem Rückgang der Lauglichkeit gesprochen, sondern nur die Tatsache mitgeteilt habe, daß 40 Proz. der Gestaltungsrichtigen in Deutschland zum Militärdienst untauglich sind. Falsch ist, wenn er mir nachsagt, ich hätte von Verlusten an Flugzeugen gesprochen. Ich habe lediglich von Verlusten an großen Luftballons gesprochen. Die Fliegeroffiziere habe ich gar nicht erwähnt. Es würde meinem Wesen gar nicht entsprechen, Männer, die ihr Leben für ihren Dienst einsetzen, irgendwie herabzuwürdigen. Herr Müller-Meinungen hat mir unterstellt, ich hätte die geistige Form meiner Rede bestimmen lassen durch Zeitungartikel von Rosa Luxemburg. Diese Artikel waren mir bisher ganz unbekannt. Als gelinde gesagt, nicht schön, muß ich es zurückweisen, daß er ohne Anführung von Tatsachen behauptet, meine Rede sei nicht in Übereinstimmung zu bringen mit Erklärungen von Parteigenossen von mir in der Kommission und mit meiner dortigen Haltung. Die von uns dort gemachten Auslassungen sind vom sozialdemokratischen Standpunkt aus absolut einwandfrei, in dem Zusammenhang, in dem sie in der Kommission vorgebracht worden sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Übrigens handelt es sich hier um Erörterungen, die strengvertraulicher Natur waren. Es ist uns zur Pflicht gemacht worden, darüber nicht zu reden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist mir deshalb ganz unmöglich, darzulegen, daß Herr Müller von irdigen Voraussetzungen ausgeht, wenn er meint, daß ein solcher Widerspruch konstruiert werden kann. — Was ich über die Atlaswerke gestern gesagt habe, halte ich aufrecht, abgesehen von dem geringsfügigen Irrtum. Nach dem mir jetzt vorliegenden Prospekt gehört das Mitglied des Reichstages, Herr v. Böhlendorf-Röplin, in der Tat zu den Erfindern. Weder er noch die Herren aus der

Seeresverwaltung haben es bisher erforderlich gehalten, gegen meine geistigen Darlegungen Stellung zu nehmen. Daß es eine schwere Verschuldung für einen Abgeordneten ist, wenn man ihm vorwirft, er benutze seine Stellung als Abgeordneter zu persönlichen Bereicherungen, entspringt allerdings durchaus meiner Auffassung. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erzberger (Z.): Herr Köste hat gesagt, die Seeresverwaltung habe den Befähigungsnachweis für das Flugwesen nicht erbracht und darin war ich berechtigt, einen Angriff auf die Flugzeugoffiziere zu erheben.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Sp.): Die betreffenden Verhandlungen der Kommission waren nur insoweit vertraulich, als es sich um Mitteilungen der Militärverwaltung und um deren Behandlung durch Abgeordnete handelte. Ich muß mich wundern, daß gerade von einer Seite eine so mimosenhafte Empfindlichkeit deklariert wird, die fortgesetzt erklärt hat, daß alles, was ein Abgeordneter in der Ausübung seines Mandates an irgendeiner Stelle vertritt, Allgemeingut sei.

Abg. Köste (Soz.): Ich stelle nochmals fest, daß sowohl ich wie meine Parteigenossen Wort für Wort zu unseren Darlegungen in der Kommission stehen. Es liegt also gar kein Anlaß vor, einen solchen Gegensatz zu konstruieren. Von Herrn Erzberger hätte ich erwartet, daß er auf Grund meiner Erklärung loyalerweise seine Behauptungen zurücknimmt. Auf Grund des Stenogramms stelle ich fest, daß seine Behauptung unrichtig ist.

Abg. Erzberger (Z.): Herr Köste wird nicht bestreiten, daß er der Militärverwaltung vorgeworfen hat, sie habe den Befähigungsnachweis nicht erbracht, daß sie mit dem Flugzeug ordentlich umgehen könne. Dagegen richtete sich meine Abwehr, und ich nehme gern davon Notiz, daß er den Fliegeroffizieren keinen Vorwurf hat machen wollen, und warte im übrigen das offizielle Stenogramm ab.

Abg. v. Böhlendorf-Röplin (L.): Ich war leider gestern Abend nicht anwesend und stelle heute fest, daß ich mit keinem einzigen Mitglied der Regierung oder irgend einer Persönlichkeit, die der Regierung auch nur nahesteht, über die Atlas-Werke auch nur irgendeine Silbe gesprochen habe.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der Beratung der Wehrvorlage.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Internationales Jahrbuch für Politik und Arbeiterbewegung. Von diesem im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erscheinenden Geschichtskalender gelangt soeben das erste Vierteljahrsheft des 2. Jahrganges zur Ausgabe. Der Zweck des Internationalen Jahrbuchs liegt darin, die Tagesereignisse zu sichten und von Tatsachen, die als historisch bedeutsam erkannt sind, mit größtmöglicher Genauigkeit Bericht zu geben. Auf diese Weise wird sich das Werk in seinen fortlaufenden Bänden zu einem Nachschlagewerk gestalten, das nur augenblicklich Interessierendes unberücksichtigt läßt, aber auf Fragen nach wichtigen Vorgängen vergangener Jahre richtige und möglichst erschöpfende Antwort gibt.

Das Internationale Jahrbuch ist für jeden Politiker, Gewerkschafter, Genossenschaftler, Agitator, Redakteur ein überaus wichtiges Nachschlagewerk, das fernerhin kaum wird entbehrt werden können. Das Internationale Jahrbuch erscheint in vier Hefen jährlich und kostet pro Jahr 10 M. Jedes einzelne Heft 2,50 M. Der erste Jahrgang ist noch in Hefen zu 10 M., oder in einem Halbfranzband zum Preise von 12 M. durch die Buchhandlungen zu beziehen. Dasselbe werden auch Bestellungen auf den zweiten Jahrgang angenommen.

Soziales.

Ein interessantes Eingeständnis.

Alle Maßnahmen und Bestrebungen der Unternehmer sind von Profitinteressen bestimmt. In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist das ja auch selbstverständlich. Die Unternehmer allerdings betreiben sehr oft, ihre eigentlichen Beweggründe zu verheimlichen. Dadurch geben sie ungenötigt zu erkennen, daß sie die kapitalistische Moral und Tendenz nicht zu verteidigen wagen. Garinädig ist der Kampf, den man gegen die Festlegung eines Maximalarbeitstages und die Beseitigung des Ueberzeitarbeitens führt. Neben dem Schlagwort von dem Ruin der Industrie tauchen da allerhand andere Einwendungen auf. Einmal sollen betriebs-technische Hindernisse hemmend im Wege stehen. Dann wieder hört man, es fehle an Arbeitern überhaupt, oder doch mindestens an den für bestimmte Betriebe notwendigen Kräften. In Wirklichkeit ist die verteidigte Wirtschaftsweise vielfach direkt sinnlos, bedeutet eine unverantwortliche Verschwendung, einen Raubbau an der Arbeitskraft. Aus ihr erwachsen zum Teil die Verhältnisse, die man als Hindernis der verlangten Reform ins Feld führt. Es wären z. B. Arbeitskräfte für jede Spezialarbeit genügend vorhanden, wenn man die Arbeiter nicht unnützig in die Fabriken sperren. Aus welchen rückständigen Gründen dem Ueberwachungsunwesen gebrönt wird, das schildert der Gewerbeinspektor für den Bezirk Trier. In seinem Bericht für 1912 schreibt er:

„In einem Werke vertritt der Betriebsleiter den Standpunkt, daß die Ueberarbeit notwendig sei, weil nur mit ihrer Hilfe der Arbeiter dasjenige Einkommen erzielen könnte, auf das er nach Lage des Arbeitsmarktes der Hütte gegenüber Anspruch habe. Wenn den Arbeitern nicht ein gewisses Maß von Ueberarbeit zugebilligt würde, so seien Anzuchtienheit und Abwanderung die unvermeidlichen Folgen. Eine Erhöhung des Lohnes in dem Maße, daß in sechs normalen Arbeitsschichten ein angemessener Wochenlohn erzielt werde, sei mit Rücksicht auf die Konkurrenz nicht möglich. Die Generalleitung des Werkes hat diese Auffassung zwar nicht gerade bekräftigt, konnte sich aber gleichwohl zu einer Einschränkung der zu produktiven Zwecken vorgenommenen geschäftlich zulässigen Ueberarbeit nicht entschließen. Als oberes Maß der Ueberarbeit gilt hier der seit Jahren bestehende Grundsatz, daß kein Arbeiter mehr Schichten bezahlt bekommt, als der Monat Kalendertage hat. Dasselbe Werk ist auch in diesem Jahre wiederum überwiegend an der Ueberarbeit zu produktiven Zwecken beteiligt.“

Die Erklärung des Betriebsleiters stimmt bis auf die „Rücksicht auf die Konkurrenz“. Des Schamanelebens dieses Einwand, des entkeidete, erkennt man als des Systems Beweggrund das Festhalten an den nicht ausreichenden Löhnen. Aus Gewinnsucht treibt man Raubbau an der Arbeitskraft, verschwendet so das Gut, von dem man sonst behauptet, es sei nicht so reichlich vorhanden, um auf das Ueberwachungsunwesen verzichten zu können. Die Mittelungen des Gewerbeinspektors ist ein Belag dafür, daß die Einwendungen der Unternehmer gegen eine vernünftige, aus volkswirtschaftlichen und gesundheitslichen Gründen dringende Begrenzung der bisher üblichen überlangen Arbeitszeiten nicht der Wirklichkeit entsprechen, sondern willkürlicher Konstruktion entspringen.

Aus Industrie und Handel.

Rückgang der Börsenkurse.

Die gläubigen, daß mit dem Vorfröhen von London die Börsen sich beruhigen würden, haben sich geirrt. Es konnte schon deswegen eine Beruhigung nicht eintreten, weil die Wirtschaftskonjunktur aus inneren Gründen und wegen der Voelinstufung durch den Balkankrieg ihren Halt verloren hatte, was nun deutlich zum Ausdruck kam. Ueberall zeigten sich Abschwächungsmerkmale, worauf die Börsen mit Geradschüssen der Kurse antworteten. Das ist denn auch in sehr bestiger Weise geschehen und der allgemeine Kursstand der deutschen Börsenpapiere hat in wenigen Tagen einen sehr wesentlichen Rückgang erfahren. Aber auch die Sorge vor einem

neuen Balkankrieg trug zur Beunruhigung bei. Von dem Rückgang wurden nicht nur Dividendenpapiere betroffen, sondern auch sichere Renten und speziell die 3proz. Reichsanleihe, deren Kurs einen nie gesehenen Tiefstand erreichte. Der Rückgang ist nicht nur an den deutschen Börsen, sondern auch an den ausländischen Börsen erfolgt. Vor kurzer Zeit war die New Yorker Börse Gegenstand umfangreicher Angebote und in den letzten Tagen war die Londoner Börse aufs schwerste beunruhigt. Allerdings waren in London hauptsächlich die Gerüchte von Zusammenbrüchen — und tatsächlich erfolgte Zusammenbrüche — für den Rückgang maßgebend. Aber der Umstand, daß diese Zusammenbrüche verhältnismäßig lange nach dem Abschluß des Vorfröhens erfolgt sind, beweist, in welcher schwächer Verfassung sich ein Teil der Börsenspekulation noch immer befindet. Es ist nicht ausgeschlossen, daß wir unter diesen Umständen noch manche unangenehme Ueber-raschung erleben, und zwar nicht nur in London, sondern auch an deutschen Börsen.

Rechenlegen. Nun soll das Rechenlegen auch der Kali-industrie Heil und Segen bringen. Der mit dem Kaligeseh verbundenen Gedanke, in dieser Industrie eine weitere Zunahme der Werke zu verhindern, hat sich als trügerisch erwiesen. Die neuen Unternehmen schossen vielmehr wie Pilze nach einem warmen Regen hervor. Die alten Werke sehen dadurch ihre Gewinne gefährdet. Darum soll nun die Gesetzgebung die Handhabe zu der Stilllegung von Kaligeseh liefern. Das Kaligeseh hat sich nach dieser Richtung bereits mit einer Anzahl von Werken verständigigt. Mit solcher Aktion ist bei vielen Gründungen von vornherein gerechnet worden. Auf Kosten der Allgemeinheit soll dem spekulativ angelegten Kapital eine dauernde gute Rente gewährt werden. Vater Staat muß überall den Nachwächter kapitalistischer Interessen spielen.

Aus aller Welt.

Brindejones neuer Distanzrekord.

Das ebenso lähne wie zähe Wagnis des französischen Fliegers Brindejone, auf seinem Morane-Saulnier-Eindecker einen neuen Distanzrekord im Wettbewerb um den Pommeroy-Pokal aufzustellen, ist geglückt: Brindejone hat nach am Dienstagabend gegen 7 Uhr Warschau erreicht! Er hat damit an einem Tag die Strecke Paris—Berlin—Warschau zurückgelegt, eine Entfernung von 1420 Kilometer, während der von seinem Landsmann Guilleaux aufgestellte Rekord „nur“ 1250 Kilometer betrug.

Brindejones Unternehmen wurde begünstigt durch den sturm-artigen Rückenwind, der streckenweise die Eigengeschwindigkeit seiner Maschine erreichte und damit die Fluggeschwindigkeit verdoppelte, nämlich auf 225 Kilometer in der Stunde brachte. Aber freilich: welcher Mut, welcher felsenfestes Vertrauen auf das eigene Können und die Leistungsfähigkeit der Maschine, welche kolossale Energie gehörte dazu, bei einem Sturm, der in Berlin Bäume entwurzelte, überhaupt zu starten und trotz rüttelnder Böen zehn Stunden Flugzeit durchzuhalten!

Die deutsche Presse ist denn auch ehrlich genug, einzugestehen, daß es zurzeit auch nicht einen einzigen deutschen Flieger gebe, dem eine solche Leistung zuzutrauen sei. Dabei ist Brindejone in Frankreich keineswegs eine Klasse für sich, sondern nur ein Ebenbürtiger der Bedrines, Garros, Audemars, Guilleaux und anderer.

Man wirt auch die Frage auf, woher das Komme. Man meint, zum Teil wohl von der Bedanterie und Reglementiererei der deutschen Fliegerei. Das mag bis zu einem gewissen Grade stimmen. Eine Konkurrenz wird aber erst dann eintreten, wenn man endlich die Konkurrenz des Auslandes nicht mehr wie bisher peinlich ausschließt, sondern nach Kräften heranzuziehen sucht! Ganz unrichtig ist die Behauptung eines Blattes, daß in Deutschland nichts zum Anreiz für größere Ueberlandflüge getan würde. Im Gegenteil: So hoch die deutsche Presse für Distanzflüge, wie die von der Nationalflugspende ausgeht, gibt es selbst in Frankreich nicht! Dort ist eben der sportliche Ehrgeiz größer und die Konkurrenz innerhalb der Flugzeugindustrie schärfer, während deutsche Flugzeugunternehmer schon dann bei guten Konnektionen Aufträge in der Tasche haben, bevor ihre Gründung überhaupt perfekt geworden ist: siehe Atlaswerke!

bleibt hier alles beim alten und fährt man fort, bei Flugwochen durch Mägden, wie das sogenannte „Wettrennen“ über 90 oder 90 Kilometer (!) das Publikum zu narren oder durch Anlauf- und Auslaufkonkurrenzen, die selbst vom militärischen Standpunkt aus nur höchst problematischen Wert haben, anzudehen, so wird der aviatische Vorsprung anderer Länder nicht nur vermindert, sondern sogar noch vergrößert werden!

Neues von den Spitzbergen-Expeditionen.

Die Mitglieder der Schröder-Stranz-Expedition, Raabe, Rüdiger und Ritscher, sind nach einem Telegramm der „Aids Tegn“ aus Tromsö am Dienstagabend dort eingetroffen. Raabe ist vollkommen gesund, Rüdiger und Ritscher werden in Tromsö wegen ihrer erkrankten Gliedmaßen behandelt. Ebenso sind sämtliche Norweger der Expedition, mit Ausnahme Stenersens, dort eingetroffen, der in der Treurenberg-Bai das Expeditionschiff „Dergog Ernst“ übermacht. Von der Stranz-Expedition ist Bedmann gleichzeitig in der Treurenberg-Bai eingetroffen. Stranz selbst mit vier Gefährten sind am 2. Juni in Begleitung von 16 Hunden nach dem Nordostlande in der Richtung auf die Treurenberg-Bai aufgebrochen. Dort werden sie auf einen Walfischfänger gehen, um die Henloystroße zu durchqueren, und marschieren dann weiter über das Festland nach der Rijs-Bai.

In den nächsten Tagen wird in Tromsö eine gerichtliche Untersuchung über die Vorkommnisse bei der Schröder-Stranz-Expedition eingeleitet.

Ein dreifacher Ueberfall.

In der vergangenen Nacht ist im Hause des Weingutbesizers Bronner in Wiesloch ein frecher Raubfall verübt worden. Wie die „Oberheinische Korrespondenz“ meldet, drangen Diebe mit Dolchen und Knütteln bewaffnet in das Schlafzimmer des Weingutbesizers ein und verlangten Geld. Bronner erklärte, daß er in der Villa kein Geld habe. Darauf fordereten die Räuber ihn auf, aufzusuchen und mit ihnen ins Geschäft zu gehen. Einer der Komplizen blieb bei der Frau Bronners, ein zweiter stellte sich unter dem Fenster, während zwei Banditen mit Bronner nach dessen Geldkäst gingen, wo sie sich den Kassenbestand von 500 M. ausbändigten ließen. Die Räuber drohten Bronner falls er Värm schlagen wolle mit ihren angeblich vergifteten Dolchen niederzuschlagen. Vorsichtshalber hatten sie auch die Telefonleitung durchschnitten. Sie nahmen Geld, Schmuckstücken und mehrere Uhren an sich und fuhren auf Fahrrädern davon. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, die Räuber zu verhaften.

Keine Notizen.

Ein tödlicher Absturz. Der 18jährige Wiener Kontorist Grassinger ist bei einer Partie in der Reitenbacher Klamm abgestürzt und sofort tot liegen geblieben.

Ermerdung eines Professors. Mittwoch vormittag feuerte der Hörer des 3. Jahrganges an der Landeshörschule in Bemberg, der 18jährige Ruthene Elias Dzagala gegen den polnischen Professor Gutkowski fünf Revolverkugeln ab, wodurch der Professor sofort getötet wurde. Die ruthenischen Studenten schützten den Attentäter vor der Lynchjustiz der Polen. Als die Polizei in das Seminar einbrang, kam es zu einem Kampfe zwischen polnischen und ruthenischen Studenten. Schließlich gelang es aber doch, den Attentäter zu verhaften. Er verweigert jede Auskunft über das Motiv seiner Tat.

Was erwarten wir vom Frauenwahlrecht?

Angeichts der furchtbaren Mittel, mit denen gegenwärtig in England um das Frauenwahlrecht gekämpft wird und im Hinblick auf die aktuelle Bedeutung, die der Kampf um dieses Recht in zahlreichen europäischen Parlamenten bekommen hat, erscheint es uns doppelt notwendig, keine Unklarheit darüber bestehen zu lassen, was die Sozialdemokratie von der Erreichung des Frauenstimmrechts erwartet.

Im Gegensatz zu dem größten Teil der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen gilt uns das allgemeine Wahlrecht wohl als eine der wichtigsten Waffen im Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse und damit auch der proletarischen Frau, nicht aber als diese Befreiung selbst. Die Erlösung der Arbeiterin von dem dreifachen Joch, unter dem sie gegenwärtig leidet, erwarten wir durchaus nicht einzig und allein von ihrer politischen Gleichberechtigung mit dem Manne.

Ein Blick auf die Tätigkeit des Deutschen Reichstags, sowie aller anderen bürgerlichen Parlamente, die, wenn auch nicht unter dem allgemeinen, so doch unter dem Wahlrecht aller Männer gewählt worden sind, kann uns darüber belehren, wie wenig der bürgerliche Parlamentarismus ein wirklich demokratischer ist und wie wenig von ihm eine Gesetzgebung erwartet werden darf, die den Interessen der arbeitenden Klassen in vollem Maße entspreche. Duldet er doch neben sich ein Oberhaus ernannter Ritterslieder, eine Verwaltung durch dem Volkswillen entrückte und volksfremde Beamte und das Entscheidungsrecht der Krone in den wichtigsten Angelegenheiten des Staates! Trotz alledem verdankt die Sozialdemokratie, und ganz besonders die Deutschlands, einen guten Teil ihrer Kraft und Ausdehnung der Teilnahme an den Wahlen und an den Arbeiten der gesetzgebenden Körperschaften. Aber durch die gesetzgeberischen Taten der deutschen Parlamente ist dieses Wachstum lange nicht so sehr gefördert worden, als durch die Gelegenheit zu politischer Schulung und Organisierung.

Die Reden, die unsere Vertreter im Parlament halten, erlangen durch die Zeitungen eine ungleich größere Verbreitung als die Reden in unseren Versammlungen, welche die bürgerliche Presse in der Regel totschweigt. Sie wirken dadurch in viel höherem Maße aufklärend und verbend auf den noch indifferenten Teil der arbeitenden Bevölkerung. Zugleich aber sind im Parlament unsere Geaner gezwungen, den Vertretern der Sozialdemokratie Rede zu stehen und auf ihre Anfragen zu erwidern. Nichts könnte besser dazu geeignet sein, die moralische Schwäche des Bürgertums und die sittliche Ueberlegenheit der aufsteigenden Arbeiterklasse den breitesten Massen darzutun, als die Debatten in den verschiedenen Parlamenten.

Was wir an Gesetzesreformen in den Parlamenten erreichen können, das ist uns hochwillkommen, weil jede halbe Stunde gesetzlich verkürzter Arbeitszeit, jede Maßnahme zum Schutz des Lebens und der Gesundheit der Arbeiterklasse und jede Verbesserung des Volksunterrichts die Widerstandskraft des Proletariats gegen Ausbeutung und Unterdrückung erhöht. Wie selten aber und unter welcher harten Mühen gelangt es, den bürgerlichen Parlamenten solche Reformen abzurufen, und selbst das Wenige wäre gar nicht möglich, wenn nicht unter den bürgerlichen Abgeordneten sehr viele ihr Mandat auch Arbeiterstimmen zu verdanken hätten. Sie wollen ja immer wieder gewählt werden und möchten es darum mit keiner Wählerschicht ganz verderben. Darum sind es einmal die Staatsbeamten, einmal die Landwirte, dann wieder die Kaufleute und Gewerbetreibenden und einmal sind es auch die Arbeiter, für deren Interessen sie sprechen und stimmen.

Nur an die Interessen der arbeitenden Frauen denkt kein bürgerlicher Abgeordneter. Wozu sollte er auch? Werden die Frauen ihn bei den nächsten Wahlen zur Verantwortung ziehen und ihm eventuell eine Niederlage bereiten können? Unmöglich! Sie haben ja kein Wahlrecht! Wozu also auf ihre Bedürfnisse und Forderungen Rücksicht nehmen?

Die sozialdemokratischen Abgeordneten treten selbstverständlich für die Interessen der proletarischen Frauen und Kinder gerade so gut ein, wie für den männlichen Proletarier, aber allein vermögen sie nicht bei der Abstimmung zu entscheiden und bürgerliche Stimmen sind für die Forderungen von Nichtwählerinnen nicht zu haben. Darum will es auch so gar nicht vorwärtsgen mit der Verbesserung des Mutter- und Kinderschutzes, der Mutterschaftsversicherung, der Witwen- und Waisenernährung und all der Gesetzesmaßnahmen, die geeignet wären, die drückendste Not der ärmsten Frauen und Kinder zu lindern.

Aber auch der anderen Vorteile, die das Wahlrecht den Arbeitern bringt, entbehren die Proletarierinnen schmerzlich. Sie werden nicht gleich den noch indifferenten Männern während der Wahlzeit aus ihren dumpfen Wohnungen herausgeholt und geradezu gezwungen, über ihre Not und ihre Bedürfnisse nachzudenken und zwischen Freund und Feind der Arbeiterklasse unterscheiden zu lernen. Sie erhalten nicht so, wie wenn sie Wählerinnen wären, die Anregung, die Reden und die Zeitungen der verschiedenen Parteien miteinander zu vergleichen und sich über sie ein Urteil zu bilden. Es fehlt ihnen auch die Gelegenheit, sich gleich den männlichen Anhängern der Sozialdemokratie mit Hilfe der Wahlen zu bilden.

Noch viel mehr als von unseren männlichen Anhängern gilt es von den weiblichen, daß ihre Zahl um ein Mehrfaches größer ist, als die Zahl der eingeschriebenen Parteimitglieder, denn die Frauen, die es eingeschüchtert durch ihre Vorgesetzten und Familienangehörigen nicht wagen, sich offen zur Sozialdemokratie zu bekennen, obgleich sie ihr im Herzen zu-neigen, ist sicher verhältnismäßig viel größer, als die der Männer in gleicher Lage, weil ja das Weib gegenwärtig überhaupt immer um einiges abhängiger ist als der Mann ihrer Klasse.

Diese besondere Abhängigkeit der proletarischen Frau hat ihre tiefsten Wurzeln nicht in den politischen, sondern in den wirtschaftlichen Verhältnissen, die gegenwärtig so geartet sind, daß ihr die Mutterkraft nicht wie sie sollte, ein Anrecht auf eine gesicherte Existenz gibt, sondern ihr zur Rette wird, mittelst deren sie die kapitalistische Ausbeutung

an das Elend der Ueberarbeitung und Entbehrung schmiedet. Als eine der wirksamsten Waffen gegen diese Bedrückung bedarf sie dringend des Wahlrechts.

Im Parlament werden nur die Gesetze formuliert, die sich bereits im wirtschaftlichen Kampf durchgesetzt haben. Jede Gesetzesreform bedeutet den Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen den einander bekämpfenden Parteien auf dem Felde der Produktion und des Handels. Darum ist es für die Frauen gleich notwendig, in der Werkstätte und der Gewerkschaftsorganisation um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu ringen, in der genossenschaftlichen Organisation gegen die furchtbare Leuerung anzukämpfen, die den Lohngrößen entwertet, und das Recht zu erobern, dabei mitarbeiten zu dürfen, wenn die Vertretung der Sozialdemokratie im Parlament das durch Gesetze festzuhalten sucht, was die organisierte Arbeiterschaft durch ihre wirtschaftlichen Kämpfe dem Kapitalismus an Konzessionen abgezwungen hat.

Nur wenn auf allen Gebieten zugleich und von Männern und Frauen des Proletariats einhellig mit allen Kräften gegen die kapitalistische Ausbeutung angekämpft wird, kann sie überwunden werden und an ihre Stelle die Herrschaft des Sozialismus treten.

Weißer Sklavinnen im „schwarzen Lande“.

London, 9. Juni. (Fig. Ver.) Um die große englische Stadt Birmingham herum liegt ein Industriegebiet, dem man den Namen „das schwarze Land“ gegeben hat. Die Metallverarbeitungsindustrie ist hier zu Hause. Hier schmieden Frauen Ketten und hier stellen fromme Fabrikanten Höhenbilder her, die sie an die Heiden in fernen Ländern verkaufen — wahrscheinlich, um den von ihnen unterstützten christlichen Missionären etwas zu tun zu geben. Seit einigen Wochen tobt im „schwarzen Lande“ ein heftiger Kampf. Die ungelerten Arbeiter haben sich aufgetraut, um ihre elende Lage etwas zu verbessern. Sie verlangen einen Mindestlohn von 23 Schilling die Woche — wahrlich bescheiden genug! Ein Mindestlohnkomitee hat sich gebildet, das den Kampf von einem Betrieb zum andern trägt. Schon haben viele tausend Arbeiter den Mindestlohn bewilligt erhalten. Viele streifen jedoch noch und einige Tausend sind ausgesperrt. Vor einigen Tagen haben sich 1000 Ziegeleiarbeiter und 1300 Ziegeleiarbeiterinnen der Bewegung angeschlossen. Sie sind in den Streik getreten, nachdem ihre Forderungen — eine 10prozentige Lohnerhöhung für Männer und ein Mindestlohn von 10 Schilling die Woche für Frauen — nicht bewilligt worden waren. Der „Daily Citizen“ hat einen Berichterstatter nach Worcestershire geschickt, um die Arbeit und Arbeitsverhältnisse der Ziegeleiarbeiter zu erforschen. Geradezu haarsträubend sind die Arbeitsverhältnisse der Frauen in den Ziegeleien, von denen der Korrespondent berichtet.

Ziemlich allgemein ist die Ansicht verbreitet, daß die Frau in England nicht zu so schweren und schmutzigen Arbeiten herangezogen wird wie auf dem Festlande. Vielleicht ist dies im Großen und Ganzen richtig. Auf unseren Reisen in Europa haben wir uns stets besonders bemüht, zu erfahren, wie die Frauen in der Industrie und Landwirtschaft beschäftigt werden. Wir haben gesehen, wie in Schlesien und Süddeutschland Frauen als Eisenbahnarbeiter verwendet werden; wie sie in Böhmen große Lasten Kohlen in einer Kiste auf dem Rücken tragen; wie sie am schönen Rhein mit schweren Lasten auf dem Kopfe zum Markte eilen; wie sie in Frankreich Kohlen laden und in Belgien gar (bis vor noch nicht langer Zeit) unterirdisch vor der Kohle schafften. In England fällt die Verwendung der Frau zu schweren Arbeiten nicht so sehr auf. Man muß sich schon von den großen Verkehrswegen abwenden und in die Gegenden gehen, wo die Schwerindustrie herrscht, um zu sehen, wie der Kapitalismus die Frauen als Lasttiere verwendet. Aber dort findet man dann auch Zustände, die an die Barbarei mahnen. Was der Berichterstatter des „Daily Citizen“ über die Arbeit der Ziegeleiarbeiterinnen in Worcestershire schreibt, hat man bisher in England kaum für glaublich gehalten. In diesen Ziegeleien arbeiten Frauen und Mädchen für 7 Schilling die Woche und schleppen täglich zehn und eine halbe Stunde lang Lasten, die kein Mann regelmäßig tragen kann. Um den Leib tragen sie ein Polster; auf diesem Polster tragen sie dann mit der Hälfte hohe Stöcke Ziegelsteine. Ein Mann sagte dem Korrespondenten: „Ich verrichtete die Arbeit drei Monate lang, als ich jung war, und viele Male war mein Rücken davon blutig.“ Doch hören wir die nähere Beschreibung der Arbeit:

„Ich sah heute Mädchen von 16 bis 18 Jahren, die mit Stöcken von 10 und 12 neunpfündigen Ziegelsteinen beladen, einhergingen. Sie trugen Lasten, die zwischen 90 und 108 (englische) Pfund (40 bis 48 Kilo) wogen, 25 Meter weit von der Darrstube bis zum Brennofen, und zwar nicht langsam, sondern mit den kurzen, schnellen Schritten der Gewichtheber, die bis zum äußersten beladen sind. Die Sonnenstrahlen fielen glühend auf sie herab; die Gesichter einiger der Trägerinnen waren dunkelrot. Ich sah andere Mädchen, die gebeugt mit gewaltigen Blöden auf dem Rücken — heißen Zylinderformen — von einem Brennofen eilten. Es war auch eine grauhaarige Frau dabei. „Die müssen doch sicher beinahe zwei Zentner wiegen“, sagte ich. „Sie sind viel schwerer, ehe sie gebrannt sind“, erwiderte mein Führer. „Beim Todten und Brennen verliert die Erde etwa ein Drittel ihres Gewichts.“ Blöde dieser schweren Sorte lagen in dem Hofraume zum Versand bereit. Beim Wiegen betrug das Gewicht von einem 196 (englische) Pfund (88 Kilo); daher muß sein Gewicht als Ton ungefähr 260 (englische) Pfund (117 Kilo) betragen haben. Als Ton sind diese Blöde alle von denselben Mädchen und Frauen getragen worden. Die Männer tragen sie nicht; sie heben die Blöde nur auf die gebeugten menschlichen Lasttiere.“

Ein Arbeiter der Ziegelei hat ausgerechnet, was diese Frauen und Mädchen im Laufe eines Arbeitstages heben müssen. Bei der oben beschriebenen Arbeit transportieren die Trägerinnen eine Tonne Ziegelsteine für ungefähr 2 Pence (17 Pf.). Das Gewicht, das die Frauen, die die Ziegelsteine machen, im Laufe eines Tages heben, beträgt 28 Tonnen. Dafür erhalten sie 2 Schilling und 8 Pence (2,70 M.), also nicht einmal 10 Pf. pro Tonne Ton. Es ist wohl kaum nötig, hinzuzufügen, daß man die Ziegeleiarbeiterinnen ohne weiteres an ihrem verkrüppelten Körper erkennen kann.

Die Ursache dieser schändlichen Ausbeutung der Frauen und Mädchen ist darin zu suchen, daß ihre Arbeit so billig ist. Arbeiteten die Pferde billiger, so würden sie bald diese menschlichen Konkurrenten ersetzen. Aber das Pferd kostet an Unterhalt in England immerhin 2 Schilling den Tag. Und die Frauen und Mädchen arbeiten für einen Schilling. Die Degradierung der Frauen und Mädchen des Volkes bedeutet für den Kapitalisten eine Ersparnis von 100 Prozent!

Frauenstimmrecht.

Frauen bei der Wahlarbeit. Wie die Reformierten in San Francisco ihr Stimmrecht ausüben, darüber hat das Ehepaar Lewis Edwin Meis genaue Beobachtungen angestellt, deren Resultate in der „Victorial Review“ mitgeteilt werden. Die Ruhe und Kaltblütigkeit, gepaart mit Tatkraft und zielicherem Streben, die die Frauen bei den einzelnen Wahlhandlungen auszeichnen, sind auf den ersten Blick überraschend. Innerhalb der Wahlabteilungen herrscht die größte Ruhe und Ordnung. Eifrig strömen die Frauen herbei und schwärmen um die Wahllokale, wie Bienen um ihren Stod, aber ohne die geringste Nervosität. So friedlich geht alles vor sich wie bei einem Gottesdienst. Bei den letzten Wahlen gaben vor sich wie bei einem Gottesdienst. Bei den letzten Wahlen gaben 1200 Frauen ihre Stimme ab und eine war Wahlleiter. Die Frauen entfalteten eine umfangreiche Propaganda, um einige Gesetze, so die Abschaffung der Spielhöllen und die kostenlose Verteilung von Schulbüchern an arme Kinder durchzusetzen. Stundenlang saßen sie sich der Kälte aus und versuchten mit großer Hartnäckigkeit, die Wähler für ihre Kandidaten zu gewinnen. Diese Haltung wird erreicht durch eine gewisse politische Erziehung. Zahlreich sind die Frauenvereine, die eine kleine organisierte Armee von 50 000 Personen darstellen. Das Ziel ihrer Bestrebungen ist die Erreichung weiterer politischer Rechte und die Durchsetzung sozialer Reformen. In den verschiedensten Teilen von San Francisco haben die Frauen Wahlbüros eingerichtet, von denen aus die Wählerinnen systematisch bearbeitet und der allgemeinen Bewegung zugeführt werden. Diese Tätigkeit hat bereits große Erfolge gezeitigt. So ist die Zahl der Wählerinnen, die bei der letzten Wahl nur 1900 betrug, jetzt schon auf 25 000 gestiegen. Der Frauenfortschrittsverein von Los Angeles hat es bereits auf 83 284 Mitglieder gebracht.

Frauenarbeit.

Ausbeutung der Arbeitskraft. Im „Kasseler Tageblatt“ findet sich folgendes charakteristisches Inserat:

„Junges Mädchen aus guter Familie, mit abgeschl. höherer technischer Ausbildung und musikalisch, gesucht, das viermal wöchentlich je 4 Stunden die Schularbeiten zweier größerer Mädchen und deren Klavierübungen überwacht sowie dieselben auf Spaziergängen begleitet. Fertigkeiten in Handarbeiten erwünscht. Monatliche Vergütung 10 Mark. Angebote unter B. C. 8995 an die Geschäftsstelle.“

16 Stunden Schulunterricht, Klavierunterricht und Handarbeit pro Woche, 66 Stunden pro Monat, für 10 M. oder 14 Pf. pro Stunde — das ist der Lohn, den man dem jungen Mädchen aus guter Familie mit abgeschlossener Bildung anbietet. Auch das ist durchaus keine Ausnahme, die Löhne der Erzieherinnen, Stützen der Hausfrau, Privatlehrerinnen usw. stehen allgemein auf diesem Niveau. Ein Stück aus dem traurigen Schicksal der „Mädchen aus guter Familie“.

Soziale Fürsorge.

Unentgeltliche Hebammenhilfe. Pommern wird im allgemeinen immer für eine recht rückständige Provinz angesehen. In Ausnahmefällen weist sie aber auch manchen Fortschritt auf. So z. B. wurde in der letzten Stadtverordnetenversammlung in Stolp eine Neuordnung der Geburtshilfe vorgenommen. Um der ärmeren Bevölkerung die Geburtshilfe unentgeltlich zu leisten, hat die Stadt mit sämtlichen Hebammen einen Vertrag geschlossen, wonach sich die Hebammen verpflichten, ihre Hilfe bei der ärmeren Bevölkerung nach den Mindestsätzen der Gebührenordnung zu berechnen. Die Kosten, die 10,50 M. betragen, werden dann von der Stadt bezahlt. Einmalige durch den Arzt angeordnete Tätigkeit wird besonders vergütet. Außerdem wurde die freie Wahl eingeführt. Eine besondere Entschädigung dürfen die Hebammen von den Wöchnerinnen oder deren Angehörigen nicht verlangen.

Tuberkulose und Wohnungshygiene. Ueber die Nachkommenschaft von 442 tuberkulösen Arbeiterfamilien haben französische Ärzte Untersuchungen angestellt. Ohne die günstigen Einflüsse von Säuglingsfürsorge, Mutterchutz, Beratungsstellen negieren zu wollen, ist nach den Feststellungen der Ärzte die Wohnungshygiene der springende Punkt. So zerstört man die alten Herde der Tuberkulose und sorgt zugleich dafür, daß keine neuen geschaffen werden. Das ist um so wichtiger, als nach jenen Feststellungen gerade die tuberkulösen Klassen eine besonders zahlreiche Nachkommenschaft haben.

Mutter und Kind.

Bei Benutzung eines Gummistuhles für den Säugling ist Vorsicht am Plage. Das beweist folgender Fall: Ein gesunder, kräftiger Säugling von sechs Monaten, ausschließlich an der Brust ernährt, beginnt ziemlich plötzlich an Gewicht abzunehmen. Es wird nach allen Richtungen nach weiteren Krankheitsäußerungen gefahndet, aber vergeblich. Die Abmagerung nimmt weiter zu und bringt das Kind in drei Wochen in einen recht elenden Zustand. Jetzt tritt plötzlich ein neues Symptom auf, die auf die Möglichkeit einer Bleivergiftung hinweist. Aus der Umgebung des Kindes wird nun vor allem was irgendwie Bleigehalt haben könnte, eine Probe zur chemischen Untersuchung entnommen. Am nächsten lag die Vermutung, daß der weiche Anstrich des Bettens oder des Kinderwagens aus bleihaltiger Farbe bestesse. Diese Vermutung bestätigte sich aber nicht, die Farben erwiesen sich als leimfrei. Bleihaltig aber war das Gummistuhl, das als wasserdrichte Bettelinge diente. — Eine weitere Behandlung erübrigte sich nach der „Mittl. med. Wochenschrift“, denn nach Entfernung des verhängnisvollen Wäschestüdes setzte sofort die Besserung ein, die nach wenigen Wochen zur völligen Genesung führte.

„Sternunft wird Unheil, Wohltat Plage“ — dieses Dichtwort illustriert treffend die Zwangslage, in die das neue Gesetz für Angestelltenversicherung eine große Zahl arbeitender Frauen versetzt. Die Aufnahme- und Versicherungsarten tragen den Vordruck, daß etwa vorhandene uneheliche Kinder weiblicher Angestellter auf den Karten anzugeben seien. Eine starke Zumutung, so lange die in der bürgerlichen Gesellschaft herrschende doppelte Moral dem Weibe uneheliche Mutterkraft als Kastei und Schande anrechnet! Wird die vorgebrachte Mutilität fälschlich ausgestellt, so tritt Bestrafung ein. Das Gesetz beabsichtigt in Wirklichkeit durchaus keine wirtschaftliche oder moralische Schädigung eines Teiles der ihm unterstellten weiblichen Angestellten, sondern es will die geringen Rechtsansprüche der unehelichen Mütter und Kinder wahren helfen. Um so dringender ist eine Abänderung der Vordrucknotiz. Auf Anregung des Bundes für Mutterchutz haben eine große Zahl von bürgerlichen Frauenorganisationen, darunter auch viele Ortsverbände der Genossenschaft deutscher Wägenangehöriger, der Kaufmännische Verband für weibliche Angestellte, der Verband akademischer gebildeter und studierender Lehrerinnen, ferner der Bund der technisch-industriellen Beamten, dem Reichstage eine Petition überreicht, in der Fortfall der Verpflichtung zur Angabe unehelicher Kinder weiblicher Angestellten gefordert wird. Dagegen soll in die Karten ein Vermerk aufgenommen werden, daß die weibliche Angestellte verpflichtet sei, etwa vorhandene uneheliche Kinder der Versicherungsbehörde selbst anzugeben. Damit wäre es Unbefugten unmöglich gemacht, in die intimsten Privatangelegenheiten einer arbeitenden Frau einzudringen und unlauteren Gebrauch davon zu machen.

Gewerkschaftliches.

Evangelische Arbeitervereine und gelbe Gewerkschaften.

Das Organ der rheinisch-westf.-evangelischen Arbeitervereine bringt in seiner Nummer vom 5. Juni den stenographischen Bericht einer Rede, die der evangelische Verbandssekretär Beer über das Verhältnis der evangelischen Arbeiter zu den gelben Werkvereinen in einer Ausschussitzung am 5. Mai gehalten hat.

Es hat eine Zeit gegeben, da unsere evangelischen Arbeitervereine nicht in dem schroffen Gegensatz zu den gelben Arbeiterbewegungen standen. Zunächst hatten wir es weniger mit den gelben Werkvereinen als mit den vaterländischen Arbeitervereinen zu tun.

Wesentlich, so führte der Redner aus, sei es auch mit den gelben Werkvereinen gewesen. Man habe diese anfänglich auch ruhig arbeiten lassen, bis sie sich als Konkurrenzorganisationen gegen die evangelischen Arbeitervereine aufspielten.

wirtschaftlichen Interessen, genau so wie die Gelben, entgegengetreten, haben Streitbruch gepredigt und Streikende beschimpft.

Dafür sind sie wie diese von den Kapitalisten bezahlt worden. Also wozu noch Werkvereine? Diese sollten dort Boden zu gewinnen suchen, wo die evangelischen Arbeitervereine nicht waren.

Berlin und Umgegend.

Die gelben Werbagenten der A. E. G. an der Arbeit.

Wie von durchaus einwandfreier Seite mitgeteilt wird, soll in den nächsten Tagen von der gesamten Beamtenschaft der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Brunnenstraße, eine Agitation für den gelben Fabrikverein entfaltet werden.

Zunächst haben die Werkmeister von den Gf.-Abteilungen von ihrem Abteilungsleiter Herrn Ingenieur Kramer den Auftrag erhalten, in den nächsten Tagen mit der Vorbereitung für die Gelben nachdrücklich zu beginnen.

Zu hoffen ist, daß auch jene Abteilungen, wo noch die Gewaltwerbung für die Gelben ausgedehnt werden soll, ein solches Ansinnen in derselben muster-gültigen Weise, wie in anderen Abteilungen geschehen, von sich weisen.

Ein geschlossenes Zusammenhalten der Arbeiter wird auch hier in der Lage sein, dieses neueste Attentat, welches auf die Schmälerung ihrer kammertlichen Rechte abgesehen ist, mit Erfolg abzuwehren.

Die Automaten-Einrichter und Einrichter an Einzelbänken klagen über Ungutzuglichkeit in dieser Branche. Es ist in einigen Betrieben an der Tagesordnung, daß einzelne Arbeiter teils um einen höheren Lohn, teils um den Titel Untermeister zu tragen, sich dazu hergeben, bei einseitigen Differenzen, gegenseitig durch die angeführten Gründe, ihren Kollegen in den Rücken fallen.

Verlust tragen kann, sind die Preise nicht. Es ist also nur ein Haften und Drängen, die Arbeit fertigzustellen, wobei der Arbeiter nachher mit der Möglichkeit zu rechnen hat, daß er sein verdientes Geld nicht voll herausbekommt.

Achtung, Töpfer! Hiermit sperren wir die Firma Franz Jimmermann, Schildbeiner Str. 30, wegen Tarifbruch und Beschäftigung von Unorganisierten, kurzer Zeit für den Bau Spielermann, Ede Talstraße in Panlow aus.

Deutsches Reich.

Zum Kampf der Ziegeleiarbeiter in Lauenburg.

Dem Fabrikarbeiterverband ist es gelungen, in vier Betrieben mit dem Ziegeleibesitzer Tarife abzuschließen, die den Arbeitern beträchtliche Lohnzulagen und eine Arbeitszeitverkürzung um eine halbe Stunde in diesem Jahre und um eine ganze Stunde im nächsten Jahre bringen.

Eine mißlungene Terrorisnngeschichte.

Von der Strafkammer des Landgerichts zu Frankfurt a. M. wurde die Verurteilung des Genossen Ege, Volkbeamten des Zimmererverbandes in Frankfurt a. M., gegen ein Urteil des Frankfurter Schöffengerichts verworfen.

Streit der Seidenfärber im Wuppertal. Im Wuppertal sind in zehn Betrieben 890 Seidenfärber ausständig; sie verweigern wegen des Färbelampfen Verrichtung von Arbeiten für Färbelampfenbetriebe.

Der Streik im Emdener Hafen dauert unverändert fort. Die Unternehmer machen alle möglichen Anstrengungen, um von auswärtigen Arbeitswilligen heranzubekommen.

Kleines Feuilleton.

Friedensstiftung kontra Friedensarbeit. Zu diesem am 28. Mai erschienenen Artikel meldet sich der dort angegriffene Sekretär der Nobel-Friedensstiftung A. Roe zum Wort.

Ich habe keinen Angriff gegen den Friedenspreisgewinner A. G. Fried-Wien gerichtet. Ich rügte dagegen, daß man in einer norwegischen Zeitung eine Beschuldigung gegen einen der Balkanstaaten aufgenommen habe.

Es liegt mir nicht ob, eine Verteidigung für das Nobelkomitee aufzunehmen. Ich erlaube mir aber darauf aufmerksam zu machen, daß das Verzeichnis der Friedenspreisgewinner zeigt, daß das Komitee — was selbstverständlich ist — hochverdiente Friedensfreunde preisgedrönt hat.

Ich kann Sie endlich beruhigen, daß die Bezeichnung „Nüßungsfanatiker“ für den Präsidenten des Nobelkomitees überall mit Bewunderung empfangen werden wird.

Es war voranzuziehen, daß sich die Herren vom Nobelkomitee nach der Antwort, die der von ihnen gewählte Sekretär auf seine dreifachen und gedächtnisreichen Angriffe auf die internationale Sozialdemokratie erhalten hat, ein wenig geniert fühlen würden.

Die Angriffe Moes auf den Friedenspreissträger A. G. Fried waren allerdings sehr vorsichtig gehalten, so „vorsichtig“, daß der norwegische „Sozialdemokrat“ von „einem Dolchstoß in den Rücken sprach“ und dazu schmeichelte Herr Moes.

Wenn er aber jetzt behauptet, daß der Friedenspreis auch an Sozialisten verliehen wurde, so ist das eine wahrhaft lächerliche Behauptung. Systematisch ist bis jetzt jeder für den Friedenspreis vorgeschlagene Sozialist übergangen worden.

lehren will, muß man ihm schon sagen, daß ein Mann, der zu schreiben magt: „Nichts lassen die Sozialisten erbitterter als den Kampf der Nationen für ihre Selbständigkeit und innere Sammlung“.

Kommerzienrat Schlenker. Wir zitierten bereits an dieser Stelle einige Autoren, die sich in einem buchhändlerischen Organ mit erschütternder Deutlichkeit gegen die barbarische „Verfilmung“ literarischer Erzeugnisse wandten.

Rachdem der hoffnungslos heruntergekommene Ibsenapostel ausgeführt hat, daß die Filmmode schließlich abzuwachen werde, fährt er also fort: „(der Film) wird, so lange er Mode ist, vielleicht der Literatur, wie leicht auch dem Buchhandel schaden, so lange die Sache aber mit „erheblichen Mehreinnahmen“ verbunden ist, sieht er keinen anderen Ausweg, als diese Mehreinnahmen einzustreichen.“

Wir sind keine Freunde des literarischen Postulums, aber man muß ihm eines lassen: er versteht die Leute zu engagieren, die im Besitz der unerlässlichen geschäftlichen Strupellosigkeit sind.

Es war nicht leicht voranzuziehen, daß der einseitige Apostel Ibsens sich zum Verehrer Plumenhals und der „erheblichen Mehreinnahmen“ entwickeln würde.

Aber der Scharfsinn des „Berliner Tageblatts“ hat die merkantile Bestimmung seines Kritikers richtig vorausgesehen.

Naturschutz für einen deutschen Urwald. Die Bestrebungen für den Naturschutz haben in Deutschland einen neuen schönen Erfolg zu verzeichnen. Die Prof. Gonomy in den Beiträgen zur Naturdenkmalpflege mitteilt, hat Fürst Wilhelm von Hohenzollern in seinen Besichtigungen innerhalb des Sömmerswalbes ein Naturschutzgebiet von erheblicher Größe geschaffen.

Lannen, und von Laubbäumen aus Buchen, Bergahornen, Ebereschen, Weiden und Birken. Viele Teile stellen einen echten Urwald dar, in dem wohl noch niemals Holz geschlagen worden ist.

Geldzählmaschinen. Großbanken, Warenhäuser, Straßenbahn-gesellschaften und ähnliche Institute sind täglich genötigt, größere Summen von Münzen abzuzählen und zu rollen.

Notizen.

— Vorträge. Der Berliner Tonkünstlerverein veranstaltet am Freitag in der Hochschule für Musik, Charlottenburg, Palanenstr. 1, Portal V, seinen ersten musikalisch-wissenschaftlichen Abend.

— Wandernde Kunstausstellungen beabsichtigt die Allgemeine Deutsche Kunstgenossenschaft in mittleren und kleinen Städten zu veranstalten.

— Das Denkmal für Prof. Leyden in der Berliner Charité wurde am Mittwoch enthüllt. Die ausdrucksvolle Geste des verdienten Arztes und Forschers erhebt sich auf einem Granitsockel. Eine Reliefbild zeigt Leyden am Krankenbett.

Der vierte Berliner Reichstagswahlkreis

Legte am Dienstag seine Generalversammlung vom 27. Mai fort. Es wurde in der Beratung und Beschlussfassung über die eingegangenen Kreisberichte fortgefahren. Als erster Redner sprach Schäfer, der für das Wochenabonnement des „Vorwärts“ zu 20 Pf. eintrat. Andere Zeitungen hätten dieses System ebenfalls und wären dabei gut gefahren. Es brauchten, wenn eine Reueintrichtung geschehe, nicht immer gleich hohe Ueberschüsse herauskommen.

Runge beantragt, erst den anwesenden Zeitungsfrauen das Wort zu erteilen. Der Antrag wird abgelehnt. Rintorf stimmt dem Antrag auf Einführung des Wochenabonnements zu.

Drehler: Die Fluktuation unter der Mitgliedschaft sei nicht nur aus den wirtschaftlichen Verhältnissen zu erklären. Zu denken gebe aber der Mitgliederrückgang. Er bitte, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, die eine Reorganisation vorbereite. Daß die Arbeiter am Anfang des Monats 1,10 M. für ihre Zeitung zahlen müßten, sei die Hauptursache, warum der „Vorwärts“ nicht mehr Abonnenten habe und die „Volkszeitung“, „Morgenpost“ usw. noch von so vielen Arbeitern gelesen werden. Besonders die Frauen wünschten auch eine ausführlichere Behandlung der sensationellen Vorkommnisse. (Stürmischer Widerspruch bei den weiblichen Delegierten.) So, Sie, die Anwesenden, habe ich nicht gemeint. (Seiterkeit.) Bei Neueinrichtungen sollten die maßgebenden Instanzen nicht immer nur an den Ueberschuss denken. Ein Abendblatt brauchten wir nicht, die Arbeiter hätten gar keine Zeit, um soviel zu lesen. (Großer Widerspruch und Lachen.)

Stadthagen: Die Frage der Einführung des Wochenabonnements muß im Zusammenhang mit anderen wichtigen und alle nahe angehenden Fragen, nämlich der Frage betrachtet werden, wie kommt es, daß die Zahl der Organisierten in einigen Wahlkreisen und die der zahlenden Abonnenten zurückgeht. Den Antrag begrüße er, weil er Zeugnis davon ablege, wie lebendig das Agitationsbedürfnis unter den Genossen ist. Die von den beiden Richtungen vorgebrachten Zahlen seien nicht ausschlaggebend. Früher habe er geglaubt, durch Einführung des Wochenabonnements werde auch nicht ein Abonnent mehr geschäftig werden. Die Ausführungen von zur Gewinnung von Abonnenten tätigen Genossen haben ihn zumindest schwankend gemacht. Er bitte aber lieber zu graben. Erforderlich sei es, etwa fünf oder zehn Jahre rückwärts das Auf und Ab der Zahl der Organisierten und der Abonnenten zunächst festzustellen. Erst dann ließen sich die Gründe für einen etwa vorhandenen Rückgang richtig erfassen. Dem einzelnen stehen diese Zahlen leider nicht zu Gebote; ihm sei es nicht gelungen, die Zahlen für die Abonnentenzahl über die Zeit vom 1. Oktober 1911 hinaus rückwärts zu erhalten. Aus den Zahlen, die für die Entwicklung des „Vorwärts“ seit zehn Jahren, soweit dies möglich war, zu erhalten seien, ergebe sich ein interessantes Bild, auf das Redner näher einginge. Dies Bild sei aber nicht vollständig; er schlage vor, eine Kommission von neun Mitgliedern in der Generalversammlung wählen zu lassen, die die Tatsachen zunächst feststellen möge, dann die Ursachen des Auf- und Abganges ergründen und Mittel zur Beseitigung eines Abganges sowohl der Mitgliedschaft wie des Abonnentenstandes vorschlagen möge. Mag sein, daß diese Kommission zu dem Vorschlag kommen würde, u. a. das Wochenabonnement einzuführen. Dieser Kommission möge man den zur Debatte gestellten Antrag überweisen, diese möge vorurteilslos und weitblickend den gesamten Komplex der Fragen prüfen, darüber eingehend berichten und dann möge man was erforderlich ist, beschließen. Hervorheben möchte er, daß der Vergleich mit den bürgerlichen Blättern etwas hinfällig sei. Die Mitteilungen über einen Rückgang der Abonnentenzahl seien auch nicht ganz zutreffend, wie die vom Redner vorgeführten Zahlen erwieisen. Man müßte berücksichtigen, daß während einer Wahlperiode die Abonnentenzahl steigt, weil bürgerliche Interessenten, die später wieder abbestellen, für diese Zeit den „Vorwärts“ hielten. Nach allen Richtungen hin müsse rücksichtslos den Ursachen nachgegangen und insbesondere die Frage untersucht werden, welche Veränderungen bei der Expedition, bei der Redaktion, beim Inhalt des Blattes eingetreten, bevor ein Rückgang sich bemerkbar gemacht hat. Oder ist in der Tat lediglich die wirtschaftliche Krise Ursache des Rückgangs? Noch wichtiger erscheine die Ergründung der Ursache des Mitgliederabganges. Bei allen diesen Fragen dürfe man nicht von noch so gut gemeinten kleinen mechanischen Mitteln eine dauernde Abhilfe erwarten. Indessen liege es ihm fern, bevor ein exaktes Tatsachenmaterial vorliege, ein Urteil definitiv zu fällen. Ganz entschieden müsse er bitten, sich nicht an Zahlenkünsteleien zu klammern, sie mögen von einer Seite herkommen, von welcher sie wollen.

Weber erhebt, den Antrag Stadthagen abzulehnen, weil derselbe nur eine Verschleppung der Angelegenheit darstelle. Beim Wochenabonnement könne das Kassieren in der Woche geschehen.

Müller: Er müßte sich gegen die zum Ausdruck gebrachte Auffassung wenden, als ob die Mitglieder der Prekominmission nicht Einblick hätten in die Verhältnisse der Arbeiter. Nach dem System der bürgerlichen Presse könnten wir nicht arbeiten, sonst gerieten wir sehr bald und sehr oft mit unseren Parteigenossen zusammen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn immer gegen die Ueberschüsse geredet werde, so sei das unrecht, denn die Ueberschüsse seien unumgänglich notwendig, da damit manderlei Parteieinrichtungen unterstützt und gefördert würden. So wie der Antrag auf Einführung des Wochenabonnements jetzt gefaßt sei, sei er nicht annehmbar. (Widerpruch.)

Schneider: Die bequemere Zahlungsweise sei es, die das Wochenabonnement bei den Arbeitern so beliebt mache, deshalb müsse der Antrag angenommen werden. An dem Verlangen des Transportarbeiterverbandes könne die Frage nicht scheitern. Mit jenem werde wohl auch noch zu reden sein. Der Antrag auf Einsetzung einer Kommission sei abzulehnen, die Prekominmission werde sich eine solche nicht auf die Nase setzen lassen.

Adamski: Nebenliche Einwände wie jetzt habe man den zuständigen Seite auch bei der Einführung des Montagblattes vorgebracht. Der Antrag sei geboren aus der Erkenntnis, daß es den Arbeitern schwer falle, am Anfang des Monats 1,10 M. zu zahlen. Der Antrag Stadthagen sei abzulehnen.

Ein Geschäftsordnungsantrag auf Schluß der Diskussion wird angenommen.

Der Antrag Stadthagen wird abgelehnt. Raunehr kommen die

Anträge zur Verbandsgeneralversammlung

zur Abstimmung.

Antrag 1, der besagt: Am den Leserkreis des „Vorwärts“ bedeutend zu vergrößern und dadurch mit der prinzipiellen Aufklärung tiefer in der Berliner Arbeiterschaft einzubringen, ist der „Vorwärts“ im obligatorischen 25 Pf.-Wochenabonnement zu liefern, wird angenommen. (Beifall 367, Teil 1.)

Antrag 2, der besagt: Die Generalversammlung wolle beschließen, daß Sammelstellen nur bei Wahlen zu gesetzgebenden Körperschaften (Reichstags-, Landtags- und Stadtverordnetenwahlen) oder sonstigen die Allgemeinheit berührenden Angelegenheiten (große Streiks usw.) von Seiten der Partei herausgegeben werden, wird angenommen (Beifall 305, Teil 1), nachdem Jänisch denselben begründet hat.

Diese Einrichtung stamme noch aus der Zeit, wo die Verhältnisse andere gewesen seien. Man könne nicht verlangen, daß Leute mit zusehenden, ohne das Recht zu haben, mitzureden. Solche Leute, die mit uns sympathisieren, solle man organisieren.

Den Antrag 3, der besagt: Der Zeitungsbeschwerdekommission sind zwecks Einziehung restierender Abonnementsgelder Legitimationskarten auszustellen, begründet Adamski, der ausführt, daß man in einer Stadt wie Berlin niemand zumuten könne, einer fremden Person 1,10 M. auszuhändigen, ohne daß der Empfänger eine Legitimation aufweisen könne.

Davidson ist der Ansicht, daß der Antrag unter die Anträge der Kreisgeneralversammlung gehöre. Er stelle anheim, den Antrag

dem Vorstand des Kreises zu unterbreiten, der das Weitere veranlassen könne.

Dem widerspricht Adamski, der die Meinung vertritt, daß der Antrag zur Verbandsgeneralversammlung gehöre.

Der Antrag wird angenommen.

Zum Antrag 4, der besagt: Die Verbandsgeneralversammlung wolle beschließen, dem Wunsche der V. P. S., ihre Bekanntmachungen unter den Berliner Parteigenossen zu veröffentlichen, ist stattzugeben (Beifall 185, Teil II), empfiehlt der Vorsitzende Hoffmann, von einer Besprechung bezw. Abstimmung abzusehen, und erst mal die Kreise darüber entscheiden zu lassen.

Glach bittet, den Vorschlag des Vorsitzenden abzulehnen, der nur eine Verschleppung bezwecke.

Die Mehrheit der Versammlung stimmt dafür, daß der Antrag 4 zurückgestellt wird.

Es folgen nun die

Anträge zur Kreisgeneralversammlung

Antrag 1, § 11 Absatz a der Ausführungsbestimmungen soll in Zukunft lauten: Auf je 50 Mitglieder entfällt ein Delegierter. (Beifall 171.) Den Antrag begründet Thiem, während Rintorf denselben abzulehnen ersucht und zwar aus demokratischen Gründen. Der Antrag wird abgelehnt.

Antrag 2. In jeder Kreisgeneralversammlung ist, sofern eine Ausschüsse beschäftigt wird, über die Tätigkeit der Ausschüsse und Kosten Bericht zu erstatten. (Beifall 185, Teil II.) Der Antrag wird von Müller (Maschinist) begründet. Wenn eine Ausschüsse nötig sei, sollte der Vorstand sich an die Generalversammlung wenden und seine Forderungen begründen, andererseits aber auch den Kostenpunkt angeben.

Vorsitzender Hoffmann: Der Vorstand werde einem solchen Wunsche ohne weiteres nachkommen. Antrag 2 wird angenommen.

Antrag 3. Die Wahl der Kassierer soll nicht gemeinsam stattfinden. Es soll einer im Juli und der andere im Januar gewählt werden. Paul begründet denselben, während Gerndt und Hoffmann die Ablehnung empfehlen. Der Antrag wird abgelehnt.

Ein weiterer Antrag, in dem die Veranlassung des örtlichen Viertels die Anstellung eines Sekretärs fordert, dem die organisatorische, agitatorische und die Bildungsarbeit obliegen soll, wird auf Vorschlag des Vorsitzenden zurückgestellt.

Ein Antrag, die Gründe und Gegenstände in Sachen des Wochenabonnements drucken und zur Verteilung gelangen zu lassen, wird angenommen.

Zuletzt kam noch ein Antrag in der Angelegenheit Vorchardt. Der Vorstand schlägt vor, beim Zentralvorstand ein Schiedsgericht zu beantragen. Der Vorschlag wird angenommen.

Ein Antrag, die Verteidigungsrede Vorchardts vollständig im Mitteilungsblatt zu veröffentlichen, wird angenommen.

Verbandstag der Hutarbeiter.

Die Diskussion über das Verbandsstatut wurde am Mittwoch fortgesetzt. Sie bewegte sich in denselben Bahnen wie am vorhergegangenen Tage. Ein Antrag der Filiale Berlin, den Sitz des Verbandes nach Berlin zu verlegen, wurde zurückgezogen mit der Begründung, daß die Berliner Kollegen die Verlegung nach wie vor für nützlich und zweckmäßig halten, aber die Diskussion habe gezeigt, daß der Antrag jetzt nicht angenommen werde.

Der Vorstandsvorsitzende Rehschke ging in seinem Schlusswort auf die Ergebnisse der Diskussion ein. Er sagte unter anderem: Mit Unrecht sei dem Verbandsvorstand der Vorwurf gemacht worden, daß er bei Bewilligung von Mitteln für die Agitation inderig sei. Alle Anträge, welche hinsichtlich der Agitation an den Vorstand gestellt wurden, seien auch bewilligt worden. Der Vorstand habe die Agitation stets nach besten Kräften gefördert. Es treffe auch nicht zu, daß der Vorstand durch Einführung seiner Lokalbeiträge und Ortsstatuten des Selbstbestimmungsrecht der Filialen einschränken wolle. Ueber die Lokaleinnahmen sollten ja die Filialen selbständig verfügen, allerdings im Rahmen der Aufgaben des Verbandes. Es sei, um nur auf eins hinzuweisen, nicht angebracht, daß Filialen Gelder zu politischen Wahlen bewilligen, weil dadurch der Polizei eine Handhabe gegeben werde, die Gewerkschaft als politischen Verein zu behandeln. Damit solle natürlich nichts gegen die politische Betätigung der Kollegen gesagt werden; nur dürfe das mit Rücksicht auf die Beschäftigung nicht innerhalb der Gewerkschaft geschehen. Es gebe ja auch andere Wege genug, um der Partei Mittel zuzuführen. Wenn die Lokalkassen über feste Einnahmen verfügen, so würden sie jederzeit in der Lage sein, damit die Aufgaben des Verbandes zu fördern und die Strohkraft des Verbandes zu stärken.

Hierauf wurden alle zum Statut vorliegenden Anträge einer Kommission überwiesen, die dem Plenum eine Vorlage unterbreiten soll. Am der Kommission eine Richtschnur für das Unterstützungs-wesen zu geben, erklärte sich die Generalversammlung mit großer Mehrheit im Prinzip für die Staffellung der Unterstützungsfrage.

Schüpe-Dresden erstattete den Bericht der Beschwerdekommision, der sich lediglich auf innere Verbandsangelegenheiten erstreckt.

Schüler-Guben berichtete über die Verhandlungen des internationalen Hutarbeiterkongresses, der 1912 in Mailand abgehalten wurde. Der Bericht ließ erkennen, daß die internationalen Beziehungen der Hutarbeiter gute sind und in den letzten Jahren Fortschritte gemacht haben. Die Mitgliederzahl des internationalen Hutarbeiterbundes ist von 22 856 auf 30 556 gestiegen.

Im Anschluß an den Bericht lennzeichnete Schauer-Wien, der die österreichischen Hutarbeiter vertritt, die tschechischen Sonderorganisationen als höchst schädlich für die allgemeine Gewerkschaftsbewegung.

Rehschke ergänzte den Bericht und bemerkte, daß der internationale Hutarbeiterbund auch die Herbeiführung einheitlicher Arbeitszeiten anstrebe.

Die Generalversammlung billigte die Beschlüsse des internationalen Kongresses und die fernere Beteiligung am internationalen Hutarbeiterbund.

Die Verhandlung wurde hierauf bis Donnerstag vertagt.

Gerichts-Zeitung.

Von der Gewalttherrschaft der Gruben direktoren.

Der Vorsitzende des Steigerverbandes, Georg Werner in Offen, hatte sich am Dienstag vor dem dortigen Schöffengericht wegen Verleumdung des Direktors Kleemann von Zeche „Deutscher Kaiser“ zu verantworten. In einem Artikel, überschrieben „Fabelhaftigkeit oder Verbrechen?“, der Ende November v. J. auch im „Vorwärts“ erschienen war, hatte Werner aufsehenerregende Tatsachen über die Zustände auf Schacht III der genannten Zeche mitgeteilt. Die wichtigste war die, daß der Bergrevierbeamte bei Entnahme von Wetterproben in einem Hölz, wo schon einmal 16 Bergleute infolge von Schlagwetterexplosion zu Tode gekommen, in unerhörter Weise getuschelt worden ist. Ein Steiger, der das Revier mit voller Verantwortung übernehmen sollte, und sich dessen unter den obwaltenden Verhältnissen geweigert hatte, war entlassen worden. Seine Anzeige beim Bergrevieramt hat, soweit bekannt geworden, keinerlei Erfolg gehabt.

Die Zecheverwaltung bedachte die Blätter, die den Artikel gebracht hatten, mit einer Verächtlichkeit, in der Werners Angaben in einer tiefen beleidigenden Form bestritten wurden. Werner hielt seine Behauptungen in einer Entgegnung aufrecht und fügte zur Charakteristik des Direktors Kleemann, der jener Schachtanlage vorsteht, noch zwei Beispiele an. Ein Steiger sei aus Furcht vor dem zu erwartenden Arsch wegen nicht genügender Förderung 36 Stunden unter der Erde geblieben und habe mit Hilfe eines Polizeihundes gesucht werden müssen. Wegen der Entlassung eines anderen, der nirgends habe unterkommen können, habe dessen Frau,

Mutter von sechs Kindern, sich das Leben genommen, indem sie sich mit Petroleum begossen und angezündet habe.

Wegen dieses Falles klagte Kleemann. Alle anderen Behauptungen Werners sollen nach seines Vertreters Angabe in einem Strafverfahren zur Erörterung kommen, das er beantragt habe. In der Beweisaufnahme bekundete der Witwer seiner Frau, daß Kleemann, während er wegen der Folgen eines erlittenen Unfalles in einer Kuranstalt gewesen war, seiner Frau erklärt habe, ihr Mann sei der schlechteste Beamte, er würde entlassen, und er würde dafür sorgen, daß er keine Stelle bekäme. Er sei dann auch entlassen worden und hätte nirgends ankommen können, wegen der von „Deutscher Kaiser“ eingegangenen Auskünfte. Seine Frau, die den Direktor aufgesucht habe, um ihn zu bestimmen, ihrem Manne nichts mehr in den Weg zu legen, sei abgewiesen worden, ebenso auch er selbst mit späteren schriftlichen Vorstellungen. Nach etwa zwei Jahren sei seine Frau nochmals hingegangen, doch mit gleichem negativem Erfolge. Das habe sie zur Verweissung gebracht, und so habe sie auf so schreckliche Weise ihr Leben beendet. In ihren Abschiedsbriefen und zu Nachbarn habe sie ausdrücklich gesagt, daß sie durch das Verhalten Kleemanns zu ihrem Entschluß getrieben worden sei.

Der Direktor bestritt vor Gericht entschieden, daß die Frau ein zweites Mal bei ihm gewesen sei. Er gab zu, daß er nach Erscheinen des Artikels heimlich einen Herrn zu dem Steiger geschickt habe, der diesem bedeutete, daß er wohl wieder eine Stellung bekommen könne. Als der Entlassene einige Wochen später an den Direktor geschrieben, hat dieser ihm eine Anstellung als Aufseher bei einem Bergbauunternehmer verschafft, der auch für die Zeche „Deutscher Kaiser“ arbeitete. Eine Woche darauf erfolgte dann die Klage gegen Werner wegen des einen Falles.

Das Gericht sprach Werner frei, weil er in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe, als er auf die Angriffe in der Berichtigung antwortete.

Außergewöhnlich milde Richter.

Der Kandidat der Jurisprudenz Waldemar Kälze, ein „hochbemostes Haupt“ im Alter von 35 Jahren, lehrte in der Nacht zum 17. Dezember v. J. im „angeheiterten“ Zustande auf dem Markt in Halle a. S. von einer Aneipe heim und verübte dort allerhand Pöbeleien. Ein armen Händlerin, die mit ihren beiden Töchtern auf dem Weihnachtsmarkt ihren Stand aufgebaut hatte, warf er wiederholt den Stand um. Dann rief er den beiden Töchtern die gemeine Redensart zu, „sie sollten ihn mal — lassen“. Als auf die Hilferufe der Belästigten ein Polizeibeamter einschritt und dieser den Rechtskandidaten ersuchte, sich zu entfernen, leistete er Widerstand und klammerte sich derartig fest an eine zweite Marktstube an, daß auch diese umfiel. Auf der Polizeiwache erklärte er: er sei adelig und verweigere eine weitere Angabe der Personalien. Er verlangte, den Oberbürgermeister zu sprechen und brüllte wie ein Wilder, so verhierte ein Polizeibeamter. Da bei dem Skandal, den er machte — er trat gegen die Türen usw. — Menschen vor der Wache zusammenströmten, drohte man ihm mit Fesselung und Einsperrung in eine besondere Zelle. Vom Schöffengericht — die Anklage lautete auf Verübung von Lärm, Erregung öffentlichen Argernisses und Widerstand — wurde er zur Zahlung einer Geldstrafe von 35 Mark verurteilt. In seiner Berufung vor der Strafkammer verlangte der Kandidat im vollen Brustton der Entrüstung seine Freisprechung. Sein Ruf nach dem Oberbürgermeister sei nicht etwa ein Akt der Trunkenheit, sondern ein Akt des getränkten Rechtsgefühls gewesen. Allerdings wurde die Berufung mit dem Hinweis, die Strafe sei sehr milde, verworfen.

Ehrverletzung gegenüber weiblichen Mitangestellten.

Fälle von Angriffen auf die Ehre weiblicher Angestellten kommen im Geschäftsleben immer noch häufig vor. Es ist erstaunlich, daß sich ein Teil der Gehilfen nicht daran gewöhnen kann, der weiblichen Mitangestellten die ihr schuldige kollegiale Achtung entgegenzubringen. Ein solcher Fall schwerer Verletzung der Ehre eines jungen Mädchens beschäftigte die 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts. Der dort Klage erhebende Verkäufer Anton Lehmann war von seinem Prinzipal, dem Farbenhändler G. sofort entlassen worden, weil er sich eine schwere Beleidigung einer angestellten Lageristin gegenüber zuzuschulden kommen ließ. Dieser „Kavalier“ hatte seiner Meinung über ihre sittliche Qualität mit den Worten Ausdruck gegeben, sie wäre für eine Tasse Kaffee und ein Stück Kuchen zu haben. U. erklärte zwar, die Bezeichnung wäre so nicht gefallen. Das junge Mädchen beschwor aber in der Verhandlung, daß Kläger sich wörtlich so ausgedrückt habe. Nachdem das junge Mädchen das Beschämende über sich ergehen lassen mußte, in öffentlicher Verhandlung die verletzenden Worte in der Eidesleistung noch einmal zu wiederholen, nahm der Kläger, um sich Kosten zu ersparen, die Klage zurück.

Ein untreuer Anwalt.

Die Kölner Strafkammer verurteilte gestern den Juristat Leuendeder wegen Unterschlagung resp. Veruntreuung von Münzelgeldern in Höhe von 250 000 M. zu zwei Jahren acht Monaten Gefängnis. Leuendeder hatte sich durch Spekulationen in perfide Schwierigkeiten gebracht, und sich infolgedessen an ihm amertrotten Geldern vergriffen, war dann nach London geflüchtet, von wo er an Deutschland ausgeliefert wurde.

Ein Heiratschwindler.

Ein Schwindler, der sich die Leichtgläubigkeit und die Heiratslust eines etwas älteren Mädchens zunutze gemacht hatte, wurde gestern in der Person des Versicherungsagenten Fritz Wolff der 6. Strafkammer des Landgerichts III vorgeführt, um sich wegen Betruges zu verantworten. — Der Angefallene hatte einem Hausmädchen U., nachdem er ihr die Ehe versprochen hatte, obwohl er selbst verheiratet ist, nach und nach die gesamten Ersparnisse in Höhe von 1280 M. abgenommen.

Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängnis. Das Gericht ging jedoch mit Rücksicht darauf, daß der Angefallene in einer recht schändlichen Weise gehandelt habe, über den Antrag des Staatsanwalts hinaus und erkannte auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. Die Strafe ist sicher nicht zu hoch. Bedauerlich ist, daß die Zahl derer, die auf Heiratschwindler hereinfallen, leider nicht abzunehmen scheint.

Eingegangene Druckschriften.

Nielsen und Dragen der Vorzeit. Von A. Sommeff. (Nein Bibliophel Nr. 27.) 75 Pf., geb. 1 M. J. H. B. Dieh Nachf., Stuttgart.

Laurenz Hallers Praterfahrt. Von Raoul Kuremdelmer. 2 M., Leinwand 3 M. — Die Gallerie. Roman von E. Weh. 3,50 M., geb. 4,50 M. S. Hölzer, Berlin.

Die Gründung und Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie. Eine Festschrift der Leipziger Arbeiter zum 23. Mal herausgegeben vom Bezirksvorstand der sozialdemokratischen Partei Leipzig. 76 Seiten. Leipziger Buchdruckerei, A. G. Leipzig.

Deutsche Sklaven im Dienste der Fremdenlegation in Afrika und Ostasien. Von Gg. Kemler. 80 Pf. C. Koch, Nürnberg.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Sonntag, den 14. Juni, abends 9 Uhr: Besuch der Axminster Sternwarte. Vortrag: Scotts Reise nach dem Südpol und ein Blick in das Weltall. Billets a 30 Pf. dabeihit am Eingang bei den Vorstandsmitgliedern.

Donnerstag, den 19. Juni: Befestigung des Hübischen Gutes Doberschulde. Abfahrt nachmittags 2⁰⁰ Slettinger Bahnhof, 2³⁰ Bahnhof Gesundbrunnen bis Zug.

Frauen-Leseabende.

Wariondorf. Freitag, den 13. Juni, abends 8 Uhr, bei Fernh. Schauffstr. 288: Zweiter Vortrag der Genossin Bohm-Schuch über: „Befreiung der Frau“.

Der Märchenbrunnen im Friedrichshain.

Endlich ist der Märchenbrunnen im Friedrichshain fertiggestellt. Im Sonntag soll er der Öffentlichkeit übergeben werden. Die Stadterordneten fragten so ziemlich alle Jahre ein oder zweimal ein Stadtbaurat Hoffmann in öffentlicher Sitzung, wann denn eigentlich der Märchenbrunnen fertig werde und sie waren dabei so bösartig zu sagen, ob der Bau des Brunnens ein wirkliches Märchen sei oder ob man seine Fertigstellung noch erleben werde. Nun ist das Werk fertiggestellt. Es ist anders gestaltet, als es anfänglich von den städtischen Behörden beabsichtigt war. Eine ganze Reihe Künstler haben zusammen wirken müssen, um das Kunstwerk zu vollenden. 40 einzelne bildhauerische Gruppen und andere Skulpturen sind im Friedrichshain zu einer unvergleichlich schönen Anlage, die in zwei Teile sich gliedert, vereinigt. Jedes einzelne Kunstwerk gibt die Eigenart der einzelnen Künstler wieder. Die lange Zeit der Ausführung ist begründet in der Größe und Vielseitigkeit der Anlage. Schon die Aufstellung der vielen Modelle erforderte Zeit und Mühe. Es ist auch kein Brunnen mit einem Märchen, sondern mehrere Brunnen mit 40 einzelnen Märchengruppen, Aschenbrödel, Rotkäppchen, das Mägdelein mit den sieben Raben und das Schwesterchen mit dem Reh, Hans im Glück, der Knabe mit dem gestiefelten Kater, Hänsel und Gretel von Ignaz Lischner, Meisterhand. Auf der Balustrade des Hauptgesimses erfreuen die von Jos. Rauch modellierten Tiergruppen: Bär, Löwe, Kuh, Esel und Hund zunächst das Auge. Sechs verschiedene Eingänge rufen ebenfalls verschiedene Eindrücke hervor. Vom Haupteingang am Königstor hat man einen Ueberblick über den von Heden eingefassten, gesonderten Gaijn mit den drei Brunnen, die drei flache Terrassen bilden, in denen über ein Duzend Quellen emporsprudeln zwischen Felsen und Kröten. Die Kalksteinfiguren, allen Kindern bekannt, heben sich von dem Hintergrund ohne aufdringlich zu wirken, recht in die Augen stechend ab. Dies trifft besonders für Frau Holle und den Menschenfresser zu. Von Georg Bräun-Dresden sieht eine reizende Gruppe mit Putten her. Die Gesamtkosten sind von der Kunstdeputation aus eigenen Fonds bestritten und dürften sich mit den Ausgaben für die gärtnerischen Anlagen auf rund 750 000 M. belaufen. Sie verteilen sich auf eine Reihe von Jahren und sind gut angewandt. Der Kordosten von Berlin ist um ein Werk, das zu den schönsten der Reichshauptstadt zählt, reicher.

Partei-Angelegenheiten.

Rowaves. Die weiblichen Mitglieder des Wahlvereins unternehmen am nächsten Sonntag, den 15. Juni, einen gemeinsamen Spaziergang nach dem am Dreiwüper Bahnhofs gelegenen Parteilokal „Zur freien Aussicht“. Treffpunkt nachmittags 2 1/2 Uhr im Lokal von Stiemle, Wallstraße; der Abmarsch erfolgt von dort pünktlich um 3 Uhr. Genossen, die mit ihren Familien daran teilzunehmen wünschen, sind freundlichst eingeladen.

Berliner Nachrichten.

In der städtischen Kinderlesehalle.

Vor einigen Wochen ist im äußersten Berliner Osten, auf dem Gemeindefschulgrundstück, Ehrenbergstr. 24, über der Turnhalle und neben der dortigen Volksbibliothek die erste städtische Kinderlesehalle eröffnet worden. Neu ist die endliche Verwirklichung dieses Bildungsinstituts seitens der Stadt nur für Berlin. In anderen deutschen Städten kennt man längst Kinderlesehallen, und namentlich in England sind sie zu hoher Blüte gelangt. Die Berliner Stadtverwaltung muß auf das Beste, das für unsere noch den verschiedensten Richtungen hin noleidende Volksschuljugend gerade gut genug ist, immer erst jahrelang hingestochen werden, nicht zuletzt von unseren Genossen im Stadtparlament, ehe kleinliche und ängstliche Bedenken beseitigt sind. Eine private Vereinigung ging vor mehreren Jahren mit der Einrichtung von primitiven Berliner Kinderlesehallen am Arminiusplatz und in der Schönhauser Allee voran. Das rüttelte auch die Stadtverwaltung auf. Es fragt sich nur, wieviel Zeit verstreichen wird, bis dieser ersten städtischen Kinderlesehalle die weiseren folgen werden. Denn daß wir in der Millionenstadt mit mehr als 250 000 Volksschulkindern noch mehr als ein Duzend solcher Kinderlesehallen gebrauchen können, ist selbstverständlich. Was in der Ehrenbergstraße geschaffen wurde, ist nur der bekannte Tropfen auf den heißen Stein.

Die innere Einrichtung der Kinderlesehalle darf man als angemessen bezeichnen. Der einzige, sehr helle Lesesaal gewährt Sitzraum für 70 Kinder, was nach den bisherigen Erfahrungen in einem begrenzten Stadtteil genügt. Die Kleinen sitzen äußerst bequem auf Stühlen an blicksamen Tischen von verschiedener Höhe. An den Wänden hängen hübsche beleuchtete Bilder, auf den Fensterrasteren sproßt und blüht es. Ueber dem Ratheder für die Bibliothekarin ist eine Uhr angebracht. Die Gasbeleuchtung soll später durch elektrisches Licht ersetzt werden. Alles ist schon jetzt traulich und gemüthlich, ohne den gewohnten kalten Klaffen. Die Kinder wollen und sollen ja auch nicht das Empfinden haben, daß sie, wie in der Schulküche unter Zwang stehen. Vor dem Eintritt in den Lesesaal muß jedes Kind die treulich behütete Garderobe ablegen und sich die Hände waschen, was sehr nötig ist, da viele unmittelbar vom Spielen im Freien kommen. Die Lesehalle ist jeden Wochentag von 4—7 Uhr geöffnet, selbstredend unentgeltlich. Als wir am Montag gegen 5 Uhr Umfchau hielten, war jedes Mädchen besetzt. Kleidung und Betragen der Kinder war tadellos. Die meisten hielten nur eine Stunde aus, wenigstens im Sommer. Es kommt aber immer früherer Zugang, selbst noch in der letzten Stunde. Dann stellen sich namentlich ältere Knaben und Mädchen ein, die wohl vorher zu Erwerbszwecken irgendwo beschäftigt waren und schnell noch ihren Wissensdurst befriedigen wollen. Gerade daran sieht man so recht, wie stark das Bedürfnis nach derartigen volkstümlichen Einrichtungen ist. Die Kleinen Besucher kommen ja auch fast ausschließlich aus unbemittelten Familien, die kein Geld für Bücher übrig haben und zufrieden sind, für die hungrigen Mäulchen Brot kaufen zu können.

Die Auswahl der vorläufig etwa 700 durchweg neuen, gut gebundenen Bücher mag nicht ganz leicht gewesen sein. Der Katalog zeigt, daß im großen und ganzen gute und passende Literatur zur Bedrängung von Schund gefunden

worden ist. Man hat das Verzeichnis nach Altersstufen eingeteilt, doch wird das in der Praxis nicht so genau genommen, da ja die Bibliothekarin bald mit der individuellen Leistungsfähigkeit der Kinder vertraut wird. Ein Zwang bei der Auswahl durch die Kinder besteht in keiner Weise, nur wird liebend nachgeholfen. Patriotische Bücher fehlen natürlich nicht, sind sogar reichlich vorhanden, das ist bei der Eigenart unseres Kommunalvermögens kein Wunder. Die Werbeschriften für Pfadfinderei und Jungadventskalendebund könnten besser fortbleiben, auch der Hereroselbstzug mit seinen Grausamkeiten erscheint hier wenig am rechten Platz. Mehr als zwei Bücher sollen an einem Abend nicht verlangt werden. Wer mit einem Buche am selben Tage nicht fertig wird, kann es sich für einen der nächsten Nachmittage zurückstellen lassen. Viele Kinder üben sich, was sehr anregend ist, im Nachzeichnen der Bilder. Wir sahen vielversprechende Proben.

Für den Anfang kann man zufrieden sein. Das Geschichtsbuch ist dem Kinde eine neue, unbekannte Welt, soll ihm die Schönheiten des Lebens erschließen. Mag auch die raue Wirklichkeit sich später ganz anders gestalten — es bleibt immer etwas hängen zu bleibendem inneren Werte. So mögen denn die bedürftigeren Eltern des Berliner Ostens darauf hinarbeiten, daß ihre Kinder von der neuen Einrichtung reichlich Gebrauch machen.

Profimpatriotismus.

Nicht alle Tage ist es den Prozenthinzunehmern so reichlich vergönnt, unter der Maske des begeisterten Viebermeiers Geschäftchen zu machen. Natürlich laufen die Großen den Kleineren den Rang ab. Einige Warenhäuser, zu deren Aktionären neben zahlreichen „Fremdkörpern“ auch diverse fürstliche und gräfliche Profithaber gehören, haben förmliche Penionen- und Viertelgenterar-Ausstellungen arrangiert, meist in Parterreräumen, damit die naiven Provinzler angezogen werden und — laufen. Ja, was denn in Sankt Agis Namen?

Wer die Wahl hat, hat auch die Dual. Soll er für 30 Pf. einen Fingerring (oder Rosenring?) aus ordinärem Metall mit der Devise „Gold gab ich für Eisen“ nehmen? Mit ein bißchen „Grüße“ im Kopf wird ihm doch zu Bewußtsein kommen, daß die schlauen Händler mit diesem Sage recht eigentlich jeden Käufer ob seiner pyramidalen Dämlichkeit verhöhnen.

Soll er Broschen, Armbänder, Hosenschnallen, Zigarettenbehälter, Vombomben usw. mit dem Prägednis S. M. — alles für'n Sechser bis zur Dreiviertelmark aus reinem Silber erwählen? Zu Hause angekommen, wird er das Zeug schwarz angelassen aus dem Hofenack ziehen. Warum schwarz? Weil es nicht mal an Silber gelegen hat! Wie nun, wenn ihn — aus reinem Patriotismus natürlich — die Lust antreibt, den Silberglanz blank zu scheuern? Die schönste Anlage könnt' er sich holen — weil sich kein Untertan an seinem Landesvater reiben darf.

Wenn nicht — nicht, sagt er und greift nach anderem Kram, als da sind: Kinderschürzen mit der Jahrhundertzahl 1813—1918 auf jedem Ärmelstück, Schlabblerläschen und Bidelbänder für Säuglinge, Käschenker, Hemden, Trinkbecher, Wäschen, Spud- und andere Käpfe, Wand- und Jourgeteller — mit den Photographien des angekommenen Herrscherhauses im Gewebe, oder eingebrennt auf dem Grunde. Aber wie wird ihm da plötzlich schwarz-weiß-rot, meist grün oder blau vor den Augen! Darf er denn so ein Dingrings zum — Schmeuzen oder Hineinmachen verwenden, ohne einer Beleidigung schuldig zu werden? Bewahr' ihn der Himmel! Denn für einen musterhaften Patrioten geziemt es sich nicht, auf Himmelsinstrumente zu — husten. Das dürfen ungerochen bloß die preußischen Junker tun!

Wenn aber die Sachen so stehen, dann ist wohl am räthlichsten, ein Gruppenbild der Jubiläumfamilie in „echtem Goldrahmen“ für eine Reichsmark minus zehn Kupferpfennigen zu kaufen? Wäre nur nicht der verfluchte „Dolus-optionalis“-Paragraf! Es könnte doch ein artiges Patriotengemälde dabei seine Gedanken haben, zum Beispiel den: wie lustig es wäre, wenn sich alle Potentaten für ein paar Nidel aufkaufen ließen, daß man sie auf einmal in einer Schürze forttrüge, wie solches jene Riesenjungfrau mit den leib-eigenen Bauern machte, wovon die Sage berichtet. Wer sollte aber auf solche Gedanken kommen.

Wenn schließlich noch jemand auf den lukrativen Einfall käme, Jentenan- und Viertelgenterar-Klosetrollen zu fabrizieren mit Weisheitsprüflein aus dem Munde gefalteter Häupter, wie das bereits unsern größten Dichter-Denkern widerfahren ist, dann gut Nacht Schnepf!

Der Verkauf des russischen Fleisches wird mit dem 18. d. Mts. auch in Charlottenburg eingestellt werden, nachdem die Berliner Deputation zur Beratung von Maßnahmen gegen die Lebensmittelsteuerung nach einer Beratung mit den Vertretern der noch am Berliner Fleischbezugs beteiligten Vorortgemeinden dessen Aufgabe beschlossen hat.

Laubkolonien und Sonntagruhe.

Die Bestrebungen der kirchlichen Orthodogie lassen nicht mal den Laubkolonisten ihre Ruhe. Die Kirche pocht auf ihr Recht der äußeren Sonntagsbekleidung und hat die Polizeibehörden scharf gemacht, daß sie auch in den Laubkolonien auf Wahrung der Bestimmungen über die Sonntagruhe halten. Wiederholt sind Laubkolonisten bestraft worden, weil sie ohne behördliche Erlaubnis während der Hauptkirchstunden auf ihren Nachgrundstücken Erd- und andere Arbeiten vornahmen, die „von außen sichtbar“ waren. Nach erhobenen Widerspruch sind die polizeilichen Strafverfügungen höchstinsanzlich bestätigt worden. Damit sind die Laubkolonisten, wenn sie nicht Bestrafung riskieren wollen, in ihrer landwirtschaftlichen und sonstigen Tätigkeit während der Kirchzeit auf Laubengelände so ziemlich lahmgelegt, denn es ist klar, daß die behördliche Erlaubnis nicht erst in jedem Fall eingeholt werden kann und wohl auch nur höchst selten erteilt wird.

Derartige Gerichtsurteile sind schwer verständlich. Die Berliner Laubkolonisten liegen von bebauten, bewohnten Grundstücken und von Kirchen fast durchweg so weit entfernt, daß eine Störung anderer Sonntagsgelände nicht zu befürchten ist. Noch weniger ist zu verstehen, wie der Sonntag dadurch entheiligt werden soll, daß jemand auf seinem eigenen oder gepachteten Grundstück das Land umgräbt oder an der Laube ein paar Kägel einschlägt. Eine solche Betätigung kann doch nicht mehr Lärm verursachen, als wenn an der Laubkolonie ein Eisenbahnzug vorbeifährt. Mit ungleich mehr Berechtigung könnte man die stets sehr geräuschvollen höfischen und militärischen Festivitäten, die in die Kirchzeit fallen, verbieten. Oder wird da auch erst die behördliche Erlaubnis eingeholt? Mit solchen Nadelstichen wird die Kirche keinen Zoll breit Boden gewinnen, am wenigsten unter den Laubkolonisten, die in der freien Natur mehr Erbauung finden, als inmitten muffiger Kirchenmauern.

Beseitigung des weiblichen Arztes in der Geschlechtskrankenklinik des städtischen Obdachs? Diese Frage führte zu lebhaften, teilweise stürmischen Debatten in der letzten Kuratoriumssitzung. Bekanntlich ist es erst vor gar nicht langer Zeit endlich gelungen, eine dort so dringend notwendige Kertzin anzustellen. Diese hat nun, wie der dringende Arzt mitteilte, „ganz unerwartet“ plötzlich gekündigt und tritt am 1. Juli aus. Da nur noch ein Kollege plötzlich erkrankt ist, sollte die Stelle der Kertzin sofort mit einem männlichen Arzt besetzt werden. Unsere Vertreter verlangten Ausschreibung der Stelle und wenn geeignete Bewerberinnen sich fänden, Wiederbesetzung derselben durch einen weiblichen Arzt und eventuell bis zur Erledigung Annahme eines Vertreters für den erkrankten Arzt. Durch die mehr denn eigentümliche Situation ergaben sich ziemlich heftige Debatten, die schließlich damit endeten, daß einstimmig beschlossen wurde, die Stelle mit ganz kurzer Weidewrist (innerhalb 10 Tagen vom nächsten Sonntag ab) auszuschreiben und erst in der nächsten Sitzung, welche am 30. Juni stattfinden soll, nach den eingegangenen Meldungen zu entscheiden, ob wieder eine Kertzin angestellt werden soll.

Kaiserhuldigung in der Kirche.

Die königlichen Konfessionen erlassen anlässlich des Regierungsjubiläums des Kaisers jetzt auf Veranlassung des evangelischen Oberkirchenrates eine Verfügung, in der es u. a. heißt: „Es entspricht dem Sinne unseres Kaisers am meisten, wenn am Sonntag, den 15. Juni, sein Volk sich mit ihm vor Gottes Angeht in den Gotteshäusern versammelt. Es wird deshalb hiermit angeordnet, daß dem Hauptgottesdienst am 15. Juni ein möglichst festliches Gepräge gegeben, in den Predigten der Segnungen der 25-jährigen Regierungszeit unseres Kaisers in gebührender Weise gedacht und diese in das Licht des göttlichen Wortes gestellt, auch in dem Kirchengebet Dank und Fürbitte in entsprechender Weise zum Ausdruck gebracht werde.“ Der evangelische Oberkirchenrat hat allen Geistlichen eine entsprechende Einlage in das allgemeine Kirchengebet zugehen lassen.

Wo alles huldigt, darf doch auch die Kirche nicht fehlen!

Wenn Lehrer prügeln.

fürden sie nur zu leicht den Frieden zwischen Schule und Haus. Wir haben das oft gesagt, weil uns sehr daran liegt, daß zwischen Schule und Haus freundliche Beziehungen erhalten bleiben. Immer wieder haben wir Fälle geschildert, die wir als warnende Beispiele zur Beachtung empfahlen.

Einen neuen Fall erfahren wir aus Anlaß einer Prügelexekution, die in der 288. Knaben-Gemeindefchule (Senefelder Straße) sich abgespielt hat. Rektor Giller, der diese Schule leitet, sieht streng darauf, daß in den großen Pausen möglichst sämtliche Schüler sich auf den Hof begeben. Daß nicht einzelne Kinder in ihren Klassen bleiben, ist an sich aus gesundheitlichen und manchen anderen Gründen durchaus zu wünschen, es entspricht das auch nur den Bestimmungen, die von der Schulbehörde gegeben sind. In der vorigen Woche hielt nun Rektor Giller es für nötig, mehrere Jungen mit dem Rohrstock abzustrafen, anscheinend deshalb, weil sie gegen jene Vorschrift verstoßen haben sollten. Die Eltern des einen der geprügelten Schüler sind auf Grund seiner Angaben der Meinung, daß er zu Unrecht bestraft worden sei. Der Junge erzählt, in der als Zeichenjahr dixerenden Klasse habe er nach Schluß der Zeichenstunden zunächst den Schrank in Ordnung bringen müssen, wozu er vom Lehrer ein für allemal beauftragt sei, und er habe dann seine Wappe nach während der Pause nach dem Klassenzimmer getragen, in dem die Klasse in der nächsten Stunde ihren gewöhnlichen Unterricht hatte. Dem Rektor hat er zu seiner Entschuldigung angegeben, warum er noch im Zeichenjahr geblieben war, der aber habe befohlen: „Vide dich!“ und habe dann zugehauen. Als die Mutter zufällig auf dem Körper des Jungen die Spuren der Stockhiebe entdeckte, ging sie nach der Schule, um sich bei Herrn Giller zu beschweren. Er antwortete ihr, den Schrank zu ordnen, könne so lange nicht gebauert haben. Dem Jungen habe er hierüber nichts gesagt, und auch die Mutter ließ er nicht wissen, wie er das festgestellt habe.

Der Herr Rektor wird über die Schulfrage anders denken als der Schüler und seine Eltern. Es ist sogar möglich, daß seine Meinung über den Sachverhalt die richtige ist, aber von der ihm selber als zweifelstfrei geltenden Notwendigkeit jener Prügelexekution hat er die Eltern nicht überzeugt. Er hat durch die Geschwindigkeit, mit der er gegen den Jungen aus solchem Anlaß zum Stock griff, sowie durch die Art, in der er die sich beschwerende Mutter abfertigte, sie und den Vater des Jungen arg verstimmt. Der Junge gehört zu den besten Schülern der Klasse, auch bestanden bisher zwischen den Eltern und der Schule durchaus freundliche Beziehungen. Die Eltern sind jetzt erregt über diesen Akt der Schuljustiz, der ihnen überreizt scheint. Mit der unzulänglichen Erklärung, durch die Herr Rektor Giller sein Verhalten zu rechtfertigen versucht hat, wollen sie sich nicht zufrieden geben.

Wir veröffentlichen das Vorkommnis zur Beachtung nicht für Eltern, sondern für Lehrer. Der Wunsch, die Lehrer auf die erzieherischen und gesundheitslichen Gefahren des Prügeln und auch auf die den Frieden zwischen Schule und Haus gefährdende Nebenwirkung immer wieder aufmerksam zu machen, leitet uns bei allen derartigen Veröffentlichungen. Wäge, wer sich getroffen fühlt, über „Gege gegen die Schule“ schreiben — uns soll das nicht kümmern. Wir glauben, daß wir hiermit der Schule den besten Dienst erweisen.

Gemeinsam in den Tod.

Gemeinsam in den Tod gegangen sind am Dienstagabend der 64 Jahre alte Zigarettenhändler Robert Runge und seine 46 Jahre alte Ehefrau Ernestine, geb. Quitsch, die in der Kirchhofstr. 6 wohnten. Runge war schon seit längerer Zeit zuckerkrank, außerdem hatte er an der linken Wange eine Entzündung, die vor 14 Tagen in einer Privatklinik operiert worden war. Auch dieses Leiden wollte nicht heilen. Am Dienstag sollte sich der Kranke einem neuen ärztlichen Eingriff unterziehen, sein Zustand erschien aber so hoffnungslos, daß die Eheleute beschlossen, gemeinsam in den Tod zu gehen, weil die Frau nicht allein zurückbleiben wollte. Nachdem sie einen Brief geschrieben hatten, in dem sie den Wunsch aussprechen, daß ihre Leichen verbrannt werden, schloßen die Leute zunächst den Gashahn aufgedreht zu haben, denn in dem Briefe sprechen sie davon, daß sie sich mit Leuchtgas vergiften wollen. Diese Todesart scheint ihnen aber zu langsam gewesen zu sein, sie nahmen dann Gift. Nachmittags 5 Uhr sah der Verwalter, der mit dem Ehepaar verkehrt hatte, und dessen Frau am Tage vorher noch bei ihnen in der Wohnung gewesen war, zu seinem Erschrecken, daß die Zeitung noch vor der Tür lag, der Frühstückstisch noch an der Kante hing und der Drieskasten nicht geleert war. Er benachrichtigte die Polizei und diese ließ die Wohnung mit Gewalt öffnen. Die

Chelute sahen tot in der Nische, beide im Sonntagstaat. Auf dem Tische stand ein Gefäß mit Wein, in den sie Arsenik geschüttet hatten. In der Wohnung roch es ziemlich stark nach Gas, der Gahn war aber wieder zugekehrt. Die Leichen wurden beschlagnahmt und nach dem Schauplatz gebracht.

Sturmberührungen. Der Sturm, der seit vorgestern herrscht, hat arge Verwüstungen angerichtet, besonders in Gärten und im Grünwald. Eine Menge Bäume sind entwurzelt, das Obst liegt in vielen Gärten unter den Ästen und starke Zweige sind abgebrochen. Die Berliner Feuerwehr mußte in der Kriftstraße vor dem Hause Nr. 12 eine 20 Meter hohe Pappel fällen, die ein Spielball des Kindes geworden war und auf dem Bürgersteig zu stürzen drohte. In Richtenberg hat der Sturm am „Schwarzen Adler“ nahe der Ringbahn einen Baum entwurzelt. In Mariendorf ist der Schaden an den Gartenfrüchten, Obstbäumen besonders groß. In der Charlottenburger Brände drohte der Sturm die Ausschmückung zu vernichten. Auf dem Schöneberger Kirchhof an der Hauptstraße wurde ein alter Baum seiner stärksten Äste beraubt. Auch aus Steglitz und Lichterfelde wurden Schäden aller Art gemeldet.

Selbstmord eines jungen Millionärs.

Der 23 Jahre alte Student der Philosophie John Joseph aus Schwerin, der seit zwei Jahren studienhalber in Berlin weilte und in der Grolmanstr. 29 in Charlottenburg wohnte, hat im Weifen seiner Braut Selbstmord verübt. Joseph ist der Sohn eines mehrfachen Millionärs und selbst schon Besitzer eines erheblichen Vermögens in Betrage von einer Million Mark. Vor längerer Zeit lernte er die Tochter eines Kaufmanns aus Waldmannslust kennen und diese Bekanntschaft führte vor einiger Zeit zur Verlobung. Nach beendeten Studium wollte das junge Paar die Ehe eingehen. Seit einiger Zeit fiel den Bekannten des Studenten das exzentrische Wesen des jungen Mannes auf. Heute vormittag besuchte ihn seine Braut, um ihn zu einem Spaziergange abzuholen. Joseph machte der jungen Dame dabei völlig unbegründete, von Eifersucht diktierte Vorwürfe. Dann zog er einen Revolver und sagte seiner Braut, daß er sich erschießen werde. Er erklärte ihr erst die Konstruktion der Waffe, legte sie dann an seinen Kopf, drückte ab und sank tot zu Boden. Das entsetzte junge Mädchen, das bisher den ganzen Vorgang mehr oder weniger für Scherz gehalten hatte, floh zu seinen Eltern. Die Leiche des jugendlichen Selbstmörders wurde nach dem Schauplatz gebracht.

Zur Aufklärung des Drahtfeuerschlages im Grünwald hat zur Ermittlung der Täter der Regierungspräsident von Potsdam eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt. Dazu kommen noch 1000 M., die der kaiserliche Automobilklub aussetzt. Der Kraftwagenführer Pravitj hat sich in Beelitzhof etwa 10 Minuten aufgehalten, um ein Glas Bier zu trinken. Während dieser Zeit, von 10.20 bis 10.30 Uhr, sah er ein Privatautomobil, in dem außer dem Chauffeur noch mehrere Personen saßen. Dieser, ein dunkler Wagen mit zurückgeschlagenem Regenverdeck, nahm entweder die Richtung nach dem großen Stern oder die Habel entlang nach Spandau zu. Es wäre dringend zu wünschen, wenn seine Insassen sich entweder beim Staatsanwaltschaftsamt Dr. Herbst bei der Staatsanwaltschaft III, Zimmer 467, des Moabiter Kriminalgerichtsgebäudes oder beim Kriminalkommissar Peters vom Berliner Polizeipräsidenten schleunigst melden, um ihre etwaigen Wahrnehmungen mitzuteilen. Auch der Herr und die Dame, die zu derselben Zeit in der Nähe der Aufschlagstelle standen, und Pravitj in seinem Wagen sahen, werden ersucht, sich zu melden.

Falsche Zwanzigmarkheine.

Eine Belohnung von 3000 M. schreibt das Reichsbankdirektorium für die Ermittlung von Fälschern von Reichsbanknoten aus. „Seit kurzem“, so lautet die Ausschreibung, „sind Fälschungen von Reichsbanknoten von 20 M. vorgekommen. Diese tragen das Datum vom 21. April 1910, die Nummer E. 3 192 236 und den Kontrollbuchstaben L. Sie machen im ganzen einen etwas verschwommenen Eindruck. Das Datum, das Wort Reichsbankdirektorium und die Unterschriften unter diesem sind bieder ausgefallen, als sie bei den echten Noten sind. Die Strafandrohung ist auf beiden Seiten der Fälschung schlecht aufgedruckt, zum Teil unlesbar. Die Ziffern der auf der Fälschung befindlichen Nummern sind größer als auf den echten Noten. Da diese geringelt sind, die Fälschungen aber nicht, fühlen sich die ersten, namentlich wenn sie neu sind, hart und rau, die Fälschungen dagegen weich an.“

Vorort-Nachrichten.

Röpenitz.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Einleitend teilte der Vorsitzende mit, daß Herr Stadtrat Gimborn sein Amt als unbesoldetes Magistratsmitglied niedergelegt habe. Die Ersatzwahl soll am 27. Juni stattfinden. Gleichzeitig sollen an diesem Tage die Neuwahlen von zwei unbesoldeten Stadträten, um welche das Magistratskollegium vom 1. Januar 1914 ab verstärkt wird, sowie auch die Wahlen für die im Schluff dieses Jahres auscheidenden Stadträte Weide und Theunert vorgenommen werden. Die Genehmigung zur Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 420 000 M. zum Ausbau der Gasanstalt einschließlich eines weiteren Gasbehälters und der Beschaffung von Gasautomaten wurde, nachdem das Gutachten des mit der Nachprüfung der Vorlage beauftragten Direktors der Spandauer Gasanstalt, König, der Versammlung zur Kenntnis gebracht worden war, ohne Debatte angenommen. Beschlossen wurde ferner, dem § 1 des Ortsstatuts über den Besuch der gewerblichen Fortbildungsschule folgende Fassung zu geben: Alle männlichen Arbeiter (Lehrlinge, Fabrikarbeiter usw.), die in einem gewerblichen Betriebe im Reichsbilde der Stadt Röpenitz beschäftigt werden und solche, die im Reichsbilde der Stadt Röpenitz wohnen, sind verpflichtet, die von der Stadtgemeinde eingerichtete gewerbliche Fortbildungsschule zu besuchen und an deren Unterricht teilzunehmen und zwar auch für die Zeit ihrer Arbeitslosigkeit. Diese Verpflichtung dauert bis zum Schluff des Schuljahres, in welchem die Schüler das 17. Lebensjahr vollendet haben. Für diejenigen Schüler, die bis dahin das Ziel nicht erreicht haben, dauert die Verpflichtung bis zum 18. Lebensjahr. Ob diese Voraussetzung zutrifft, entscheidet im einzelnen Falle das Kuratorium für die städtischen gewerblichen Fortbildungsschulen. Zur Erweiterung des städtischen Wasserwerks wurden 19 000 M., und zwar für die Schaffung von vier neuen Tiefbrunnen, verlangt. Nachdem der Vorsitzende noch mitgeteilt, daß die Vorlage unter Hinzuziehung von Fachleuten von der Kommission aufs sorgfältigste vorbereitet sei, stimmte die Versammlung dem Antrage zu mit dem Ersuchen, den der Kommission gehaltenen Informationsvortrag sowie das vorgelegte Material in nächster Zeit der ganzen Versammlung zugänglich zu machen. Die Ferien wurden auf die Monate Juli und August festgelegt.

Kirchenräuber haben in der vergangenen Nacht wieder die lutherische Kirche heimgesucht. Wie schon früher einmal, so kamen sie auch jetzt wieder zu Wasser an die an der weiten Ausbuchtung der Spree und Dahme gelegenen Kirche mit einem Kahn heran. Einen Strich, den sie zurückließen, haben sie wahrscheinlich zur Befestigung des Kahnes benutzt. Mit einem Nachschlüssel versuchten die Eindringlinge zuerst eine Tür zu öffnen. Das gelang ihnen aber nicht. Jetzt drückten sie die Scheibe eines Fensters an der Sakristei ein. Als sich aber diese Öffnung als zu eng erwies, machten sie sich mit einem Dietrich an eine andere Tür heran, die dann ihren Versuchen auch nachgab. In der Kirche richteten sie an den Geräten arge Verwüstungen an. Leuchter und andere Sachen schnitten sie an oder zerbrachen sie, um das Material zu prüfen. In der Sakristei erbrachen sie mit einem Stemmeisen einen Schrank und warfen dessen

Inhalt heraus. Mitgenommen haben die Eindringlinge nur einen silbernen, innen vergoldeten Kelch der 15-18 Zentimeter hoch ist und 10 Zentimeter im Durchmesser hält. Alle anderen Geräte liegen sie liegen, weil sie nicht massiv sind. Sie fuhren mit dem Kahn wieder davon.

Die hiesige Gewerkschaftsbibliothek wird ab 1. Juli d. J. wegen Renovierung bis auf weiteres geschlossen. Wir bitten alle Leser, welche noch im Besitz von entnommenen Büchern sind, dieselben bis spätestens den 30. d. M. an die zuständige Stelle (E. Wähler, Kiezerstraße 6) zurückzuliefern, damit die notwendig werdenden Arbeiten keine Verzögerung erleiden.

Die Wiedereröffnung wird an dieser Stelle bekannt gegeben. Die Bibliothekskommission.

Charlottenburg.

Die Oberbürgermeisterwahl. Von den Stadtverordneten wurde gestern die Wahl des neuen Oberbürgermeisters vorgenommen. Es wurden 67 Stimmzettel abgegeben; davon erhielt Oberbürgermeister Dr. Scholz 40 Stimmen, für den Bürgermeister Dr. Mayer-Charlottenburg wurden 21 Stimmen abgegeben und 6 Stimmzettel waren unbeschrieben. Oberbürgermeister Dr. Scholz ist somit zum Oberbürgermeister von Charlottenburg gewählt.

Das Ledigenheim in Charlottenburg war im Geschäftsjahre 1912 dauernd besetzt. Es wohnen in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 578 Mieter im Heim, davon 11 bereits seit dessen Eröffnung, 234 aber ein Jahr und 223 zwei bis fünf Monate; die Mieter setzen sich vorwiegend aus gelernten Arbeitern und Handwerkern, ungelernen Arbeitern und Handlungsgehilfen zusammen.

Elternverein für freie Erziehung. Sonntag, den 15. d. Mts., vormittags 10 1/2 Uhr, findet unter Leitung des Herrn Dr. Krause eine Besichtigung des Botanischen Museums im Botanischen Garten zu Dahlem statt. Treffpunkt 9 1/2 Uhr pünktlich an der Straßenbahnhaltestelle Wilhelmplatz. Für Nachzügler 10 1/2 Uhr vor dem Botanischen Garten, Eingang an der Potsdamer Chaussee. Kinder unter 10 Jahren sind von der Besichtigung ausgeschlossen. Jedes Kind hat 30 Pf. Fahrgeld mitzubringen. Auch Nichtmitglieder und deren Kinder können daran teilnehmen.

Lichterfelde.

Bei der Gemeindevertreterswahl am Dienstag erhielt der Kandidat der vereinigten bürgerlichen Ortsvereine Kulbe 448, Genosse Benz 1 851 Stimmen.

Wannsee.

Die Gemeindevertretersitzung bewilligte 700 M. für Anschaffung eines Projektionsapparates für die Gemeindegemeinschaft. Begründet wurde der Antrag auch damit, daß der Apparat weniger wichtig für die Schule wäre, als vielmehr für die Jugendpflege. Bekanntlich hat sich auch hier eine Gruppe des Jungdeutscherbundes gebildet, der leider auch sehr viel Arbeiterkinder angehören. Beschlossen wurde ferner die Anstellung eines Schularztes, welcher pro Kind und Jahr 1 M. erhalten soll. Es handelt sich gegenwärtig um 400 Schulkinder. Der Schularzt soll sich dann auch über Zahnpflege bei den Kindern gutachtlich äußern; weitere Schritte sollen in dieser Hinsicht getan werden. Ein Antrag des Haus- und Grundbesitzervereins verlangt, daß die Gemeinde einen geschlossenen Müllwagen zum Preise von 1800 M. anschaffe und vorläufig monatlich 10 M. zur Abfuhr des Mülls aufzuehmen möge. Später will der Verein den Wagen selbst übernehmen und eventuell das Geld zurückzahlen. Dem wurde zugestimmt. Für den von hier verzogenen Schöffen Rentier Klaeber wurde in geheimer Abstimmung eine Neuwahl vorgenommen.

Zempelhof-Mariendorf-Mariensfelde.

Die Vertrauensleute aller Betriebe und Branchen werden ersucht, ihre Adressen sofort an den Genossen Lentschu, Zempelhof, Ringbahnstraße 8, gelangen zu lassen.

Die Gewerkschaftsunterkommission Zempelhof.

Kaulsdorf.

Die Gemeindevertretersitzung hatte sich u. a. mit dem Abschluß eines Vertrages betreffs Vereinnahmung gefallener und verendeter Tiere zu befassen. Diese Sache lag schon einmal zur Beratung vor, doch wurde seinerzeit der Gemeindevorsteher beauftragt, zur Eringung günstigerer Bedingungen mit dem Abdeckermeister nochmals in Verbindung zu treten. Die erneuten Verhandlungen änderten jedoch nichts an den im Vertrage festgelegten Rechten und Verpflichtungen, die, wie der Abdeckermeister mitteilte, in dem „im Jahre 1844“ erteilten Privileg geregelt sind. Der Vertretung blieb unter diesen Umständen nichts weiter übrig, als dem Vertrage zuzustimmen. Ein weiterer Punkt der Tagesordnung war: Festsetzung eines Vertrages zur Schulfeier anlässlich des Regierungsjubiläums. Begründet wurde diese Vorlage vom Gemeindevorstand damit, daß alle Nachbargemeinden diesen Tag denkwürdig begehen und daß unser Ort schlechterdings wohl keine Ausnahme machen könne. Er schlug vor, eine Summe von 215 M. zu bewilligen, die sich auf Rufsil, Bewirtung der Kinder mit Kaffee und Kuchen, sowie auf Beschaffung einer Jubiläumsschrift für die Schulkinder der oberen Klassen verteile. Es soll dann außer der üblichen Vormittagsfeier in der Schule eine solche nachmittags in einem Gartenlokal stattfinden, zu dem auch der Kriegerverein und die Feuerwehr ihre Beteiligung in Aussicht gestellt haben. Genosse Schmidt führte aus, es beruhe merkwürdig, wenn bei Anträgen auf Aufbesserung der Gemeindegeldleistungen, Schaffung sozialer Einrichtungen usw. die Gemeindevertretung eine ablehnende Haltung einnehme, angeblich, weil die Verhältnisse solche notwendige Verbesserungen nicht erlauben. Um diese Verhältnisse aufzubessern, geht die Gemeinde bis zur niedrigsten gelegenen Einkommensteuergrenze und um diese zu erreichen, würden sogar Rentenbezüge dem Einkommen zugerechnet. Die verprohene Vorlage auf Erhöhung der Gemeindegeldleistungen schieße schon wochenlang aus. Diese Tatsachen sollten für die Gemeindevertreter genügen, die verlangte Summe für die Jubiläumsschulfeier abzulehnen. Wenn aber, wie bürgerlich ausgedrückt wurde, ein großer Teil unserer Einwohner so vaterländisch gefinnt sei, um diesen Jubiläumstag nicht spurlos vorübergehen zu lassen, so mögen doch die interessierten Vereine als Auktoren auftreten, dabei aber auch nicht vergessen in den eigenen Vorteil zu greifen. Bei der nun folgenden Abstimmung wurde unter Antrag abgelehnt, ebenso erging es einem andern, von bürgerlicher Seite gestellten, der die geforderte Summe als zu gering bezeichnete. Auch der des Gemeindevorstandes fand keine Annahme und erst die vierte Abstimmung gab mit 5 Stimmen eine definitive Entscheidung auf 200 M. — Der auf dem Gelände der Berlin-Kaulsdorfer Terrain-Gesellschaft eröffnete Wochenmarkt veranlaßte mehrere Vertreter, ihr Bedauern darüber auszudrücken, daß sich die Gemeinde die Gelegenheit einer guten Einnahmequelle hat entgehen lassen. Es wurde auf andere, im Berlin gelegene Wochenmärkte hingewiesen, die den betreffenden Gemeinden erhebliche Finanzmittel zuführen. — In geheimer Sitzung wurde über die Anstellung eines technischen Beirates beraten.

Nowawes.

Die langersehnte Kurbadeanstalt soll nun doch zur Wirklichkeit werden, und zwar bereits in aller nächster Zeit. Obwohl diese Tatsache an sich von der Bevölkerung gewiß mit Freuden begrüßt werden dürfte, muß es doch allgemeinem Vernehmen entgegen, daß dieser Erfolg nicht etwa den jahrelangen Bemühungen der Gemeinde, sondern dem — Dreiausbruch für Jugendpflege zu verdanken ist. Dem Vorsitzenden des hiesigen Herrn Fortbildungsausschusses Schand, ist es gelungen, vom Eisenbahnministerium am Gabeluter gegenüber der Potsdamer Militärbadeanstalt ein passendes Gelände gegen Vorkaufsrecht zu erhalten, auf dem bereits im Laufe dieses Monats mit dem Bau der Badeanstalt begonnen werden soll, um dieselbe vielleicht schon am 1. Juli eröffnen zu können. Also, was der Gemeindevertretung trotz eifrigster Bemühungen zu erreichen nicht möglich war, das bringt der Dreiausbruch für Jugendpflege scheinbar mit Leichtigkeit fertig: er be-

kommt das für den Bau der Badeanstalt erforderliche Gelände, um das die Gemeinde mit dem Eisenbahnministerium verhandelt hatte. Materialische Gründe dürften für das eigenartige Verhalten des Ministeriums wohl kaum ausschlaggebend gewesen sein, es ist vielleicht mit Sicherheit anzunehmen, daß ihm lediglich der Wunsch der Regierung, die nationale Jugendbewegung auf jede mögliche Art zu fördern, zu dem Entgegenkommen veranlaßt hat.

Die Gemeindegärtnerei wird nach einem Beschluß der letzten Gemeindevertretersitzung auf der im Laufe dieses Monats in Dresden in Verbindung mit der Jahrbücherausstellung stattfindenden Ausstellung von Spezialerzeugnissen gleichfalls vertreten sein. Sie wird eine größere Auslese der von ihr seit Jahren kultivierten selteneren Crassula coccinea ausstellen, die nicht eine einzige Gärtnerin der Mark in diesem Umfange und gleicher Vollendung führt und die somit ein äußerst begehrtes Erzeugnis gärtnerischer Kunst bildet. Der hierfür zur Verfügung gestellte Ausstellungsraum soll durch ausgelegte Pläne und Druckfachen auch zur Propaganda für den Ort ausgenutzt werden.

Hohen-Neuendorf.

Die letzte Gemeindevertretersitzung bewilligte zunächst für die Renovierung des Betriebsleiter-Wohnhauses der Gasanstalt einschließlich der Aufstellung dreier Radelösen 700 M. Ueber den nun folgenden Punkt: „Maßnahmen zum Regierungsjubiläum“, entspann sich eine sehr lebhafte Debatte zwischen unserem Genossen und den bürgerlichen Vertretern. Nach dem Bericht des Vorsitzenden haben sämtliche bürgerlichen Vereine ihre Beteiligung zugesagt, auch wollen sie sogar 100 M. der sich auf 800 M. belaufenden Gesamtkosten tragen. Genosse Hoffmann gliederte diesen ungeheuren Opferstein und betonte, daß die 15 am Orte bestehenden Vereine nicht nur in der Lage wären die gesamten Kosten zu tragen, sondern daß, wenn diese zum Teil „neutralen“ Vereine das Bedürfnis hätten in Patriotismus zu machen, ohne weiteres die Kosten dafür übernehmen müßten. Unser Redner wandte sich entschieden dagegen, daß allgemeine Mittel zur Deckung des verbleibenden Restes von 200 M. genommen würden, da ein großer Teil der Bevölkerung einer solchen Begebenheit teilnahmslos gegenüberstehe. Diese Ausführungen riefen den erschlafften Vertreter Rupper auf den Plan, der gar nicht verstehen konnte, daß es in Deutschland noch Leute geben könne, die einer so „großen Sache“ teilnahmslos gegenüberstehen. Es wurden ferner für eine Schulfeier 100 M. verlangt, wofür an die Kinder eine Festschrift geliefert werden und außerdem die Unkosten eines Ausfluges der Volks- sowie der Mittelschule gedeckt werden soll. Beide Forderungen wurden gegen die Stimmen unseres Genossen und des Vertreters Kirchner angenommen, wiewohl letzterer jedoch nicht aus Prinzip dagegen stimmte, sondern weil der Beitrag zu hoch sei. Einstimmig beschlossen wurde, allen Veteranen von 1864, 66 und 70, soweit sie im Orte sesshaft sind oder eventuell zuziehen und ein Einkommen von unter 1500 M. haben, die Kommunalsteuer zu erlassen.

Die Kinder eine Festschrift geliefert werden und außerdem die Unkosten eines Ausfluges der Volks- sowie der Mittelschule gedeckt werden soll. Beide Forderungen wurden gegen die Stimmen unseres Genossen und des Vertreters Kirchner angenommen, wiewohl letzterer jedoch nicht aus Prinzip dagegen stimmte, sondern weil der Beitrag zu hoch sei. Einstimmig beschlossen wurde, allen Veteranen von 1864, 66 und 70, soweit sie im Orte sesshaft sind oder eventuell zuziehen und ein Einkommen von unter 1500 M. haben, die Kommunalsteuer zu erlassen.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Lichtenberg. Heute Donnerstag 6 Uhr abends im Rathaus, Röllensdorffstr. 5.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet im Kassenrathe 69, vorn vier Treppen — Fahrstuhl — wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Nachsatz und eine Zahl als Notzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Anwesenheitsanweisung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Ullige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

N. S. 200. Richten Sie Ihre Anfrage an das Bureau Ihres Verbandes oder senden Sie Ihre Adresse an den Genossen G., der Ihnen dann schriftlichen Bescheid zugehen lassen wird. — G. S. 64. Es ist ein Unterrichtsverlaufsbescheid erforderlich. Der Antrag ist bei dem Polizeipräsidenten zu stellen. — S. W. 100. 1. u. 2. Ja. — S. 2. 30. 1. Sofern im Richtervertrag nichts Näheres bestimmt ist, zwischen 10 und 6 Uhr, außer Sonntags. 2. Berlinische Wohnungszeitung, Charlottenstr. 28. — S. J. 120. Betten entscheiden wir nicht. — S. S. 26. Ja. — S. M. 50. Wir halten Sie nicht für zahlungspflichtig. — S. G. 33. 1. Ersuchen Sie Ihren Anwalt um Übermittlung der mit Rechtskraftkraft versehenen Urteilskopie. 2. Rein. — 2. 100. 1. und 3. Rein. 2., 3. und 6. Ja. 4. So viel wie der Arbeitgeber zahlt. Für die Entlohnung ist ärztliches Gutachten maßgebend. — S. R. 141. 1. Ja. 2. Die Frau ist nicht haltbar. 3. Rein. 4. Rein, jedoch hat sie Anspruch auf Alimenten, sofern sie ebenfalls invalide ist. Hat die Frau ebenfalls Invalidenmarken gestellt und die Barzeit erfüllt, so hat sie Anspruch auf Witwengeld. — S. R. 683. 1. Es genügt die Anmeldung bei der Gemeindegewerkschaft. 2. Durch Erklärung zu notariellem oder gerichtlichem Protokoll. 3. Etwa 10 M. — S. 20. 1. Ja, sofern die Tochter kein eigenes Vermögen hat. 2. Rein. — S. 3. 3. Ja. — G. S. 101. 1. Abkommen 154 000. 2. Fährgebur 15. — 3. Restor aufsuchen, mit Petroleum belegen. 4. Fleißig abfragen und vernichten. —

Marktpreise von Berlin am 10. Juni 1913, nach Ermittlungen des kaiserlichen Polizeipräsidenten. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 20,36 bis 20,40, mittel 20,25-20,32, geringe 20,20-20,24. Roggen, gute Sorte 00,00-16,25, mittel 00,00-00,00, geringe 00,00-00,00 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 16,20-16,70, mittel 15,70-16,10, geringe 15,20-15,60. Hafer, gute Sorte 17,40-19,30, mittel 16,20-17,30 (frei Wagen und ab Bahn). Weizen (mild), gute Sorte 15,20-15,50. Mais (runder), gute Sorte 15,00-15,80. Rindfleisch 4,50-4,60. Heu alt 6,40-7,60, neu 0,00. Kartoffelallen dreierlei, 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00-30,00. Bohnen, weiße 30,00-60,00. Linsen 35,00-60,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule Rastoffen (Reinbl.) 5,00-8,00. Schweinefleisch 1,40-2,00. 1,60-2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30-1,80. Schmalz 2,30-3,00. 60 Stück Rindfleisch 1,40-2,40. Dammfleisch 1,60-2,40. Butter 2,30-3,00. 60 Stück Bier 3,00-4,80. 1 Kilogramm Karotten 1,40-2,40. Äpfel 1,40-3,20. Zander 1,40-3,60. Hechte 1,60-3,00. Barsche 1,00-2,40. Schlei 1,60-3,50. Fische 0,80-1,60. 60 Stück Aesche 3,00-60,00.

Witterungsbericht vom 11. Juni 1913.

Stationen	Barometer Hand min Wind- richtung	Wolken- bedeckung	Temper. in 6 u. 9 Uhr	Stationen	Barometer Hand min Wind- richtung	Wolken- bedeckung	Temper. in 6 u. 9 Uhr	
Swinemünde	749,5	7 wolfig	12	Saparanda	744,0	CRD	2molten	9
Damburg	754,5	7 wolfig	13	Vetersburg	745,5	SSB	3 Regen	9
Berlin	754,5	7 wolfig	13	Seitz	766,5	SSB	2 wolfig	11
Frankfurt a. M.	762,5	4 wolfig	16	Abderdeen	757,0	SSB	4 wolfig	9
Königsberg	762,5	8 wolfig	16	Paris	766,5	SSB	3 wolfig	14
Wien	759,5	6 wolfig	20					

Wetterprognose für Donnerstag, den 12. Juni 1913.

Anfangs kühl, später wieder etwas wärmer, zeitweise heiter, aber noch veränderlich bei schwächeren westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am	seit	Wasserstand	am	seit
	11. 6.	10. 6.		11. 6.	10. 6.
	cm	cm		cm	cm
Remel, Mühl	131	-10	Saale, Großh.	99	-9
Regel, Jüterburg	-27	+4	Havel, Spandau	26	+2
Weißel, Thon	136	+3	Havel, Rathenow	4	-8
Dber., Randow	144	-22	Spree, Spremberg	74	-2
Profen	118	+10	Spree, Bestow	79	0
Frankfurt	110	-4	Seser, Wänden	180	-2
W. r. d. Schirm	70	+10	Wänden	282	-18
Landberg	10	-4	Rhein, Rastatt	417	-7
Rege, Bochum	-17	+1	Rhein, Rast	258	0
Elbe, Leinwerth	-4	+6	Rhein, Rast	350	-4
Dresden	-134	+7	Reze, Leinwerth	68	-7
Sarby	95	+18	Rain, Danau	155	-9
Wagburg	81	+7	W. r. d. Schirm	58	+2

+ bedeutet Zufluß, - Fall, - Unterpegel.